Nummer 45 | Stuttgart, 5. November 1910 | 28. Jahrgang

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Röteſtraße 16a part.
Telephonruf: Nr. 8800.

Insertionsgebühr pro sechsgespaltene Kolonelzeile:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.
Geschäftsinserate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von 460000 EXEMPLAREN erscheint diese Ztg.

Wirtschaftliche Rundschau.

Um der Stimmung des Volkes Rechnung zu tragen, läßt die amerikanische Regierung gegen die Trusts fortwährend Anklagen wegen Verletzung der Antitrustgesetze erheben, aber dieses Vorgehen hat die Trustbewegung nicht im geringsten aufgehalten, im Gegenteil, die Trusts sind in den gegen sie angeblich unternommenen Feldzügen weiter gewachsen, sie konnten vielfach noch Werke aufnehmen, die sich bisher als Konkurrenten erfolgreich behauptet hatten. Jetzt liegt die Meldung von einer Verbindung großer Unternehmungen in der amerikanischen Schiffbauindustrie vor, die als ein sehr bedeutsames wirtschaftliches Ereignis angesehen werden muß. Die Bethlehem Steel Corporation hat die Mehrheit der Aktien von Cramps Schiffswerft erworben, damit ist förmlich ein neuer Trust, der Schiffsbautrust, entstanden. Die Bethlehem Steel Corporation ging 1904 aus der Vereinigung einer großen Zahl von Schiffswerften der Vereinigten Staaten hervor, ihre Betriebe befinden sich an der Ost- und an der Westküste Amerikas. Dieser an sich schon trustartigen Organisation stand in voller Unabhängigkeit Cramps Schiffswerft gegenüber, die seit dem Jahre 1872 als Aktiengesellschaft begründet ist und gleichfalls viele Schiffswerften umfaßt. Dieses Unternehmen wird auch nach dem Anschluß an die Bethlehem Steel Corporation äußerlich als selbständig weitergeführt, in Wirklichkeit aber ist die Fusion eine vollständige.

Für Deutschland erlangt dieser amerikanische Schiffsbautrust besonderes Interesse durch die Nachricht, daß aus einer Konferenz, die der Direktor Bodenhausen von der Aktiengesellschaft Friedrich Krupp mit dem Präsidenten der Bethlehem Steel Corporation (Schwab) hatte, gefolgert wird, bei dem Erwerb von Cramps Schiffswerft sei die Bethlehem Steel Corporation von der Firma Friedrich Krupp und der Firma Vickers Söhne & Maxim unterstützt worden. Die Handelszeitung des Berliner Tageblatts, die diese Meldung brachte, bemerkt dazu, daß die erwähnten Gerüchte zwar als „unbestätigt" bezeichnet werden, aber wohl kaum anzunehmen sei, daß es in der Schiffsbauindustrie und besonders bei der Herstellung des schweren Schiffsbaumaterials, der Panzerplatten, anders kommen soll, als etwa bei der internationalen Syndizierung von Stahlschienen. Kaum war die Gründung des amerikanischen Stahltrusts und des deutschen Stahlwerksverbandes erfolgt, da folgte auch sofort die Verständigung mit den übrigen Hauptproduzenten am Schienenmarkt, den Engländern, Belgiern und Franzosen, und wenige Monate darauf die Errichtung des Internationalen Schienensyndikats. Ebenso treffend ist der Hinweis, daß offizielle Bestätigungen von Vereinbarungen, durch die die wenigen Großen auf der Welt sich gemeinsam die an den Markt kommenden Aufträge teilen und gemeinsam die Preise festsetzen, nur selten erfolgen. Die größten und einflußreichsten internationalen Kartelle hielten ihre Existenz vor der Welt meistens lange geheim, auch das Bestehen deutscher Kartelle in bestimmten Industriezweigen ist oft nur durch Zufälle zur Kenntnis der Oeffentlichkeit gekommen. Bei der Monopolstellung, die die Firma Krupp auch auf dem Gebiet der Panzerplattenlieferungen dem Reiche gegenüber hat, ist für die Reichsregierung, die mit dem Panzerplattenmonopol Krupps sehr üble und kostspielige Erfahrungen gemacht hat, ein Anlaß mehr gegeben, von ihrem Monopollieferanten volle Aufklärung über die internationale Kartellierung der Fabriken von Schiffsbaumaterial zu verlangen.

Die Geschäftslage in den syndizierten Erzeugnissen des Stahlwerksverbandes — Halbzeug, Formeisen, Eisenbahnmaterial — während des dritten Kalendervierteljahres hat, wie in einem Situationsbericht des Verbandes erklärt wird, im großen und ganzen befriedigt, zumal da im Inland nach Beilegung der Arbeiterkrise im Baugewerbe (lies: Aussperrung) die Nachfrage lebhafter wurde. Der Versand hielt sich in normaler Höhe und übertraf in den Monaten Juni, Juli und August den der Vergleichszeit des Vorjahres um rund 53 000 Tonnen. Auf die Weitergestaltung des Eisenmarktes dürfte die Regelung der Arbeitsverhältnisse, besonders im Schiffsbau- und Metallgewerbe, mit von Einfluß sein. Im einzelnen ist zu bemerken: Auf dem Inlandsmarkte von Halbzeug setzte nach der Mitte August erfolgten Freigabe des Verkaufs für das letzte Viertel des Jahres die Verkaufstätigkeit für diesen Zeitpunkt flott ein und auch das Auslandsgeschäft gestaltete sich im Laufe des Vierteljahres bei anziehenden Preisen lebhafter. Im schweren Eisenbahnoberbaumaterial ließ der Absatz infolge der reduzierten Bestellungen der deutschen Staatsbahnen immer noch zu wünschen übrig. Die von der preußischen Eisenbahnverwaltung schätzungsweise aufgegebenen vorläufigen Bedarfsmengen für das Etatsjahr 1911 bleiben gegenüber dem Vorjahr wieder zurück, und zwar um etwa 40 000 Tonnen, so daß also ein weiterer Rückgang des Inlandsabsatzes zu befürchten ist. Das Auslandsgeschäft in schweren Schienen und Schwellen war nach wie vor recht befriedigend und brachte eine weitere Anzahl größerer Abschlüsse herein. Die gegenüber dem Vorjahr erhebliche Vermehrung des Auftragsbestandes ist in der Hauptsache auf die Hereinnahme größerer Ausfuhrmengen zurückzuführen. Der Absatz nach dem Ausland bewegte sich in steigender Richtung, und der Ausfuhrversand an Eisenbahnmaterial im Juni überstieg zum ersten Male den des Inlandes. Das Auslandsgeschäft in Formeisen war befriedigend.

In den beteiligten Kreisen war nach den Marktschilderungen des Verbandes eine Erhöhung der Halbzeugpreise erwartet worden, jedoch der Stahlwerksverband hat von einer Preissteigerung vorerst Abstand genommen. Für diese Mäßigung dürfte indes der Stahlwerksverband Gründe haben, die mit der Rücksicht auf die Interessen der Verbraucher und die allgemeine Geschäftslage nichts gemein haben. Der Verband soll von der Erwägung ausgegangen sein, daß durch eine Erhöhung der Halbzeugpreise die Stellung der reinen Martinwerke weiter gestärkt werden würde. Ueber die Art, wie der Stahlwerksverband die reinen Martinwerke bekämpfte, gingen der Handelspresse verschiedentlich Mitteilungen zu. So wurde zum Beispiel berichtet, daß der Verband den Martinwerken dadurch entgegentrete, daß er an die Schwarzblechvereinigung die Forderung stellte, die Vereinigung solle sich verpflichten, daß sämtliche ihr angehörenden Werke nur vom Stahlwerksverband ihr Halbzeug beziehen. Die meisten Werke der Schwarzblechvereinigung arbeiten für den Export, sie beziehen von dem Stahlwerksverband eine Ausfuhrvergütung, deren Aufhebung der Verband für den Fall ankündigte, daß die Schwarzblechvereinigung seine Forderung ablehnte. Diejenigen Schwarzblechbetriebe, die für das Inland arbeiten, beziehen ihr Halbzeug zumeist von den reinen Martinwerken. Sie werden sich indes wohl veranlaßt sehen, dem Ansinnen, das der Verband an die Schwarzblechvereinigung gestellt hat, Folge zu leisten, weil sie fürchten, daß bei einer Weigerung die Ausfuhrvergütung des Verbandes wegfallen würde und dann die bisher exportierenden Betriebe auf dem Inlandsmarkt mit starkem Angebot erscheinen würden.

Unter Ausschluß der Presse tagte die Generalversammlung des Kabelwerks Rheydt, das für 1909 nur einen Reingewinn von 10613 ℳ aufweist, nachdem es für das Vorjahr noch 8 Prozent Dividende verteilt hatte. Von unabhängigen Aktionären wird dieser Mißerfolg auf falsche Dispositionen der Verwaltung zurückgeführt, sie verlangten die Einsetzung einer Revisionskommission, doch dieser Antrag gelangte nicht zur Annahme. Die Verwaltung, die die Oeffentlichkeit scheut, führte, wie bekannt wurde, das schlechte Ergebnis auf die hohen Rohstoffpreise, namentlich für Gummi, zurück, wodurch bei der Steigerung des Umsatzes von 10 auf 13 Millionen die Selbstkosten um 100 Prozent gestiegen seien. Weiter hätten zu dem schlechten Ergebnis die durch die Auflösung des (inzwischen wieder erneuerten) Kartells für Starkstromkabel hervorgerufenen ungewöhnlich verlustbringenden Preise beigetragen. Der Aufsichtsrat sagte, soweit Mißgriffe vorgekommen wären, für die Zukunft eine Aenderung zu, ein Anfang sei bereits gemacht, dem bisherigen alleinigen kaufmännischen Vorstand sei ein technischer Direktor zur Seite gestellt worden. — Eine außerordentliche Generalversammlung der Deutschen Kabelwerke, Aktiengesellschaft, zu Berlin, beschloß die Erhöhung des Aktienkapitals um 1,75 Millionen auf 5,25 Millionen Mark. Zur Begründung erklärte die Verwaltung, daß verschiedene ihrer Werke den Anforderungen nicht mehr genügen, ferner seien die jetzigen Räume der verschiedenen Fabriken, so auch der Drahtfabrik, zu eng. Bei der der Gesellschaft gehörenden Cyklon-Maschinenfabrik hätten sich die Geschäfte bisher ständig gehoben, im laufenden Jahre sei der bis jetzt fakturierte Betrag um 75 Prozent größer als im Vorjahr. Im Gegensatz zu dem Kabelwerk Rheydt haben die Deutschen Kabelwerke die jüngste Gummihausse gut überstanden, die Verwaltung hat den Bedarf noch zu niedrigeren Preisen vorteilhaft gedeckt.

In dem Geschäftsbericht der Deutschen Gasglühlichtgesellschaft (Auer), deren Bilanzzahlen wir bereits verzeichneten, wird zu der Erhöhung der Abschreibungen, die 666 827 ℳ gegen 375 000 ℳ im Vorjahr betragen, folgende Erläuterung gegeben: „Es hängt dies damit zusammen, daß wir unsere Fabrikationseinrichtungen in der elektrotechnischen Abteilung in großem Umfang umgewandelt und erneuert haben, und hierbei ältere Einrichtungen wertlos geworden sind. Außerdem sind unsere Verwaltungsbureaus sowie unsere Gasbrenner- und Gaslampenfabrik in das inzwischen fertiggestellte neue Gebäude übergesiedelt, wodurch ebenfalls eine größere Anzahl Einrichtungen und Anlagen wertlos geworden sind. — Die Hugo Schneider-Aktiengesellschaft in Paunsdorf-Leipzig (Lampenfabrikation) wird eine weitere Erhöhung ihres Aktienkapitals um 875 000 ℳ auf 8 Millionen Mark vornehmen. Der Totalumsatz hat sich gegen das Vorjahr um 30 Prozent erhöht, das Gesamtresultat ist nach Erklärung der Verwaltung ein befriedigendes, obwohl sich die Preise nicht in allen Abteilungen auf der vollen Höhe des Vorjahres halten ließen. Die Hugo Schneider-Aktiengesellschaft ist auch an der Brennerfabrik Otto Müller in Berlin beteiligt, die von ihr in ein Aktienunternehmen umgewandelt wurde.

Drei weitere Lokomotivfabriken haben in unserer Berichtsperiode ihre Abschlüsse für das Jahr 1909/10 veröffentlicht. Die Hannoversche Maschinenbau-Aktiengesellschaft vormals Georg Egestorff wird nach Abschreibungen von 780 000 ℳ gegen 850 000 ℳ im Vorjahr eine Dividende von 20 Prozent gegen 24 Prozent im Vorjahr verteilen. Der Umsatz ist von 24,75 Millionen Mark im Vorjahr auf 19 Millionen zurückgegangen. In allen Abteilungen, bemerkt die Verwaltung, war über niedrigere Preise bei geringerer Beschäftigung zu klagen. Besonders hatte diesmal auch die Hauptabteilung Lokomotivenbau zu leiden. Einerseits ging die Höhe der Staatsbahnaufträge zurück, anderseits erfolgten aber auch vom Ausland nur wenige Beschaffungen, die bei der Notlage auch der ausländischen Lokomotivindustrie außerordentlich stark umworben wurden, so daß Aufträge nur zu unzulänglichen Preisen zu erhalten waren. — Wir haben erst kürzlich uns eingehender mit der Lage der Lokomotiv- und Eisenbahnwaggonindustrie befaßt und dabei hervorgehoben, daß bei dem Rückgang der Beschäftigung auch ein Rückgang der Gewinne erfolgt sei, daß die Rentabilität aber trotz der verschlechterten Lage noch immer außerordentlich hoch ist. Bei den Klagen über den scharfen Wettbewerb ist daran zu erinnern, daß ein internationales Lokomotivenkartell besteht. Wenn dieses Kartell Preisunterbietungen nicht vorbeugen könnte, so läge doch kein Grund für die beteiligten Unternehmungen vor, sich einmal über seine Tätigkeit zu äußern. Ueber die Geschäftsverhältnisse im laufenden Jahre erklärt die Verwaltung: „Die in das neue Geschäftsjahr übernommenen und bis jetzt hinzugekommenen neuen Aufträge einschließlich des in Kürze zu erwartenden, bereits ausgeschriebenen Staatsauftrages beziffern sich auf etwa 17,8 Millionen Mark. Im September 1910 gelangte die 6000. Lokomotive zur Ablieferung. — Die Sächsische Maschinenfabrik vormals Richard Hartmann in Chemnitz zahlt nach Abschreibungen von 1 016 551 ℳ gegen 892 531 ℳ im Vorjahr eine Dividende von 10 Prozent gegen 11 Prozent im Vorjahr. Am lebhaftesten gestaltete sich bei der Gesellschaft das Geschäft in Dampfmaschinen, Spinnereimaschinen und im Lokomotivbau, recht unbefriedigend lagen die Verhältnisse im Werkzeugmaschinenbau. In Lokomotiven waren noch größere Auslandsaufträge abzuwickeln, die Aussicht im Lokomotivenbau sei für die nächste Zeit nicht günstig. Die Gesellschaft tritt mit nur zirka 7 Millionen Mark Aufträgen in das neue Jahr ein gegenüber 10½ Millionen Mark im Vorjahr und zirka 14 Millionen vor zwei Jahren. — Die Berliner Maschinenbau-Aktiengesellschaft vormals L. Schwartzkopff verteilt bei den gleichen Abschreibungen wie im Vorjahr eine Dividende von 14 Prozent gegen 16 Prozent im Vorjahr. Der augenblickliche Bestand an Aufträgen beläuft sich auf 11 Millionen Mark gegen 16 Millionen im Vorjahr. Aus der Vergebung der Herbstaufträge der preußischen Staatsbahnverwaltung wird in allernächster Zeit ein Auftrag von zirka 4 Millionen Mark erwartet.

Auf ein fünfzigjähriges Bestehen des Werkes blickt die Maschinenfabrik Kappel zu Chemnitz-Kappel zurück. Die Gesellschaft ging aus der im Jahre 1860 durch Albert Voigt gegründeten Fabrik zur Anfertigung von Stickmaschinen hervor. Der Geschäftsbericht bemerkt, daß das Jubiläumsjahr zugleich ein Rekordjahr in bezug auf Umsatz und Gewinn ist. Nach Abschreibungen von 245 380 ℳ gegen 140 025 ℳ im Vorjahr gelangt eine Dividende von 30 Prozent gegen 22 Prozent im Vorjahr zur Verteilung. — Die Voigtländische Maschinenfabrik vormals J. C. & H. Dietrich, Aktiengesellschaft in Plauen, erlangte fast eine Verdoppelung des Fabrikationsgewinnes. Die Abschreibungen sind von 249 000 ℳ auf 369 000 ℳ gesteigert worden, auf das Kapital von 2,5 Millionen Mark gelangt eine Dividende von 20 Prozent gegen 10 Prozent im Vorjahr zur Ausschüttung. Die Gesellschaft hat ihre Fabrikationsräume wesentlich erweitert, die Aufträge im Stickmaschinenbau für das In- und Ausland waren noch nie so hoch wie in diesem Jahre, besonders für die neue automatische Stickmaschine sowie Kartenschlagmaschine gingen sowohl aus Sachsen als auch aus der Schweiz und dem übrigen Ausland zahlreiche Aufträge ein. Ende dieses oder Anfang nächsten Jahres gelangt bereits die 10 000. Stickmaschine zur Ablieferung. Auch die Entwicklung der Buchdruckmaschinenbranche wird als aufsteigende bezeichnet.

Entwicklung.

„Im Bewegen und im Werden gibt's kein Bleiben, denn die Natur hat ihren Fluch gehängt ans Stillestehn." Auf dem Boden dieser hohen Weisheit des deutschen Dichterfürsten Goethe steht auch die moderne Arbeiterbewegung, die selbst das Produkt der Entwicklung ist und die nur mit der steten Entwicklung fortschreiten und ihre Ziele erreichen kann. Es ist deshalb auch ebenso lächerlich wie überflüssig, wenn uns Gegner darüber belehren wollen, daß man nicht alles auf einmal, sondern nur schrittweise erreichen könne und daß die Sozialdemokratie, der Inbegriff der modernen Arbeiterbewegung, der Feind sei, der bekämpft werden müsse, weil sie den Umsturz wolle. Als Umsturz erscheint aber den Gegnern so ziemlich alles, was die Arbeiter verlangen, als sozialdemokratisch alles, was diese erstreben. Eine drastische Illustration dazu lieferte der verstorbene badische Fabrikinspektor Dr. Wörishoffer. In seinem Jahresbericht pro 1896 erzählte er nämlich folgendes: „In der Sprechstunde für Arbeiter in einem namhaften Industrieorte wurde darüber geklagt, daß es für die Arbeiter nicht möglich sei, nur die bescheidensten Lohnerhöhungen zu erwirken. Wenn nur eine solche von 10 ₰ im Tag erstrebt werde, werde man sofort für einen Sozialdemokraten erklärt und könne dann eine andere Arbeitsstelle am Orte oder in der Umgebung nicht mehr finden. Es seien aber weder sozialdemokratische Organisationen noch irgendwelche Arbeitervereinigungen am Orte vorhanden. Auch letztere würden nicht geduldet."

Dr. Wörishoffer konstatierte dann, daß in der Tat an dem betreffenden Orte trotz ausgedehnter Industrie zum Teil recht niedrige Löhne und auch keinerlei Arbeiterorganisationen vorhanden waren. Aber gerade dieser Mangel an einer Arbeiterorganisation verschuldete die schlechten Löhne. Wörishoffer hielt nun den Unternehmern vor, wie unklug ihr Gebaren sei, denn es müsse doch bei den Arbeitern die Meinung hervorrufen, „daß auskömmliche Löhne und Sozialdemokratie sich ergänzende Dinge seien". Für den Augenblick möge ja ein solches Vorgehen gewisse Vorteile bieten, eigentlich sei es aber doch nur ein kurzsichtiges Leben von der Hand in den Mund, das gerade den oberen Klassen der Gesellschaft nicht anstehe.

So ist es auch heute noch in Baden, aber nicht nur dort, sondern überall. Die Arbeiterbewegung hat in den seither verflossenen

14 Jahren eine bedeutende weitere Ausdehnung und Erstarkung erfahren, die Arbeiterorganisationen aller Art haben an Zahl wie an Mitgliedern eine starke Vermehrung erlebt; die Arbeitszeit ist verkürzt, die Löhne sind erhöht und das ganze Arbeitsverhältnis für 1.100 000 Personen in Deutschland durch Tarifverträge geregelt worden; aber der Arbeiter, der mehr Lohn verlangt, also mit seinem jetzigen Lohne nicht zufrieden ist, ist auch heute noch in den Augen des Unternehmers ein „hetzerischer und wühlerischer Sozialdemokrat", der so rasch als möglich aus dem Betrieb entfernt werden müsse. Darum die bittere Enttäuschung der Unternehmer über die „christlichen" Gewerkschaften, wenn sie wirklich auch einmal ernstlich für Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung eintraten oder mit den freien Gewerkschaften gemeinschaftlich vorgingen, und als Folge dieser erlebten Enttäuschung das grimmige Bekenntnis schöner kapitalistischer Seelen, daß ihnen die Sozialdemokraten lieber seien als jene Christen, die die christliche Genügsamkeit und Entbehrung verleugnen und ebenfalls „begehrlich" sind. Wenn schon, denn schon; wenn die Begehrlichkeit der Arbeiter nicht siegreich überwunden werden kann, dann lieber Sozialdemokraten als Christen, weil man dann doch weiß, woran man mit ersteren ist und so keinerlei Illusionen aufkommen.

Ja selbst in solchen Fällen kommen bekanntlich immer wieder Maßregelungen vor, in denen Arbeiter vertragsbrüchigen Unternehmern gegenüber auf der Zahlung der Tariflöhne oder der festgesetzten Lohnzuschläge für Ueberstunden, auswärtige Arbeit oder für Spezialarbeiten bestehen. Wie viele Differenzen und Konflikte sind deshalb schon entstanden und wie häufig kommen sie auch heute noch immer vor, bald an dem einen, bald an dem andern Orte, bald in dieser, bald in jener Industrie. Und jeder in solche Konflikte verwickelte Arbeiter wird dafür, daß er sein gutes Recht geltend macht und es sich nicht von skrupellosen Unternehmern oder deren Angestellten zertreten und rauben läßt, als Sozialdemokrat, Revolutionär, als Unzufriedener und Hetzer im Register des Unternehmerarbeitsnachweises gekennzeichnet, das heißt auf die schwarze Liste gesetzt.

Der Arbeiter hängt mit seiner bürgerlichen und menschlichen Existenz von der Gestaltung der Arbeits- und Lohnbedingungen, von dem Grade der Verwertung seiner Arbeitskraft ab und je nach demselben steht er sozial höher oder tiefer. Da er weder Boden- noch Häuser- oder Börsenspekulant ist, da er niemanden ausbeutet und so keine anderweitigen mühelosen und fetten Einnahmen hat, ist er ganz allein auf seinen Arbeitslohn angewiesen.

Wenn sich aber die Unternehmer der fortschreitenden Verbesserung der Arbeits- und Lohnbedingungen der Arbeiter widersetzen, wenn sie heute noch wie zu Adam Smiths Zeiten Ende des 18. Jahrhunderts immer in stillem Einverständnis miteinander sind oder darüber auch ausdrückliche Beschlüsse in ihren Verbänden gefaßt haben, den Arbeitslohn nicht über seine jeweilige Höhe hinaus weiter steigen zu lassen, wenn sie indes gleichzeitig durch den technischen Fortschritt die Produktivität und Ergiebigkeit der Arbeit vermehren, verdoppeln, verdreifachen und vertausendfachen; wenn sie ferner im Bunde mit den Agrariern durch Zölle und ähnliche weitere Maßregeln, durch die Preistreibereien ihrer Syndikate und Trusts u. s. w. alles ungeheuer verteuern und die Kaufkraft des Arbeitslohnes entwerten; wenn sie die Lohnforderungen der so von allen Seiten bedrängten und darbenden Arbeiter mit Aussperrung, mit Polizei- und Militäraufgeboten und Straßenschlachten à la Moabit, mit Streikbrechern aus dem Sumpfe des großstädtischen Lumpenproletariats oder aus Italien, Galizien, Rußland oder schließlich mit asiatischen Kulis beantworten — dann möchte man denn doch fragen, wo da die von der Bourgeoisie, von den besitzenden und herrschenden Klassen angeblich ebenfalls als notwendig anerkannte Entwicklung, die sie der sozialdemokratischen Revolution entgegenstellen wollen, eigentlich ist?

Es ist eben eine ganz eigenartige Entwicklungstheorie, die die besitzenden und herrschenden Klassen der ihnen verhaßten modernen Arbeiterbewegung entgegensetzen und die Friedrich Albert Lange in seiner „Arbeiterfrage" in die Worte zusammenfaßt, daß ihnen der Arbeiter nur Objekt ihres Studiums ist und daß für die Staatsmänner und Realpolitiker, für die Fabrikherren und Gründer nebst ihren ergebenen Dienern in der Presse die „Arbeiterfrage" die Frage ist: „Wie bringen wir die Arbeiter zu ihrer früheren Zufriedenheit zurück? Natürlich mit dem Minimum von Opfern und Kosten und so, daß sie nicht übermütig werden."

Die besitzenden und herrschenden Klassen wollen gar keinen kulturellen Aufstieg der Arbeiterklasse, keine soziale Entwicklung in unserem Sinne, sondern die Verewigung des Proletariums der Arbeiterklasse, um stets willige und billige Ausbeutungsobjekte zur Vermehrung ihres Reichtums in genügend großer Zahl und Auswahl zur Verfügung zu haben. Entwicklung in ihrem Sinne bedeutet nur den Fortschritt der Kapitalistenklasse, ihre freie und starke Bereicherung, die Konzentration aller Macht in ihren Händen, die Erfüllung aller Verhältnisse und Einrichtungen mit kapitalistischem Geiste. Und darum wollen sie keinen sozialen und politisch-demokratischen Fortschritt; deshalb werden bestehende soziale Gesetze verschlechtert oder verbesserungsbedürftige unverändert gelassen; notwendig gewordene neue Gesetze unendlich lang verschleppt oder auch ganz verhindert, so daß alles beim alten bleibt und der allgemeine Zustand für das arbeitende Volk schlechter statt besser wird. Das ist Stillstand und Rückschritt, Verfall und Untergang, „denn die Natur hat ihren Fluch gehängt ans Stillestehn", wie Altmeister Goethe sagt.

Der wahre und einzige Kulturfortschritt kann nur in dem Aufstieg der Massen, in dem Ausgleich der bestehenden Gegensätze, in der Ueberbrückung der tiefen und breiten Kluft, die die Menschheit in Klassen zerrissen hat, bestehen. Der Weg, der zu diesem Ziele führt, ist nach unserer Auffassung die Entwicklung, die erfreulicherweise sich auch vollzieht — vollzieht dank der Selbstbetätigung der Arbeiter, die — von einer heiligen Unzufriedenheit erfüllt — sich nach Befreiung, nach besseren Zeiten sehnen und die den Klassenkampf als Mittel zur Erreichung dieses erhabenen und idealen Zieles führen.

Es ist wieder Friedrich Albert Lange, der seine „Arbeiterfrage" in diesem Sinne mit den schönen Worten schließt: „Soll die Menschheit ewig mit der Barbarei wieder beginnen, wenn eine Kulturperiode sich ausgelebt hat und ein neues Zeitalter anfängt? Wir sagen nein! Es ist der Aufklärung der Gegenwart unwürdig, diesen Gedanken zu fassen .... Eine neue Blüte der Kunst und Wissenschaft, der Humanität und Sittlichkeit wird sich über den Trümmern der vergangenen Weltordnung schnell und herrlich entfalten. Bildung und Brüderlichkeit werden dann die guten Geister sein, welche die Menschheit von Stufe zu Stufe aufwärts leiten. Jahrhunderte mögen vergehen, bevor der Kampf ums Dasein in ein friedliches Zusammenleben der Völker des Erdbodens verwandelt ist; allein der Wendepunkt der Zeiten, der Sieg des guten Willens zur Besserung unserer Zustände kann nicht in allzugroßer Ferne liegen ...."

So ist die sich ihrer Aufgabe bewußte Arbeiterschaft allein der Träger und tatkräftige Vorkämpfer für die Rettung und Verallgemeinerung der Kultur der menschlichen Gesellschaft.

Christliche Trompetenstöße.

Bs. In der Zentrumspresse konnte man jüngst einen Artikel lesen, der sich mächtig für die christlichen Gewerkschaften ins Zeug legte. Zunächst wurde auf das Mißverhältnis in der Mitgliederzahl der sozialistischen und der christlichen Organisationen hingewiesen, worauf es dann hieß:

„Man sieht, recht ungleich sind die Kräfte noch verteilt; aber die Ziffern der christlichen Arbeiterschaft können und müssen denjenigen der sozialdemokratischen nähergebracht werden. Und es ist auch möglich. Die obigen Zahlen mögen die christlichen Arbeiter, die bereits organisiert sind, denjenigen ihrer Arbeitskollegen vor Augen halten, die sich immer noch nicht organisieren wollen. Und es gibt noch Tausende christlich denkender Arbeiter, die eine Organisation für überflüssig halten. Sie bedenken aber nicht, daß sie damit den sozialdemokratischen Gewerkschaften und damit der sozialdemokratischen Partei in die Hände arbeiten. Erstarkt die sozialistische Gewerkschaftsbewegung immer mehr, dann werden die christlichen Arbeiter noch mehr terrorisiert werden, und durch Abschluß von Monopolverträgen wird man sie zwingen, den roten Verbänden beizutreten."

Aber auch den „anderen Ständen" außerhalb der Lohnarbeiterschaft, so heißt es weiter, sollten die Vorgänge im Gewerkschaftsleben zu denken geben. Mancher stelle gewiß im Kampfe gegen die politische Sozialdemokratie seinen Mann, aber er müsse

„sich auch darüber klar werden, daß die politische Waffe allein nicht ausreicht, wenn anderseits auf dem Wege über einem gewerkschaftlichen Radikalismus weite, weite Kreise einer bisher unorganisierten Arbeiterschaft der Sozialdemokratie gleichwohl zufallen und dadurch die Werte politischer Arbeit wieder nichtig werden. Eine kühle Abwägung der Dinge, wie sie heute wirklich liegen, die über kleinliche persönliche Rücksichten hinwegsieht und das Allgemeinwohl, den Staat und unsere bisherige Kulturarbeit ins Auge faßt, muß und wird die Sympathien auch der Nicht-Lohnarbeiterkreise zu den christlichen Gewerkschaften hinüberleiten, die richtig geführt und als eine starke Macht gegenüber politischem und wirtschaftlichem Radikalismus als ein wichtiger Staat und Gesellschaft stützender Faktor zu wirken geeignet ist."

Wenn ein derartiger Werbeartikel, auf unsere Organisationen angewandt, in der sozialdemokratischen Presse steht, wird unfehlbar in der gesamten christlichen Gewerkschaftspresse zu lesen sein: Seht, ihr christlichen Arbeiter, da habt ihr wieder einmal den Beweis, daß Sozialdemokratie und freie Gewerkschaft ein und dasselbe sind. Und ebenso bestimmt werden wir mit aller christlichen Liebenswürdigkeit angefahren werden, wenn wir auf Grund des vorstehenden Artikels der Zentrumspresse sagen: die christlichen Gewerkschaften sind eine Schutztruppe des Zentrums gegen die Sozialdemokratie. Gewiß, die Christlichen haben recht, wenn sie auf die Solidarität von Partei und Gewerkschaften in unserem Lager hinweisen; wir freuen uns dieser Interessen- und Gesinnungsgemeinschaft und sind bestrebt, sie immer inniger zu gestalten. Aber auch wir haben recht, wenn wir die christlichen Gewerkschaften in enge, sehr enge Beziehungen zum Zentrum bringen. Der Unterschied ist nur der, daß die christlichen Gewerkschaften diese ihre Interessen- und Gesinnungsgemeinschaft mit dem Zentrum beharrlich abstreiten, obgleich sie offensichtlich zutage liegt.

Das nebenbei. Der Hauptwert jenes Artikels liegt in dem Geständnis, daß die Hoffnungen und Berechnungen der christlichen Gewerkschaften, unseren Organisationen den Vorrang abzulaufen und damit die Führung der deutschen Arbeiterbewegung zu gewinnen, samt und sonders ins Wasser gefallen sind. Es ist der Notschrei einer bedrängten Seele, die sich unter die Räder des Wagens geworfen sieht, den sie einst zu kutschieren gedachte. Und diese Notschreie häufen sich im christlichen Lager. In der letzten Ausschußsitzung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften hat Generalsekretär Stegerwald folgendes ausgeführt:

„Die allgemeine Situation ist gegenwärtig wieder der sozialdemokratischen Agitation günstig, wie überhaupt die deutschen Verhältnisse der sozialdemokratischen Propaganda sehr in die Hände gearbeitet haben. Die letzten 25 Jahre deutscher Geschichte stellen ein materialistisches Zeitalter dar. In weiten Volksschichten konnte das Fehlen jedweden religiösen Fonds beobachtet werden. Dazu kommt die schnelle Wirtschaftsentwicklung, die Zusammenwürfelung des Volkes in Großstädten und Industriebezirken, der Kastengeist der Besitzenden und Gebildeten 2c. Diese letzteren Tatsachen bewirkten ein übermäßiges Klassenempfinden bei den Arbeitern. In solcher geistigen Atmosphäre wirkte das von der Sozialdemokratie aufgestellte Gesellschafts- und Wirtschaftsideal doppelt stark auf die Massen ein, zumal die materialistische Geschichtsauffassung ihm einen wissenschaftlichen Halt zu bieten schien. Massenarmut auf der einen, überhandnehmender Luxus auf der andern Seite wirkten mit, den Klassenkampf als das Mittel der Erlösung erscheinen zu lassen."

Herr Stegerwald gibt damit zu, daß die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse das Wachstum der Sozialdemokratie bewirkt oder wenigstens gefördert haben, daß es die Sozialdemokratie verstanden hat, diese Verhältnisse agitatorisch für sich auszunutzen, politisch wie gewerkschaftlich. Wenn demgegenüber die christliche Arbeiterbewegung im Hintertreffen geblieben ist, was ist dann anders damit bewiesen, als daß ihre Bestrebungen den Verhältnissen der Zeit widersprechen, daß sie den Interessen der Arbeiter nicht gerecht zu werden vermögen? Natürlich zieht der Herr Generalsekretär diese Folgerung nicht. Nach seiner Ansicht sind die christlichen Gewerkschaften die berufenen Organisationen; die sozialistischen Gewerkschaften sind ebenso mühselig wie unfruchtbar, und nur ihrem „Terrorismus" und der Einsichtslosigkeit der Arbeiter, die das sozialdemokratische Messing höher werten als das lautere Gold der Christen, ist es zuzuschreiben, daß sie den gewaltigen Zulauf haben. Wir fühlen nicht das Bedürfnis, Unbelehrbare zu belehren. Begnügen wir uns mit der Feststellung der Tatsache, daß auch hier, trotz dem sich anschließenden Geleise über die Sozialdemokratie und dem Gepränge von der Siegbaftigkeit des christlichen Gedankens, das Eingeständnis der Ohnmacht und der getäuschten Hoffnungen vorliegt.

Und noch ein drittes Zeugnis, daß die Christen selber empfinden, wie tief sie im Sumpfe stecken, sei hier angeführt. Die Westdeutsche Arbeiter-Zeitung aus M.-Gladbach widmet ihre Nummer 43 vollständig der Agitation für die christlichen Gewerkschaften! (Da die Westdeutsche Arbeiter-Zeitung Organ des Verbandes katholischer Arbeitervereine Westdeutschlands ist, diese Arbeitervereine aber ausgesprochene Zentrumsorganisationen sind, so soll damit beileibe nicht gesagt sein, daß Zentrum und christliche Gewerkschaften irgendwelche Beziehungen miteinander haben. So etwas gibt's ja nicht!) Das Blatt weist hin auf die Anzeichen, daß der Druck der wirtschaftlichen Lage bald weichen und damit für die gewerkschaftlichen Organisationen wieder eine Zeit der Saat und Ernte kommen werde. Es sei ein „schreiendes Mißverhältnis" im Mitgliederstand der christlichen und der sozialistischen Organisation vorhanden. Solle in Zukunft dieses Mißverhältnis noch größer werden? Das dürfe nicht sein und deshalb gehe diese Nummer wie der Trompetenstoß des Türmers ins Land, um die christlichen Arbeiter an ihre Pflicht zu erinnern gegenüber dem Entscheidungskampf in der deutschen Arbeiterbewegung.

In einem Artikel mit der Ueberschrift: „Wir müssen!" heißt es sodann:

„Manches haben wir schon durchgekämpft, manches, die Entscheidungsschlacht steht uns noch bevor. Die Organisationsgruppen haben sich zahlenmäßig ja so ungleich entwickelt. Die sozialdemokratische Gewerkschaftsgruppe ist der weitaus stärkste Teil und schickt sich allen Ernstes an, die allein herrschende zu werden... Heute steht die sozialdemokratische Gewerkschaftsbewegung wie ein drohendes Ungewitter vor uns, und wir christlichen Arbeiter haben alles zu verlieren, wenn es nicht gelingt, den Riesen neben uns in Schach zu halten ... Die Dinge sind in einzelnen Gewerben bereits so weit gediehen, daß die christliche Arbeiterschaft Gefahr läuft, von der sozialdemokratischen Uebermacht buchstäblich erdrückt zu werden und immer noch steigt das zahlenmäßige Mißverhältnis zwischen unseren und den sozialdemokratischen Verbänden."

Das Blatt stellt sodann den Riesenzahlen des Mitgliederbestandes unserer Organisationen der Metallarbeiter, Bauarbeiter, Holzarbeiter und Textilarbeiter die beschämend geringen Mitgliederzahlen der entsprechenden Organisationen auf christlicher Seite gegenüber, wobei es bemerkt, daß in anderen Berufen das Verhältnis eher schlechter als besser sei. Wie ein Peitschenhieb, so meint es, müßten derartige Zahlen wirken. Gewiß, aber dieser Peitschenhieb, mag er noch so kräftig ausfallen, wird den lahmen Schimmel, der sich christliche Gewerkschaftsbewegung nennt, nicht dahin bringen, das Rennen mit dem sozialistischen Vollblut aufzunehmen. Und der Trompetenstoß, den der christliche Türmer mit dem letzten Aufgebot eines Lungenkranken sich abringt, er wird im Winde verhallen und die deutschen Arbeiter nicht ablenken vom Wege ins rote Lager. Das „drohende Ungewitter", das die M.-Gladbacher in der sozialistischen Bewegung erblicken, wird sich entladen ....

Entwicklungstendenzen in der neueren Technikerbewegung.*

Von Ingenieur Richard Woldt (Berlin).

V. Der Steiger.

Im vorigen Jahre fand in Berlin im Anschluß an die Katastrophe in der Grube Radbod ein allgemeiner Bergarbeiterkongreß statt. Wer dem Kongreß als Zuhörer beiwohnen durfte, wird den Verhandlungen nicht ohne Ergriffenheit gefolgt sein. Stundenlang zeigte sich das gleiche Bild. Nicht die Gewerkschaftsbeamten, die „gewerbsmäßigen Hetzer", wie der Zynismus der Unternehmer sie bezeichnet, führten die Debatte, sondern die Männer der Handarbeit selbst hatten das Wort. Aus den verschiedensten Gegenden, von den verschiedensten Revieren waren sie gekommen. Immer hörte man dieselben Klagen über mangelnde Betriebssicherheit, wie die Beamten die Klagen der Arbeiter unterdrückten und die Behörden sich um nichts kümmern. Dann kommen Katastrophen. Ueberall Mangel an Rettungsmitteln, die Rettungsmaßnahmen ungenügend ausgeführt. Darauf folgt die Komödie der Untersuchung und die Verschleierungsmanöver der Bergwerksdirektion.

Im Grunde machten alle Bergleute dieselben Ausführungen. Sie nannten Namen, gaben Daten und Beschreibungen von den Einrichtungen der Gruben, die sie befahren. Sie schilderten die Vorgesetzten, ihre Peiniger, und am Schlusse erhoben sie in dumpfem Groll immer dieselben Forderungen an die Gesetzgebung: Grubenkontrolleure, Koalitionsfreiheit, Reichsberggesetz!

Auch der Bergbaubetrieb zeigt das Bild einer großkapitalistischen Wirtschaftsform in höchster Vollendung. In den Händen von wenigen Unternehmern haben sich große wirtschaftliche Machtmittel angesammelt und im Betrieb selbst sind ungeheure Menschenmassen, Arbeiter und Angestellte, durch eine kunstvolle Arbeitsorganisation dem Produktionsprozeß eingegliedert worden. An technischen Hilfsmitteln hat man überall arbeitssparende Maschinen eingeführt, die als zulässig erachteten Fördertiefen sind immer mehr gesteigert worden, die jährlichen Unfall- und Sterbezahlen im Bergbau zeigen, daß hier die Arbeitsweise, die an sich schon mit mancherlei Gefahrenquellen verbunden ist, verhältnismäßig viele Opfer an Leben und Gesundheit der Angestellten und Arbeiter fordert.

Die Arbeitsorganisation im modernen Bergbaubetrieb hat ebenfalls wie in anderen großindustriellen Wirtschaftsformen zu einer sehr komplizierten Verwaltungsbureaukratie geführt. Die technische Leitung der Betriebe lag bisher in den Händen der Betriebsführer und Reviersteiger. Der Reviersteiger hatte den Arbeitern die Arbeiten anzuweisen und die Lohnregulierung vorzunehmen. Er war in dieser Beziehung mit dem Werkmeister der Maschinenbauwerkstätte zu vergleichen. Der Betriebsführer arbeitet die Betriebspläne aus, wir können ihn mit dem Betriebsingenieur in Parallele bringen. Das war die Betriebsleitung der Zechen etwa vor zehn bis fünfzehn Jahren. Auch hier ist inzwischen die Betriebsleitung modernisiert worden. Es kam darauf an, für die Funktionen der technischen Grubenbeamten möglichst geeignete Kontrollinstanzen zu schaffen. Zwischen Betriebsführer und Reviersteiger wurde der Fahrsteiger eingesetzt. Er hat die Abteilungen seines Bezirks zu kontrollieren, jeden vermeintlichen Fehler und jedes Versehen des Reviersteigers seinem Vorgesetzten zu melden. Eine andere Kontrollfunktion liegt in den Händen des Inspektors, der über dem Betriebsführer steht und eine Art unverantwortlicher Ratgeber der Bergwerksdirektoren vorstellt. Wie aus den Klagen der Steiger hervorgeht, übt gerade der Inspektor ein Schreckensregiment aus, er befördert, bestraft und entläßt die Steiger nach seinem Belieben.

Auch hier ist der Steiger als der unterste Beamte der Sündenbock für die obere Verwaltungsbureaukratie. Die Beamten der ihm untergeordneten Instanzen haben die Verpflichtung, auf eine möglichst rationelle und gewinnbringende Ausnützung der Betriebsfaktoren hinzuarbeiten, der Steiger hat das auszuführen, was in den oberen Verwaltungsbureaus beschlossen wurde. Entstehen durch das beschleunigte Arbeitstempo Betriebsgefahren, so wird der Steiger der Bergbehörde gegenüber, die Aufsichtsinstanz ist, als haftbar erklärt.

Die Industrie hat nun eigenartige Mittel, um den „Diensteifer" ihrer Angestellten zu heben. Sie wendet ein verschleiertes Prämiensystem an. Der Angestellte bekommt neben seinem regulären Monatsgehalt noch eine Prämie. Meistens am Jahresschluß wird ihm diese „Vergütung" als „Tantieme" oder „Gratifikation" ausbezahlt. In den Kreisen der Angestellten selbst herrscht über die Bedeutung dieser Entlohnungsart noch Unklarheit. Oft begegnet man sogar der Anschauung, daß es sich hier um eine Art der Gewinnbeteiligung handelt. In Wirklichkeit bildet die Gratifikation einen Bestandteil des Jahreseinkommens, eigentlich sogar des Monatsgehaltes in Form einer Sparanlage, die am Schlusse des Jahres ausbezahlt wird. Denn in den meisten Fällen enthält der Arbeitsvertrag eine dementsprechende Bestimmung über die Höhe der Gratifikation, die fortlaufend in jedem „Dienstjahr" gezahlt wird. Nun haben die Firmen diesen Passus so verklausuliert, daß die Grati-

* Vergleiche die Nrn. 36, 37, 40, 42

fikation von einer bestimmten Höhe in jedem Jahre ausbezahlt werden kann, aber nicht muß. Ein klagbares Recht besteht nicht darauf, es bleibt dem Belieben der Firma überlassen. Die Firma hat deshalb immer die Gelegenheit, in besonderen Fällen diesen oder jenen Angestellten durch Entziehung der Gratifikation zu „strafen". So reichhaltig das soziale Programm der Technikerverbände ist, so fehlt doch die Formulierung einer Forderung, die die Abschaffung einer Gratifikation in jeglicher Form überhaupt fordert und verlangt, dementsprechend reguläre Monatsgehalte zu zahlen, von denen nicht nach Willkür der Direktionen Abzüge gemacht werden können.

Ganz besonders raffiniert ist diese Art der Prämienfestsetzung bei den Steigern eingerichtet. Der Steiger bekommt einen möglichst niedrigen Gehalt als Fixum. Der Deutsche Steigerverband hat Fälle zur Kenntnis der Oeffentlichkeit gebracht, in denen Steiger feste Gehalte von 125 *M.* bekamen und die Prämien die Höhe der Gehalte erreichten, oft sogar überschritten. Der Steiger ist also auf die Prämie direkt angewiesen, die einen festen Bestandteil in seinem Gehalt bildet. Man unterscheidet nun eine Förderprämie und eine Selbstkostenprämie. Die Förderprämie ist eine Belohnung für vieles Fördern, die Selbstkostenprämie für billiges Fördern. Es wird ein bestimmtes Förderquantum oder ein Selbstkostenpreis pro Tonne Kohle angesetzt; die Höhe der Förderprämie richtet sich nach dem Ueberschuß der geförderten Kohlen, die Höhe der Selbstkostenprämie nach der Differenz zwischen den angesetzten Selbstkosten und den erreichten Förderkosten.

Die Regulierung der Prämie hat natürlich ihre tief einschneidenden Rückwirkungen auf die Betriebsführung. Der Steiger soll auf eine hohe Sollförderung und eine niedrige Selbstkostenquote hinarbeiten. Das Sollquantum wird auf Grund kalkulierter Berechnungen aufgestellt. Als Maßstab dient meistens die Leistung des einzelnen Kohlenhauers pro Schicht des Vormonats. Von Einfluß sind dabei die jeweiligen örtlichen Verhältnisse in der Grube, wie Mächtigkeit des Flözes, Härtegrad der Kohle, Beschaffenheit des Nebengesteines und anderes. Charakteristisch ist die Art, wie die Berechnung einer solchen Sollförderung zustande kommt. Der Steiger macht die Aufstellung und legt sie dem Betriebsführer zur Begutachtung vor. Der Betriebsführer als strebsamer Oberbeamter sucht diese Sollaufstellung des Steigers nach Möglichkeit hinaufzutreiben. Er weiß natürlich besser Bescheid als sein Steiger, die Sollaufstellung wird umgeworfen. Der Steiger hat eine neue anzufertigen, wobei mehr Tonnen herauskommen müssen. Dieses Soll wird der Direktion gemeldet und der Steiger hat dafür zu sorgen, daß das aufgestellte Quantum auch täglich an die Sonne kommt.

Um billig arbeiten zu können, wird er seine Belegschaft entsprechend organisieren. Er wird die Zahl der produktiven Arbeiter möglichst hoch im Verhältnis zu der Zahl der unproduktiven Arbeiter zu halten suchen. Unter produktiven Arbeitern sind die Leute zu verstehen, die unmittelbar im Kohlengewinnungsbetrieb arbeiten. Als unproduktive Arbeiten sind vor allem die zur Aufrechterhaltung der Grubenräume notwendigen Reparaturen zu betrachten. Dann sind aber auch die Arbeiten darunter zu rechnen, die bergpolizeilich vorgeschrieben und zum Schutze von Leben und Gesundheit der Arbeiter unerläßlich sind, wie die Anfertigung von Wettertüren, Wetterschlägen, Barrieren an Bremsbergen und blinden Schächten, Einbauen von Berieselungsrohren 2c. Um ein hohes Soll zu fördern, ist der Steiger gezwungen, an unproduktiven Arbeitern möglichst zu sparen. Kohlen! Kohlen! Das ist stets und überall die Parole. Die Sicherheit der Betriebe wird dadurch natürlich gefährdet. Bei Unglücksfällen gilt dann der Steiger als der Schuldige, während das System abgeschafft werden sollte, das derartige Zustände im Gefolge hat.

Bringt der Steiger sein Soll einmal nicht an die Sonne, so muß er am andern Morgen rapportieren. Erscheinen die Gründe dem Betriebsführer stichhaltig, dann verläuft die Sache harmlos. Sehr häufig wird das nicht erreichte Soll aber dem mangelhaften Diensteifer des Steigers zugeschrieben, er sporne die Arbeiter nicht zur höchsten Leistungsfähigkeit an, bezahle die Nebenarbeiten 2c. zu hoch. Er hat schlechte Aussicht, auf der Stufenleiter heraufzukommen. Oft wird er sogar in die Grube zurückgeschickt und muß Strafdienst verrichten. Anläßlich der Debatte über Radbod haben im Reichstag die Abgeordneten Gothein und Hue die Steigerfrage angeschnitten und beide Redner haben skandalöse Fälle über die Behandlung der Steiger seitens ihrer Vorgesetzten zur Sprache gebracht.

Aus diesem Grunde sind auch die Vertreter der Bergarbeiter im Parlament und Presse immer dafür eingetreten, daß nach einem Schachtunglück nicht der einzelne Bergbeamte auf die Anklagebank gehört, sondern das System gründlich beseitigt werden muß, nach dem die Antreiber im Produktionsprozeß, die leitenden Männer in den Direktionszimmern, straflos ausgehen und die ganze Verantwortung dem abhängigen industriellen Mittelsmann zugeschoben wird.

In einem Milieu, in dem die Gegensätze hüben und drüben so scharf zugespitzt sind, wie im Bergbau, kann auch selbst für die Angestellten eine paritätische Organisation nicht fruchtbare Arbeit leisten. Die Unternehmer haben deshalb eine gewerkschaftliche Verbandsbildung der Steiger auch nicht länger unterdrücken können. Der Steigerverband, der als Gewerkschaftsorganisation für die Steiger nur allein in Frage kommt, hat schon schwere Kämpfe mit den Unternehmern durchfechten müssen. Kulemann gibt darüber im ersten Band seiner Arbeit „Berufsvereine" eine zwar kurze, aber doch ganz interessante Darstellung. Versuche zur Schaffung einer Organisation der Steiger waren schon 1890, unmittelbar nach dem großen Bergarbeiterstreik, und 1895 unternommen worden. Aber beidemal wurden sie von den Zechenverwaltungen unterdrückt. Als dann im Jahre 1905 der Bund der technisch-industriellen Beamten als Gewerkschaft der Maschinen- und Elektrotechniker gegründet wurde, wagten auch im Jahre 1907 die Steiger einen ähnlichen Versuch. Die Entwicklung des Deutschen Steigerverbandes bewegt sich in aufsteigender Linie, die Grubenverwaltungen dürften trotz aller Maßregelungen jetzt endlich doch die Unmöglichkeit eingesehen haben, eine Gewerkschaftsbewegung der Steiger unterdrücken zu können.

Wenn also über kurz oder lang ein gewaltiges Ringen zwischen den Bergarbeitermassen und den Grubenbesitzern stattfindet, wird auch in diesen Kämpfen der Steiger mit hineingezogen, weil durch die ganze großbetriebliche Entwicklung, durch die Beziehungen der Angestellten zum Betrieb und zum Arbeiter, die Steigerfrage mit der Bergarbeiterfrage immer inniger verknüpelt wird.

Der sechste österreichische Gewerkschaftskongreß.

Am Montag den 17. Oktober trat in Wien der sechste österreichische Gewerkschaftskongreß zusammen. Mehr als andere Kongresse lenkte er die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich, war es doch seine Aufgabe, in dem Streite zwischen Separatisten und Zentralisten ein gewichtiges Wort zu sprechen. Der Kongreß hat das gebracht, was die internationalen Zentralisten von ihm erwarteten: ein unumwundenes, starkes Bekenntnis zur einheitlich-zentralistischen Organisationsform. Auf dem Kongreß herrschte darüber keine Meinungsverschiedenheit, daß die zentralistische Organisationsform die beste sei und deshalb durchgeführt werden müsse. Es wurden aber Stimmen laut, die des lieben Friedens halber zu Konzessionen an die Separatisten in nicht unbedeutendem Ausmaß bereit waren. Die Parteiführer und auch die Gewerkschaftskommission wollten zu den geplanten Einigungsverhandlungen eine Marschroute mit auf den Weg bekommen, die nur die einheitliche Führung der gewerkschaftlichen Kämpfe und die einheitliche Verwaltung der Kampfesunterstützungen als Mindestforderung der Zentralisten vorsieht. Die Mehrheit des Kongresses war anderer Meinung, sie wollte ausdrücklich festgestellt wissen, daß an der zentralistischen Organisationsform nicht gerüttelt werden darf. In einer schließlich einstimmig angenommenen Resolution wurde dieser Ansicht Rechnung getragen.

Der für die österreichische Gewerkschaftsbewegung denkwürdige Kongreß nahm folgenden Verlauf: Der Abgeordnete Beer eröffnete die Tagung mit einer schwungvollen Ansprache. Er verwies auf den Gewerkschaftskonflikt und gab der Hoffnung Ausdruck, daß es schließlich doch gelingen möge, eine Einigung herbeizuführen. An auswärtigen Vertretern konnte der Vorsitzende begrüßen: Camille Huysmans für das Internationale sozialistische Bureau in Brüssel, Karl Legien für die Gewerkschaften Deutschlands, Jaszai und Teßärß für die ungarischen Gewerkschaften und Rauscher aus Sarajewo für die bosnischen Gewerkschaften. Ferner waren die Parteileitung der österreichischen Sozialdemokratie, der Klub der sozialdemokratischen Abgeordneten und viele andere Korporationen des organisierten Proletariats vertreten. Die bedeutsame Tagesordnung verursachte, daß die Zahl der Delegierten größer war als bei früheren Gewerkschaftskongressen. 439 Delegierte aus allen Gauen Oesterreichs waren erschienen.

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung beschloß der Gewerkschaftskongreß eine Kundgebung gegen die ungemein drückend gewordene Lebensmittelteuerung. Er forderte die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter auf, „sich an dem politischen Kampfe gegen die kapitalistisch-agrarische Teuerungspolitik zu beteiligen und durch die Förderung der Genossenschaftsbewegung den proletarischen Konsum zu organisieren." Es soll aber noch rastlos an dem Ausbau der Gewerkschaften weitergearbeitet werden, denn „in der Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation erblickt der Kongreß das wichtigste und wirksamste Mittel zur Abwehr der verheerenden Wirkungen der Teuerung".

Nach Entgegennahme einer Reihe Begrüßungen erstattete dann der Gewerkschaftssekretär Hueber den Rechenschaftsbericht der Gewerkschaftskommission. Er besprach die Leistungen der österreichischen Gewerkschaften im Unterstützungswesen und konnte betonen, daß sie durchaus zufriedenstellend waren. Auf organisatorischem Gebiet habe sich die Tätigkeit der Jugendorganisation und des Gewerkschaftsfrauenkomitees, das zur Belebung der Agitation unter den Frauen eingesetzt worden war, recht angenehm bemerkbar gemacht. In dem gewichtigsten Gebiet der gewerkschaftlichen Tätigkeit, bei dem Kampfe um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, habe sich die Situation gegen früher insofern geändert, als nun die Unternehmerorganisationen zu großer Machtfülle gediehen seien. Die Kämpfe werden infolgedessen immer erbitterter und riesenhafter. — An den Bericht der Gewerkschaftskommission schlossen sich Berichte über die Tätigkeit jener amtlichen Institutionen, in die die Gewerkschaften Vertrauensmänner entsenden. Es berichtete der Abgeordnete Müller über das arbeitsstatistische Amt und den Arbeitsbeirat, der Abgeordnete Widholz über die Tätigkeit der Unfallverhütungskommission.

Ueber den wichtigsten Punkt der Tagesordnung, den Kampf um die einheitliche Gewerkschaftsorganisation, erstattete Hueber das Referat. Er gab eine geschichtliche Darstellung des Konflikts, an den sich eine gründliche Erörterung der gegenwärtigen Situation schloß. Er sagte ferner unter anderm: „Daß wir den Willen zum Frieden haben, ist sicher. Keiner auf dem Kongreß ist da, der den Frieden nicht will; aber einen Frieden, der möglich ist, einen Frieden, der die Schlagfertigkeit und die Kraft der Gewerkschaftsorganisation nicht unterbindet. Ein Friede, der das nicht bringt, ist unmöglich und schade um die Zeit, die wir daran wenden, um zu verhandeln. Die Gewerkschaftskommission schlägt eine Resolution vor, die den Separatisten so weit als es nur irgendwie möglich ist, entgegenkommt. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß es ausgeschlossen ist und daß keiner hier auf diesem Kongreß der Meinung sein kann, daß die tschechischen Genossen morgen ihre separatistischen Organisationen auflösen werden. Ebenso wie wir manches, was drüben geschieht, als Wahnsinn erklären müssen, ebenso wäre es ein Wahnsinn von uns, zu glauben, daß das möglich wäre. Aber wir sind verpflichtet, den tschechischen Genossen einen Weg zu zeigen und ihnen ein Uebergangsstadium zu ermöglichen. Gewerkschafter, wollt ihr die Einheit der Gewerkschaftsorganisation erreichen, so müßt ihr diese Grundbedingungen zur Einheit erfüllen, um den tschechischen Genossen die Möglichkeit hierzu zu geben. Ich tue immer sehr gerne mit, wenn es gilt, intransigent zu sein; aber wo ich weiß, daß es unmöglich ist, auf diesem Wege zu einem Frieden zu kommen, dann ist es bei mir auch mit der Intransigenz aus. Da mußte ich mir sagen, daß es ein Zwingen auf die Knie nicht geben kann. Wir haben immer gesagt, wir halten an dem Grundsatz fest, daß wir als Gleiche mit Gleichen verhandeln. Was wir vorschlagen, ist noch kein Kompromiß, sondern ein Weg dazu. Das Kompromiß ist noch weit weg. Erst werden die Verhandlungen stattfinden und diese werden dann zeigen, ob ein Kompromiß möglich ist. Da hängt es von den tschechischen Genossen selbst ab, wie sie sich den Weg zur einheitlichen Organisation vorstellen. Lehnen sie das in der bekannten bisherigen Weise ab, ja dann haben wir unser Letztes getan. Da haben sie unseren guten Willen zurückgewiesen. Dann können wir aber auch, was wir hierzu beschließen, der ganzen internationalen Welt zeigen und können es vor ihr verantworten, ohne daß man uns je beschuldigen könnte, daß wir nicht alles getan hätten, um zum Frieden zu kommen."

In der Diskussion ergriff als erster Redner Dr. Viktor Adler das Wort. Er war in der letzten Zeit Gegenstand heftiger persönlicher Angriffe der Separatisten gewesen. Der Kongreß begrüßte ihn mit demonstrativem Jubel; die tschechischen Zentralisten veranstalteten noch eine besondere Vertrauenskundgebung. Adler riet dringend, den Separatisten entgegenzukommen. Der Friede müsse unter allen Umständen hergestellt werden.

Die folgende Diskussion zeigte freilich, daß die verwerflichen Kampfesmethoden der Separatisten eine solche Erbitterung unter den Zentralisten gezeitigt hatten, daß es unmöglich war, noch weitere Konzessionen von den zentralistischen Vertrauensmännern zu erlangen. Ein Redner nach dem andern erklärte, daß alles Nachgeben bisher unnütz gewesen sei. Wenn man in irgend einem Gewerkschaftsverband auch alle nationalen Wünsche der tschechischen Minorität erfüllt habe, sei es schließlich doch zur Spaltung gekommen, denn die tschechischen Separatisten wollen die Trennung um jeden Preis. Sehr charakteristisch war, was in dieser Beziehung Müller namens der Eisenbahnerorganisation, die aber jetzt unmittelbar vor der Spaltung steht, sagte: „Wir haben einen nationalen Kataster angelegt, wir haben genaue Verzeichnisse geführt, wieviel Tschechen wir haben und was sie leisten, wir haben tschechische Berichte herausgegeben, wir führen die Beiträge an die Prager Kommission und an die Partei durch die Tschechen ab; wir haben in Prag ein Verwaltungskomitee eingesetzt, das man ganz gut eine Prager Zentrale nennen kann. Die Tschechen haben dabei das Recht, in der Zentrale in Wien zu sitzen, wir aber haben nicht das Recht in Anspruch genommen, in ihrer Zentrale in Prag zu sitzen. Das Komitee in Prag kann Beamte aufstellen und entlassen. Es ist frei in der Agitation und Organisation. Sie haben ihr eigenes Blatt, das wir ihnen schuldenfrei zur Verfügung gestellt haben und in dem sie nach Gutdünken schreiben können. Wir haben ihnen ein eigenes Haus verschafft, obwohl die Zentrale in Wien ein solches noch gar nicht besitzt. Ich kann sagen, wir hängen innerlich in wirtschaftlicher, verwaltungstechnischer und agitatorischer Beziehung kaum mehr mit einem Zwirnsfaden zusammen. Wir haben alles getan und trotzdem kommt an uns ebenfalls jetzt die Gefahr heran."

Die Vertreter der einzelnen Branchen (Schuhmacher, Schneider, Holzarbeiter, Metallarbeiter, Bergarbeiter und Bauarbeiter) berichteten von ganz demselben Verhalten der Separatisten in ihrem Verband. Man müsse erkennen, so führten sie aus, daß die tschechische Partei die separatistische Gewerkschaftsorganisation unter allen Umständen wolle und daß infolgedessen auch das weiteste Entgegenkommen zwecklos sei. Von den tschechischen Zentralisten, die von der offiziellen Richtung der tschechischen Sozialdemokratie aufs heftigste persönlich angegriffen wurden, fielen sehr harte Worte gegen die tschechische Partei. So sagte der Brünner Jura: „Die Schikanierungen der Genossen durch die Institutionen der tschechischen Sozialdemokratie gingen nicht nur gegen die Sekretäre, sondern gegen ganze politische Organisationen, und zwar deshalb, weil diese nicht für die Spaltung der Gewerkschaften eintraten und gegen die nationalen Gewerkschaften waren. Weil diese tschechischen Genossen die Maifeier gemeinsam mit den deutschen Genossen veranstalteten, wurden sechzehn Brünner politische Organisationen ausgeschlossen. Sei es direkt dadurch, daß sie in dem Dekret genannt sind, sei es indirekt dadurch, daß ihnen keine Parteimarken gegeben werden, damit die Genossen die Parteisteuer nicht zahlen können. Auf der andern Seite wird aber gesagt, daß die tschechischen Zentralisten durch ihren ganzen Kampf zum Syndikalismus treiben, das heißt daß sich eine Strömung vorbereitet, die nur die gewerkschaftliche Betätigung wünscht, um mit der Politik nichts zu tun zu haben. Damit dieses Odium auf die Genossen nicht falle und weil die Genossen auch den festen Willen haben, sich politisch zu betätigen, waren sie gezwungen, eigene politische Organisationen zu gründen, und es wurde schon von der Genossin Staunic festgestellt, daß das keine neue Partei ist, sondern die alte Internationale."

Der Metallarbeiter Beer hielt eine vermittelnde Rede, die die vorgelegte Resolution der Gewerkschaftskommission verteidigte und bemüht war, die Zentralisten zu weiteren Konzessionen bei den geplanten Einigungsverhandlungen zu bewegen. Diese Ausführungen stießen jedoch auf heftigen Widerspruch bei der Mehrheit der Delegierten. Es wurde schließlich eine Antragskommission eingesetzt, mit dem Auftrag, dem Kongreß eine neue Resolution zu unterbreiten. Die Resolution, die sie vorschlug, hatte folgenden Wortlaut:

„Der sechste ordentliche Kongreß der Gewerkschaften Oesterreichs begrüßt den Beschluß des internationalen Sozialistenkongresses in Kopenhagen, den er über die Notwendigkeit der einheitlichen gewerkschaftlichen Organisationen in allen Staaten als richtunggebend gefaßt hatte.

Die Weisung der Vertreter der Sozialdemokratie der Welt entspringt nicht nur der theoretischen Erkenntnis allein, sondern ist vielmehr aus den praktischen Erfahrungen aller Kämpfe, die das Proletariat um mehr Brot und Kultur in allen Staaten — in Oesterreich im besonderen — führen mußte, hervorgerufen worden.

Es ist durch diesen Beschluß festgestellt worden, daß die Organisationsform der Gewerkschaften kein leerer Rahmen sei, sondern einen wesentlichen und grundsätzlichen Inhalt: die Konzentration der Mittel und Kräfte, in sich trägt, die dem kämpfenden Proletariat den Erfolg für sich leichter zu erringen vermag als durch das getrennte Marschieren und vereinte Schlagen. In einer Zeit der wachsenden Macht des international organisierten Unternehmertums der Groß-, Mittel- und Kleinindustrie, der Beherrschung der Industrie durch Trusts und Banken des In- und Auslandes wäre es ein verhängnisvolles Beginnen, wenn die Gewerkschaften Oesterreichs auf die einheitliche Führung des Kampfes der organisierten Arbeiterschaft, sowohl im Angriff als auch in der Abwehr, verzichten wollten, weil nationale Wirrnisse sich dieser Einheitlichkeit entgegenstellen.

Von dieser Erkenntnis durchdrungen, beschließt der Kongreß, an den grundsätzlichen Bedingungen der einheitlichen Gewerkschaftsorganisationen und an der einheitlichen Führung der gewerkschaftlichen Kämpfe aller Art sowie der einheitlichen Verwaltung der finanziellen Mittel für diese Kämpfe festzuhalten und hiervon nicht abzuweichen.

Der Kongreß billigt, daß die Reichskommission im Sinne des Kopenhagener Beschlusses ihre Zustimmung zur Beschickung der Einigungskommission, die von der Gesamtexekutive der Sozialdemokratie in Oesterreich in Vorschlag gebracht wurde, gab.

Die Reichskommission ließ sich bei der Beschlußfassung über die Beschickung der Einigungskommission von dem Grundsatz leiten, vor dem Gewerkschaftskongreß einer Pflicht der Internationale gegenüber und den Notwendigkeiten der gegenwärtigen Situation zu entsprechen. Anders beurteilt die Prager Kommission die Wichtigkeit des Zusammentritts dieser Einigungskommission, indem sie sich die Beschickung dieser Kommission — erst nach der Abhaltung des tschecho-slawischen Kongresses — vorbehält. Die Hinausschiebung des Termins der unverbindlichen Aussprache über die prinzipiellsten Streitfragen, die für den Kongreß der Zentralverbände sowie für den Kongreß der tschecho-slawischen Organisationen von größter Bedeutung sind, läßt eine Friedensstimmung bei den Separatisten leider nicht erwarten. Die willkürlichen Ausschließungen guter und im Dienste der Arbeiterschaft ergrauter Parteigenossen, die rücksichtslose, jeder Verantwortung bare Sprache der tschechischen Parteipresse in Böhmen und Mähren benehmen fast jede Aussicht, einen dauernden Frieden auf diesem Wege zu erreichen. Mit Rücksicht jedoch auf den Beschluß des Kopenhagener internationalen Kongresses ermächtigt der Gewerkschaftskongreß die Reichsgewerkschaftskommission, falls die Prager Gewerkschaftskommission geeignete Verhandlungsvorschläge macht, in Unterhandlungen einzutreten.

Sollten diese Verhandlungen dann zu einer die gewerkschaftlichen Notwendigkeiten befriedigenden Lösung nicht führen, so würde den Zentralverbänden der Kampf um ihre Einheit aufgezwungen werden. So schmerzlich dieser Kampf sein würde, so müßte er leider in Oesterreich durchgefochten werden. Der Kongreß richtet daher an die Arbeiter aller Nationen den Appell, an der Zentralisation der Organisationen festzuhalten, die allein den siegreichen Kampf gegen das übermächtige Kapital in der Gegenwart und in der Zukunft dem Proletariat in Oesterreich verbürgt. Es lebe die internationale Organisation des klassenbewußten Proletariats in Oesterreich!"

Diese Resolution wurde unter stürmischem, langanhaltendem Beifall einstimmig angenommen. Ebenso ein zweiter Antrag, der verlangt, daß die Einigungsverhandlungen bereits anfangs November beginnen müssen. —

Die folgenden Kongreßtage brachten wohl nicht mehr so stürmisch bewegte Debatten, wie sie die Diskussion über den Gewerkschaftskonflikt gezeitigt hatte, sie waren aber in vieler Beziehung nicht minder bedeutsam als diese. Der Kongreß nahm zum neuen Strafgesetzentwurf, der schwere Gefahren für das Koalitionsrecht der Arbeiter in sich birgt, Stellung. Nach einem Referat des Dr. Ingwer wurde eine Protestresolution angenommen, die sich gegen jede Verschlechterung des Koalitionsrechtes der Arbeiter wendet.

Der Abgeordnete Beer brachte ein interessantes und instruktives Referat über die Taktik bei Streiks und Aussperrungen. Er legte die großen Veränderungen der Kampfeschancen dar, die sich durch das Eingreifen der Unternehmerorganisation ergeben haben. Der Zusammenschluß der Unternehmer erheische gebieterisch, das die Arbeiter das gleiche tun. Es gelte vor allem, die Organisation so auszubauen, daß die Konzentration der Kräfte und Mittel gegeben ist. Wichtig sei auch die Durchführung der Betriebsorganisation in der entwickelten Großindustrie. Jede Streikbewegung lehre mit großer Deutlichkeit eines: Wir seien leider noch nicht so weit wie die Unternehmer. Hier hätten alle Unterschiede aufgehört, sie stehen alle in einer Organisation, es gibt keine Branchenorganisationen mehr in dem Sinne, daß sie selbständig entscheiden. Diese Branchenorganisationen sind nur dingerichtet aus taktischen Gesichtspunkten. Bei uns spielten aber noch andere Umstände eine große Rolle. Wir brauchten besonders in der Großindustrie die Betriebsorganisation wie einen Bissen Brot. Wir brauchten die Betriebsorganisation in jeder entwickelten Unternehmung, wo mehrere Branchen in Betracht kommen. Der Kongreß solle es mit allem Nachdruck aussprechen, daß die seit dem letzten Kongreß aufgenommenen Bestrebungen und Bemühungen, dieses Ziel zu erreichen, verdoppelt und verdreifacht werden müßten, damit wir rascher zum Ziele kommen. Für die Betriebsorganisation hätten die Arbeiter ein eminentes Interesse. In den Großbetrieben stehen Arbeiter der verschiedensten Branchen, sie gehören dann auch den verschiedensten Organisationen an. Wenn auch schon eine Besserung eingetreten sei, komme es doch noch vor, daß eine Gruppe der Arbeiter ohne Rücksicht auf die übrigen Forderungen erhebt oder Bewegungen inszeniert, die zu schweren Komplikationen für die übrigen Arbeiter des Betriebes führen. Wir müßten mit allem Nachdruck darauf beharren, daß noch vor dem ersten Schritte, der zu einer Bewegung führt, das volle Einverständnis aller in Betracht kommenden Organisationen hergestellt werden muß, wenn man vor schweren Nachteilen und Schädigungen bewahrt bleiben soll. Niemand wolle eine Organisation auflösen, aber die Betriebsorganisation müsse mindestens in dem Sinne zustande kommen: wenn schon nicht als organisatorische Einheit, doch in dem Sinne, daß sie bei der Führung von Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen in Erscheinung tritt.

Eine Resolution in diesem Sinne wurde angenommen.

Der letzte Kongreßtag war der Sozialpolitik gewidmet. Es referierten: Schrammel über die Sozialpolitik im Parlament, Hanusch über die Verkürzung der Arbeitszeit, Smitka über die Beseitigung des Arbeitsbuches und Neumann über Wohnungsfürsorge und Arbeitsvertrag. Bedeutsam waren die Schlußreden auf dem Kongreß. Die beiden internationalen Sekretäre, Legien und Huysmans, kamen auf die Beratungen über den Organisationskonflikt zurück und resümierten ihren Eindruck vom Gewerkschaftskongreß dahin, daß sie bei den Zentralisten Friedensbereitschaft gefunden hätten. Nun sollen die Separatisten ihre Friedensliebe zeigen, damit bald in die Einigungsverhandlungen eingetreten werden könne. Der Vorsitzende des Kongresses, Heinrich Beer, stellte fest: Der Kongreß hat die Bedingungen festgestellt, unter denen der Friede möglich ist, und, um ein Wort zu variieren, das in diesen Beratungen gesprochen wurde: es ging mehr als ein drahtloses Telegramm nach Prag. Ich hoffe, der Kongreß der Gewerkschaften der tschechischen Gewerkschaftskommission, der Anfang des nächsten Monats zusammentritt, wird den hier ausgesprochenen Anschauungen Rechnung tragen, ich hoffe fest, daß es der Klugheit, der Einsicht und nicht zuletzt auch dem Verantwortlichkeitsgefühl der leitenden Personen der tschechischen Bewegung gelingen wird, eine Temperatur herbeizuführen, die Verhandlungen ermöglicht und sie auch zu einem günstigen Ende kommen läßt.

Reiche Arbeit hat der sechste Gewerkschaftskongreß verrichtet; wir hoffen, daß es auch fruchtbare Arbeit gewesen ist. Nirgends tut der Arbeiterklasse die Einigung mehr not als in dem vom Nationalitätenhader zerklüfteten und zerrissenen Oesterreich. Die Arbeiterschaft, die ringsum vom tobenden Meere des Chauvinismus umbrandet ist, hat es bis vor wenigen Jahren verstanden, international zu sein. Jetzt gilt es, dem Nationalismus, der sich auch in ihren Reihen breit zu machen vermochte, entgegenzuwirken und wieder zurückzukehren zur alten proletarischen Internationale. Hoffen wir, daß das gelingt.

J. D.

Zum Sechsten Internationalen Metallarbeiterkongreß.

Wenn auch die internationalen Beziehungen der Metallarbeiter einige Fortschritte gemacht haben, so gibt es doch ein Gebiet, wo nicht nur kein Fortschritt, sondern eher ein Rückschritt geschehen ist, und das ist die Berichterstattung an den Sekretär des Internationalen Metallarbeiter-Bundes. Auch das Organ des Internationalen Metallarbeiter-Bundes, die Internationale Metallarbeiter-Rundschau, läßt dies in ihren letzten Jahrgängen deutlich erkennen und auf dem bevorstehenden internationalen Metallarbeiterkongreß wird noch darüber zu reden sein. Wie wir in Erfahrung gebracht haben, hat es dem internationalen Sekretariat Schwierigkeiten genug gemacht, die für den Kongreß nötigen Berichte aus den einzelnen Nationen zu erhalten. In den nachfolgenden Zeilen geben wir einen Auszug aus den Berichten, soweit sie schon vor dem Kongreß vorhanden waren und soweit ein solcher neben unserer jährlichen Berichterstattung in der Metallarbeiter-Zeitung über die Metallarbeiterbewegung im Ausland noch erforderlich erscheint.

Belgien.

Der Bericht des Nationalen Bundes belgischer Metallarbeiter beginnt, wie die meisten übrigen, mit einem Hinweis auf die Krise, die nach dem letzten internationalen Kongreß (1907) eintrat und dem Aufschwung, der sich in der letzten Zeit wieder bemerkbar machte. Noch vorhanden ist die Krise in der Waffenindustrie, wo etwa 8000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt sind. Ferner hat sich in Belgien eine von Mönchen und Pfarrern begründete katholische Gewerkschaftsbewegung aufgetan, natürlich weniger, um den katholischen Arbeitern bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen, als vielmehr aus denselben Beweggründen, die in Deutschland zur Schaffung der Zentrumsgewerkschaften geführt haben. Sie versprechen ihren Mitgliedern für geringere Beiträge dieselben Vorteile, wie andere Gewerkschaften; sie können dies, weil sie unter allen möglichen Vorwänden von der reaktionären Regierung subventioniert werden. Diese Subventionen sind aber an Bedingungen geknüpft, die eine wirkliche Arbeiterorganisation nicht erfüllen kann. Ein weiteres Hindernis für die Ausbreitung der Organisation ist der Umstand, daß unter den organisierten Kollegen die Meinungen über die Form der Organisation noch immer nicht geklärt sind.

Von 92 950 Metallarbeitern im ganzen Lande sind in 125 Abteilungen 13 850 organisiert. Am meisten Metallarbeiter (35 483) sind in der Provinz Lüttich, dagegen sind dort nicht die meisten organisierten (2096); am meisten organisierte Metallarbeiter (5293) sind in der Provinz Hennegau, wo im ganzen 28 912 Metallarbeiter vorhanden sind. Von den acht Provinzen des Landes haben fünf im ganzen elf besoldete Beamte; dazu kommt noch der Landessekretär. Die Fortschritte in der Beitragsleistung sind in Anbetracht des Umstandes, daß der belgische Arbeiter durchaus kein Freund hoher Beiträge ist, erfreulich zu nennen. 1904 zahlten Mitglieder erster Klasse monatlich 20 S, Mitglieder zweiter Klasse 12 S; 1910 beträgt der Beitrag 1,80 M. und 1,04 M. Ferner verlangen die Sektionen noch eigene Beiträge, so daß diese fast im ganzen Lande in der ersten Klasse 2,04 M. und in der zweiten Klasse 1,20 M. betragen.

Die Statistik über Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen liegt noch sehr im argen. Selbst den Bezirkssekretären scheint noch der Ueberblick über die Bewegungen in ihren eigenen Bezirken zu fehlen, denn sie waren nicht imstande, die notwendigen Fragebogen vollständig zu beantworten. Die vom Landessekretär mitgeteilten Zahlen sind darum nicht geeignet, ein Bild von den Bewegungen zu geben. Der Hauptkasse haben die Bewegungen in den letzten drei Jahren 113 279,66 M. gekostet.

Zur Arbeitslosenunterstützung erhält der Verband fast in allen Provinzen und großen Städten einen Zuschuß von 50 Prozent der ausgegebenen Summen. Der Verband wurde dadurch in die Lage versetzt, die Unterstützung von 1,60 M. täglich auf 1,20 M. reduzieren zu können. Es wurden in den drei Jahren für 140 310 Arbeitslosigkeitstage 213 575,90 M. ausbezahlt. In der Krankenkasse des Verbandes übersteigen die Ausgaben die Einnahmen. Es erwies sich darum eine Aenderung ihrer Organisation als notwendig. Im ganzen wurden in den letzten drei Jahren für 132 912 Krankheitstage 181 576,24 M. bezahlt.

Die Gesamteinnahmen betrugen in der gleichen Zeit 601 481,62 M., die Ausgaben dagegen 620 154,40 M., so daß sich ein Defizit von 18 672,67 M. ergab, das aus dem Vermögen gedeckt werden mußte.

Dänemark.

Der Vorstand des Dänischen Schmiede- und Maschinenbauer-Verbandes hat sich recht kurz fassen können, weil seit dem letzten internationalen Metallarbeiterkongreß in Dänemark keine großen Ereignisse vorgekommen sind. Im Oktober 1905 wurde mit der „Vereinigung der Arbeitgeber in der Eisenindustrie", die wohl mehr als die Hälfte der Verbandsmitglieder beschäftigt, auf fünf Jahre ein Vertrag abgeschlossen, dessen Wirkung den gehegten Erwartungen entsprach. Es sind nicht nur keine nennenswerten Konflikte entstanden, sondern auch bedeutende Lohnerhöhungen durchgeführt worden, namentlich durch energische Arbeit für Einführung fester Akkordpreise für gangbare Arbeit. Der Mindestlohn wurde am 1. Juli 1908 von 34 auf 35 Oere (39 auf 40 S) erhöht, für Ausgelernte im ersten Jahre nach Beendigung der Lehrzeit von 31 auf 32 Oere (35 auf 36 S), die Arbeitszeit am 1. November 1907 in den Monaten November, Dezember, Januar und Februar von 9½ auf 9 Stunden herabgesetzt. In den übrigen Monaten beträgt die Arbeitszeit 10 Stunden. Die Durchschnittslöhne betrugen in den Jahren 1906 bis 1909 37,7, 39,2, 40,3 und 40,6 Oere. Nach den ziemlich umfassenden Statistiken betrug der ermittelte Akkordüberverdienst, auf jeden beschäftigten Schmied und Maschinenbauer umgerechnet, stündlich 7,8 Oere, jedoch auf die umgerechnet, an die der Ueberschuß ausbezahlt wurde, 20,2 Oere. Da die letztgenannten offenbar zum Teil Kolonnenführer gewesen sind, liegt die Wahrheit zwischen den beiden genannten Zahlen. In den meisten Betrieben anderer Industriezweige, die eigene Reparaturwerkstätten haben, wie Zuckerfabriken, Zementfabriken, Oelmühlen, Schwefelsäurefabriken 2c. ist ein Mindestlohn von 40 Oere (46 S) durchgeführt worden, bisweilen mit einer Wartezeit von 3 Monaten oder 14 Tagen, innerhalb deren dann 38 Oere (43 S) bezahlt werden, und auf die Staatsbahnwerkstätten, wo es außerordentlich schwierig war, die Gesellen zu organisieren, wo aber die Organisation jetzt siegreich durchgedrungen ist, ist ein solcher Druck ausgeübt worden, daß der Mindestlohn von 32 auf 34 Oere (37 auf 39 S) pro Stunde gehoben, die Arbeitszeit von 58 auf 56 Stunden wöchentlich herabgesetzt und bedeutende persönliche Lohnzuschläge eingeführt wurden, so daß man dort im Begriff steht, sich der privaten Industrie auf den genannten Gebieten zu nähern.

Nichtsdestoweniger hat es während der Krise nicht an Versuchen gefehlt, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, namentlich im Schiffbau. Diese Versuche konnten jedoch abgewehrt werden. Einen bedeutenden Rückhalt werden unsere dänischen Kollegen dabei an der Arbeitslosenunterstützung gehabt haben. Diese betrug vom 1. Januar 1907 bis zum 31. März 1910 im ganzen 492 837,50 Oere (579 422,82 M.). Nach dem Gesetz vom 9. April 1907 (siehe Internationale Metallarbeiter-Rundschau 1907, Nr. 5 und 1908, Nr. 10) erhält auch der Dänische Schmiede- und Maschinenbauer-Verband einen Staatszuschuß und stellenweise einen Kommunalzuschuß. Der erstgenannte betrug vom 1. Januar 1908 bis zum 31. März 1910 184 467,74 Kronen (217 526,21 M.), der letztgenannte vom 1. April 1908 bis zum 31. März 1910 47 940,81 Kronen (53 933,41 M.). Zur Linderung der durch die große Arbeitslosigkeit hervorgerufenen Not wurden sowohl vom Verbande wie vom Staat und von den Kommunen noch weitere Unterstützungen verabfolgt, auf die wir jedoch der Kürze halber nicht eingehen können.

Der Verband hat ungefähr 10 000 Mitglieder und sein Vermögen betrug beim letzten Rechnungsabschluß 796 017 Kr. Ferner wird noch berichtet, daß er in der letzten Zeit mit neun verschiedenen kleineren Organisationen Verhandlungen wegen Errichtung eines Industriekartells eingeleitet hat. Diese Organisationen haben zusammen zirka 3000 Mitglieder, darunter Kupferschmiede, Former, Gelbgießer, Metalldrücker, Feilenhauer, Elektriker, Schleifer, Rohrarbeiter und Gold-, Silber- und Britanniawarenarbeiter. Diese Bestrebungen nach Herbeiführung eines festeren Zusammenschlusses — zunächst zwischen den gelernten Arbeitern verschiedener Branchen in der Metallindustrie — sind ohne Zweifel ein Zeichen von der Erkenntnis, daß unseren dänischen Kollegen ernste Zeiten bevorstehen. Am 1. Februar 1911 läuft der auf fünf Jahre abgeschlossene Vertrag ab und er kann schon drei Monate vorher von einer der Parteien gekündigt werden. Nun ist es den Unternehmern gelungen, für eine Anzahl von Verträgen, die 50 000 Arbeiter (die Hälfte der gewerkschaftlich organisierten) umfassen, die Ablaufszeit auf das Frühjahr 1910 festzulegen, was ohne Zweifel nicht ohne eine bestimmte Absicht geschehen ist. Unsere dänischen Kollegen werden schon in nächster Zeit dazu Stellung nehmen müssen.

Deutschland.

Wir glauben, diesen Abschnitt überschlagen zu können, weil wir voraussetzen dürfen, daß sein Inhalt aufmerksamen Lesern der Metallarbeiter-Zeitung bekannt ist.

Finnland.

Die Metallarbeiter Finnlands hatten schon 1899 eine Vertreterversammlung, wo der Grund zu einer Organisation gelegt wurde. Dieser wurde jedoch ihre Tätigkeit so sehr erschwert, daß man sich genötigt sah, in der Hauptsache die politische Reaktion zu bekämpfen. Mit Hilfe eines politischen Großstreiks im Jahre 1905 gelang es, auf diesem Gebiet Fortschritte zu erzielen. 1906 hielt der Verband in Tammersfors seine vierte Vertreterversammlung ab und von da an datiert seine bessere Entwicklung. Wenn auch die Behörden ihm weniger Schwierigkeiten machten, so leisteten ihm doch die gut organisierten Unternehmer stärkeren Widerstand, worin sie noch durch die Krise und besonders durch die große Arbeitslosigkeit im Jahre 1909 unterstützt wurden. Der Unternehmerverband für die Metallindustrie umfaßt sämtliche Betriebe mit Ausnahme der des Kleinhandwerks. Bis zum Ende des Jahres 1908 stand er auf dem Standpunkt, daß Arbeitsverträge mit den Arbeiterorganisationen abgeschlossen werden sollten; er beschloß jedoch am 21. Januar 1909, nur mehr mit den einzelnen Arbeitern „Verträge zu schließen". Die anläßlich dieses Beschlusses ausgebrochenen Kämpfe entschieden die Unternehmer mit Hilfe russischer Streikbrecher zu ihren Gunsten; ferner setzten sie die Aufhebung der gesetzlich vorgesehenen 14tägigen Kündigungsfrist durch, so daß gegenwärtig in den Arbeitsverhältnissen eine vollständige Anarchie herrscht. Die Tätigkeit der Organisation ist vollständig lahmgelegt. Der Verband der Metallarbeiter hatte 1909: 2080 Mitglieder, der der Rohrarbeiter 80 und der der Klempner und Kupferschmiede 161. Die Verbände der Metallgießer, der Dreher und der Elektrizitätsarbeiter traten 1909 dem Metallarbeiterverband bei. Die Zahl der Organisierten war in den Jahren vorher verhältnismäßig bedeutend höher. Trotz der schwachen Organisation kamen doch verhältnismäßig viele Kämpfe vor, worüber der Bericht noch genauere Angaben enthält. Der Vorsitzende und der Kassierer des Verbandes sind angestellt. Das Verbandsorgan Metallityölöinen erscheint monatlich. Die Einnahmen betrugen 1908 und 1909 101 205,19 M., dazu hatte die Gewerkschaftszentrale Finnlands beigesteuert 15 380,80 M., das Ausland 17 657,26 M. Ausgegeben wurden in den beiden Jahren 102 442,68 M., darunter für Unterstützung bei Streiks und Aussperrungen 68 651,86 M., Beitrag für den schwedischen Großstreik 2677,08 M. und Arbeitslosenunterstützung 13 612,12 M. Das Vermögen betrug 1909: 14 718,46 M.

Frankreich.

Es hat nur der Vorstand der Föderation der Maschinenbauer berichtet. Danach ist die Organisation in dieser Branche noch sehr dürftig. Die Arbeiter der Staatswerkstätten haben besondere Verbände, die der Föderation der Staatsarbeiter angeschlossen sind, ebenso die Arbeiter in den Werkstätten der Eisenbahngesellschaften. Der Verband der Maschinenbauer hatte vor einigen Jahren noch ungefähr 5000 Mitglieder. Diese Zahl hat sich bedeutend verringert: 1. durch den seit dem Fiasko des Streiks vom Mai 1906 in den Betrieben von Paris und Vororten und der Provinz herrschenden Druck, den die Fabrikanten auf ihre Arbeiter ausüben (zwei Drittel der Mitglieder sind dadurch verschwunden); 2. infolge des Verschmelzungskongresses vom Jahre 1909 haben sich fünf Organisationen von der Föderation getrennt und sind zur neuen Föderation der Metallarbeiter übergetreten (zwei von Paris und drei von der Provinz mit zusammen 1129 Arbeitern). Jetzt sind die Arbeiter ohnmächtig, den drakonischen Maßnahmen des Unternehmertums widerstehen zu können; diese Lage ist natürlich sehr vorteilhaft für die Unternehmer.

Die Föderation der Maschinenbauer hat deswegen, was die Zahl der Mitglieder betrifft, einen Schritt nach rückwärts gemacht. Dagegen steht die Kasse besser da als je zuvor. Die Mitglieder haben innerhalb der letzten drei Jahre 46 175,08 M. Beiträge bezahlt und für Unterstützungen wurden 34 850,52 M. ausgegeben, so daß 11 388,80 M. verbleiben. Der Bericht geht noch ausführlicher auf die Kassenverhältnisse ein.

Die Föderation der Maschinenbauer ist unter den französischen Metallarbeiterorganisationen diejenige, die sich in den Prinzipien und der Taktik am meisten den deutschen Gewerkschaften nähert. Dadurch setzt sie sich aber in Widerspruch mit dem weitaus größten Teile der französischen Gewerkschaften, die mehr dem Syndikalismus huldigen, eine Richtung von der Art, wie sie in Deutschland das kleine Häuflein der ehemaligen Lokalisten vertritt. Die Föderation der Maschinenbauer hat infolgedessen sowohl den indifferenten Kollegen als auch den anderen Gewerkschaften gegenüber keinen leichten Stand. Der Bericht verbreitet sich darüber in seinen beiden letzten Abschnitten, die folgende Ueberschriften haben: „Warum ist es so schwierig, die Arbeiter unseres Berufes für die Organisation zu gewinnen?" und „Warum haben wir die Verschmelzung nicht angenommen?" Man kann es in der Tat dem Maschinenbauerverband nicht verdenken, wenn er mit den Halb- und Dreiviertelanarchisten im Metallarbeiterverband nichts zu tun haben will.

Großbritannien.

Die britischen Metallarbeiterorganisationen, die dem internationalen Bunde angehören, bilden eine besondere Sektion. Der Berichterstatter sagt zu Anfang seiner Ausführungen, daß in Großbritannien „der Arbeiter stetige Fortschritte in jedem Ressort des Lebens" mache. In der Politik habe seine Stimme höheren Wert; ferner käme er als Faktor in der Konstitution und der Handhabung der Gesetze mehr zur Geltung als früher. Auch in der Industrie sei er nicht mehr ein Sklave mit langer Arbeitszeit und auch der Arbeitslohn sei mehr seinen Leistungen entsprechend. Die Arbeits- und die Wohnungsverhältnisse hätten sich auch gebessert. Dies mag im allgemeinen zutreffen. Was jedoch die bisherige politische Betätigung der britischen Arbeiterklasse anlangt, so will es uns scheinen, daß sie trotz des mangelhaften Wahlrechts noch erfolgreicher und besser sein könnte. Offenbar ist sich die britische Arbeiterschaft zum großen Teil ihrer politischen Macht noch gar nicht bewußt geworden. Doch dies nur nebenbei. Der Bericht enthält sodann noch summarische Angaben über Arbeitszeit und Arbeitslohn in verschiedenen Branchen, desgleichen über Lebensmittelpreise. Wir behalten uns vor, gelegentlich darauf zurückzukommen.

Beachtenswert sind die Ausführungen des Berichterstatters über die große Zersplitterung der britischen Gewerkschaften. Er sagt unter anderm:

„Die erfahreneren Führer der Arbeiter in Großbritannien sind der Meinung, daß es eine offenbare Schwäche sei, wenn 1713 einzelne Gewerkvereine wie gegenwärtig bestehen, deren jeder absolut selbständig ist, was oftmals zur Folge hat, daß ein Verein im Gegensatz zu einem andern handelt und daß selbst ein Verband von Vereinen nicht darüber hinwegzukommen vermag, weil deren Leitung wohl einen Rat, dagegen aber keinen Befehl erteilen kann. In Großbritannien sind 1 600 000 Personen in der Metallindustrie beschäftigt, und es wäre logisch, daß alle Sektionen dieser Industrie eine einzige Organisation bildeten, gerade so, wie ihre Interessen die gleichen sind. Trotzdem wird die Erreichung dieses Ideals mehr als schwierig infolge der Art und Weise, wie sich die Gewerkvereine organisiert haben . . . . Hier sehen wir das Verhalten der britischen Metallgewerke gegen den Internationalen Metallarbeiter-Bund gekennzeichnet durch die geringe Zahl von Mitgliedern und die Armseligkeit des Entgegenkommens auf ein Gesuch um finanzielle Unterstützung beim Ausbruch von Kämpfen in anderen Ländern, selbst in solchen, die mit uns in einem Bund vereinigt sind . . . . ."

Wenn der Berichterstatter dem Sinne nach weiter meint, daß es gut wäre, wenn der Kongreß in Erwägung zöge, mit Hilfe bindender Verträge auf diesem Gebiet Wandel zu schaffen, so meinen wir, daß der Berichterstatter der natürlichen Entwicklung der Dinge ein wenig reichlich weit vorauseilt. Was helfen die schönsten Verträge, solange es in den englischen Gewerkschaften noch von veralteten Einrichtungen mancherlei Art wimmelt, solange es in Großbritannien sowohl manchem Gewerkschaftsmitglied als auch manchem Gewerkschaftsführer noch an jeder Aufklärung über die Notwendigkeit internationaler Solidarität der Arbeiterklasse fehlt! Und nicht nur da fehlt es an Aufklärung, sondern Branchendünkel und Kastengeist innerhalb der britischen Arbeiterschaft spielen noch oft eine unheilvolle Rolle. Solange diese Mängel noch nicht beseitigt sind, solange wird auch die Betätigung allgemeiner internationaler Solidarität bei der britischen Arbeiterschaft auf sich warten lassen. Für die nächste Zeit wird höchstens insofern eine Besserung zu erhoffen sein, als vielleicht einige britische Metallarbeitergewerkschaften sich von dem Banne veralteter Anschauungen und Einrichtungen frei machen und dadurch den anderen ein gutes Beispiel geben.

Der Sekretär der britischen Sektion (Kollege Hobson) erblickte seine Hauptaufgabe im Austausch von Zeitschriften und in der Erteilung zuverlässiger Auskunft. Er hat nicht nur an Arbeiter aus verschiedenen Industriezweigen und deren Organisationen Auskünfte erteilt und auf deren Wunsch Erkundigungen eingezogen, sondern auch an Unternehmer und Behörden. Unter den letztgenannten befand sich auch die „Korrespondenzschule" einer russischen Universität. Ferner gab der Sekretär einige Jahre lang die sehr gute Zeitschrift The Metal Worker heraus. Leider mußte diese wegen Mangel an Abonnenten vor einigen Monaten eingehen.

Die Kollegen R. A. Best (Gelbmetallarbeiter), J. Cuthbertson (Drahtarbeiter) und Hobson hielten Lichtbildervorträge über die Gewerkschaften auf dem Kontinent und deren Einrichtungen. Dabei wurden auch 130 Abbildungen von Gewerkschaftshäusern in Deutschland, Holland, Frankreich, Dänemark 2c. gezeigt.

Seit vier Jahren unterhält der Sekretär Verbindungen mit zwei amerikanischen Metallarbeitergewerkschaften, um sie zum Anschluß an den internationalen Bund zu bewegen.

Mitteilungen über die Entwicklung und die Tätigkeit der angeschlossenen britischen Gewerkschaften enthält der Bericht leider nicht, obwohl es unter anderm sehr interessant gewesen wäre, etwas darüber zu erfahren, wie unsere Kollegen jenseits des Kanals über die Entwicklung des obligatorischen Schlichtungsverfahrens denken (siehe auch Metallarbeiter-Zeitung, 1908, Nr. 24, Seite 190).

Schweden.

Auch diesen Bericht brauchen wir hier nur sehr kurz zu behandeln, da er in der Hauptsache nur solches enthält, was im vorigen Jahre gelegentlich des schwedischen Großstreiks schon von uns gebracht wurde. Der Berichterstatter beschäftigt sich zunächst mit den Organisationen der Unternehmer, dann mit denen der Arbeiter, ferner mit dem Stande der Eisen- und Metallindustrie in den Jahren 1907 bis 1909. Außer drei umfassenden Reichsverträgen hat der Schwedische Eisen- und Metallarbeiterverband in den Jahren 1907 bis 1909 205 Verträge in 491 Betrieben mit 20 692 Arbeitern abgeschlossen oder erneuert. Von den beteiligten Arbeitern waren 12 824 organisiert. Es kam ferner zu 243 Bewegungen ohne Arbeitseinstellung in 574 Betrieben mit 26 427 Arbeitern, davon 16 717 Verbandsmitglieder. Von diesen Bewegungen waren erfolgreich 110 mit 7961 Beteiligten, teilweise erfolgreich 112 mit 16 806 Beteiligten, erfolglos oder noch nicht beendet 21 mit 1660 Beteiligten. Vom Jahre 1907 bis zum 1. August 1909 (wo die großen Kämpfe anfangen, über die noch ein besonderer Bericht vorgelegt werden soll) kamen 107 Streiks und Aussperrungen vor in 156 Betrieben mit 3469 Beteiligten, davon 2701 Verbandsmitglieder. Es verliefen mit vollem Erfolg für die Arbeiter 12 mit 257 Beteiligten, teilweise mit Erfolg 15 mit 1638 Beteiligten, erfolglos oder nicht beendet blieben 48 mit 1642 Beteiligten. Die Einnahmen des Verbandes in den drei Jahren betrugen 3 645 700,83 M. (davon 540 000 M. Darlehen vom Internationalen Metallarbeiter-Bund), die wichtigsten Ausgaben im ganzen 3 681 483,22 M., der Kassenbestand am 31. Dezember 1909 300 318,24 M. Der Verbandsbeitrag betrug sonst 45 ₰ wöchentlich, um aber die Schulden des Verbandes tilgen zu können, war es notwendig, den Beitrag auf 70 ₰ zu erhöhen, was den Mitgliederbestand nachteilig beeinflußt hat. Dies wird aber wohl nicht andauern.

Österreich.

Der Oesterreichische Metallarbeiter-Verband hat außer seinem Bericht an das internationale Sekretariat noch einen 60 Seiten starken Sonderbericht an den Kongreß herausgegeben. Der letztgenannte enthält in der Hauptsache eine ausführliche Schilderung der Zersplitterungsbestrebungen eines Teiles der tschechischen Metallarbeiter. Dieser Bericht ist ohne Zweifel notwendig, weil, soweit wir die ausländische Metallarbeiterpresse verfolgen konnten, unseren ausländischen Kollegen darüber noch so gut wie nichts mitgeteilt worden ist. Da wird diese zusammenfassende Darstellung ohne Zweifel gute Dienste leisten. Wir brauchen an dieser Stelle nicht darauf einzugehen, da die Leser der Metallarbeiter-Zeitung dank der vortrefflichen Berichterstattung ihres österreichischen Korrespondenten schon über alles genügend unterrichtet sind. Nur den folgenden Passus wollen wir noch im Wortlaut hersetzen:

„Verschärft wird die noch immer anhaltende Krise — die ersten Zeichen der Besserung der industriellen Lage machen sich langsam bemerkbar — durch eine unerhörte Verteuerung der Lebensmittel. Die vereinigten Metallarbeiter haben zwar dank ihrer Organisation manchen Plan der Unternehmer zunichte gemacht. Nichtsdestoweniger sind doch vielfach Lohnkürzungen vorgekommen, von welchen vor allem die nicht organisierten Arbeiter betroffen wurden. Bei den niedrigen Verdiensten und der großen Arbeitslosigkeit wirkt die Lebensmittelteuerung um so drückender und schwerer.

Um 1 Krone (85 ₰) bekam man in Wien im Jahre:

	1850	1900	1908
Milch	7 Liter	4,6 Liter	3,2 Liter
Rindfleisch	1,25 Kilogr.	0,66 Kilogr.	0,50 Kilogr.
Pferdefleisch	3,00 „	1,50 „	1,10 „
Schweinefett	0,85 „	0,75 „	0,50 „
Kartoffeln	11,00 „	9,00 „	8,00 „
Brot	7,00 „	3,30 „	3,00 „
Eine Semmel wog	90 Gramm	70 Gramm	40 Gramm

Wir beschränken uns auf die Wiedergabe der Wiener Marktpreise, heben jedoch hervor, daß diese Teuerung im ganzen Lande in gleicher Intensität herrscht. Es wird die größte Mühe und Umsicht der Arbeiterorganisationen erfordern, um die Regierung zu zwingen, durch entsprechende Maßnahmen, vor allem der Oeffnung der Grenzen für die Einfuhr von Vieh und Fleisch, dem nicht länger zu ertragenden Lebensmittelwucher eine einschränkende Grenze zu setzen."

Aus den Niederlanden, Norwegen, der Schweiz und Ungarn liegt noch kein Bericht vor.

Die Reichsversicherungsordnung in der Kommission.

XIV.

Das letzte Buch des Entwurfs, das sechste, ist von besonderer Bedeutung, weil es sich auf das Verfahren zur Geltendmachung der Ansprüche an die Versicherung bezieht. Das Verfahren nach den geltenden Gesetzen ist sehr mangelhaft. Das ist auch von den Regierungen anerkannt worden und deshalb enthält der Entwurf bereits eine ganze Reihe von Verbesserungsvorschlägen. Die Regierungen wollen das Verfahren verbessern, indem sie die höchste Berufungsinstanz, das Reichsversicherungsamt, als Berufungsgericht beseitigen wollen.

Die Unfallentschädigung muß spätestens zwei Jahre nach dem Unfall verlangt werden. Eine spätere Anmeldung der Entschädigung ist nur in besonderen Fällen zulässig. Einer dieser Fälle sollte nach der Vorlage der sein, daß eine Folge des Unfalles, die einen Entschädigungsanspruch begründet, erst später bemerkbar geworden ist. Den Sozialdemokraten gelang es, die Verbesserung durchzusetzen, daß auch dann ein späterer Antrag auf Entschädigung zulässig ist, wenn eine derartige Folge in den ersten zwei Jahren nach dem Unfall zwar schon bestanden hatte, aber erst später schlimmer geworden ist.

Nach dem geltenden Gesetz ist in Unfallversicherungssachen zunächst ein sogenannter Vorbescheid zu erteilen. Gegen den Vorbescheid kann der Verletzte oder seine Angehörigen Einwendungen machen. Nach 14 Tagen wird dann der endgültige Bescheid erlassen. Die Berufsgenossenschaften haben auf derartige Einwendungen niemals etwas gegeben. Daher war der Vorbescheid völlig wertlos. Die Regierung hatte denn auch vorgeschlagen, daß der Vorbescheid in Zukunft fortfallen soll. Dafür waren die Versicherungsämter als die erste Berufungsinstanz gegen den Bescheid der Berufsgenossenschaften vorgeschlagen. Die Kommission war entschlossen, das Versicherungsamt nicht als Berufungsinstanz für Unfallversicherungssachen zuzulassen. Dafür wollte sie eine Zwischeninstanz schaffen. Aus diesem Grunde wurde der Vorbescheid wieder hergestellt, jedoch soll der Versicherte oder seine Hinterbliebenen das Recht haben, daß seine Einwendungen gegen den Vorbescheid entweder vom Vorstand der Berufsgenossenschaft oder von dem Versicherungsamt gehört werden müssen. Das Versicherungsamt hat dann alles zu tun, um den Sachverhalt klarzulegen und die Beweise festzustellen.

Ganz besonders wurde das Verfahren in bezug auf die Beibringung der ärztlichen Gutachten geändert. Nach dem geltenden Gesetz ist zunächst der behandelnde Arzt zu hören. Wenn aber dieser ein Vertrauensarzt der Berufsgenossenschaft ist, dann muß auf Antrag des Verletzten noch ein weiterer Arzt gehört werden. Die Sozialdemokraten verlangten nun, daß der Verletzte oder seine Angehörigen in jedem Stadium des Verfahrens das Recht haben sollten, daß ein neues Gutachten auf seine Kosten von dem Arzte eingeholt wird, den er bestimmt. In diesem Falle müßte dem Arzte das Material zugestellt werden, das für das Gutachten von Bedeutung ist. Dieser Antrag wurde für die Zeit zwischen dem Vorbescheid und dem endgültigen Bescheid mit einigen Zusätzen angenommen, die aber nicht von großer Bedeutung sind.

Die Hauptsache ist, daß in Zukunft der Verletzte oder seine Angehörigen vor dem endgültigen Bescheid unter allen Umständen ein ärztliches Gutachten von dem Arzte erlangen können, den sie vorschlagen. Das Versicherungsamt gibt dann, wenn die Gutachten eingegangen und etwaige Zeugen vernommen worden sind, die Akten an die Berufsgenossenschaft zurück und kann dabei auch Vorschläge über den Grad der Erwerbsunfähigkeit des Verletzten hinzufügen und sofern die Entschädigungspflicht strittig ist, auch darüber sich äußern.

Wenn die Verhältnisse sich wesentlich geändert haben, die für die Unfallentschädigung maßgebend gewesen sind, dann wird die Entschädigung von neuem festgestellt. Auf Antrag der Sozialdemokraten wurde hier die Vorschrift aus dem geltenden Gesetz hinzugefügt, daß die neue Feststellung der Entschädigung nur in den ersten fünf Jahren nach dem Unfall von der Berufsgenossenschaft vorgenommen werden darf. Später kann die Aenderung nur durch Entscheidung des Oberversicherungsamts erfolgen. Auch bei dem Verfahren behufs neuer Feststellung der Entschädigung gelten die neuen Bestimmungen über die Einholung des ärztlichen Gutachtens.

Für die Hinterbliebenenversicherung ist nur die Verbesserung in bezug auf das ärztliche Gutachten angenommen worden. Dagegen gelang es den Sozialdemokraten nicht, diese Verbesserung auch für das Verfahren vor den Oberversicherungsämtern und vor dem Reichsversicherungsamt durchzubringen. Vielmehr wurde ein Abschwächungsantrag des Zentrums angenommen. Nach diesem Antrag haben die Gerichte zu entscheiden, ob sie das Gutachten von dem Arzte, den der Verletzte genannt hat, einholen oder nicht. Um aber den Gerichten zu erleichtern, dem Antrag des Verletzten Folge zu geben, wurde ihnen die Befugnis erteilt, das Gutachten unter der Bedingung einzuholen, daß der Antragsteller die Kosten im voraus bezahlt. Die letzte Instanz kann dann noch immer dem Antragsteller, wenn sie das Gutachten für wichtig anerkennt, die Kosten ersetzen.

Für das Verfahren sowohl vor dem Versicherungsamt, als auch vor dem Oberversicherungsamt wurden auf Antrag der Konservativen mehrere Vereinfachungen beschlossen. So kann der Vorsitzende in gewissen Fällen von geringer Bedeutung ohne Zuziehung der Beisitzer entscheiden. Er kann dies auch ohne mündliche Verhandlung tun. Ferner kann sowohl er allein, als auch das Gericht selbst in gewissen Fällen ohne mündliche Verhandlung einen Vorbescheid erteilen. Dieser Vorbescheid gilt als Bescheid des Gerichts, wenn nicht der Verletzte oder seine Angehörigen eine mündliche Verhandlung des Gerichts verlangen.

Die Oberversicherungsämter haben besondere Vertrauensärzte zu wählen, die den Verhandlungen des Gerichts beiwohnen und, soweit es nötig ist, Gutachten abgeben. Die Sozialdemokraten hatten beantragt, daß die Wahl dieser Aerzte unter Zuziehung sämtlicher Beisitzer erfolgen soll. Das erschien notwendig, damit auch wirklich geeignete Aerzte ausgewählt würden. Denn gegenwärtig sind an der Wahl nur verschwindend wenige Beisitzer beteiligt und oft genug durchaus ungeeignete Aerzte als Vertrauensärzte bestimmt worden. Dieser Antrag wurde zwar abgelehnt, jedoch dem Gesetz die Bestimmung hinzugefügt, daß die Vertrauensärzte in keinem Vertragsverhältnis zu den Berufsgenossenschaften und den Versicherungsanstalten stehen und auch nicht von diesen regelmäßig als Gutachter in Anspruch genommen werden dürfen.

Lohnbewegung auf den Seeschiffswerften Deutschlands.

Bremerhaven. In voriger Nummer konnte noch kurz berichtet werden, daß der Norddeutsche Lloyd Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung und Einstellungslöhne wie die Werften bewilligt habe. — In einer Versammlung der Arbeiter des Norddeutschen Lloyd am 13. Oktober hatte Kollege Ziegler mitgeteilt, daß er bei der Firma angefragt habe, ob sie dieselben Arbeitsbedingungen gewähren wolle, wie die Werften. Er habe darauf die Antwort erhalten, daß man sich das noch einige Tage überlegen müsse. Die Versammlung beauftragte darauf den Krankenkassenvorstand, sich unverzüglich Klarheit zu verschaffen. Die Kommission wurde vorstellig, erhielt aber keine befriedigende Antwort; deshalb fand am 17. Oktober eine weitere Versammlung statt. Nach Erörterung der Sachlage wurde eine Resolution angenommen, daß man die Antwort der Oberinspektoren, die in zwei bis drei Tagen gegeben werden solle, abwarten wolle. Würde bis dahin keine bestimmte oder eine ablehnende Antwort gegeben, dann solle eine weitere Betriebsversammlung die nötigen Maßnahmen beschließen. Die Lohnerhöhung müsse aber bereits vom 20. Oktober an für alle Arbeiter erfolgen. In der Versammlung am 20. Oktober konnte dann berichtet werden, daß der Lloyd bereit sei, die Lohnerhöhung, Arbeitszeitverkürzung, Einstellungslöhne 2c. ebenso zu bewilligen, wie es die Werften getan haben. Nur mache er die Bedingung, daß die Lohnzulagen, die seit dem 4. August (also seit Beginn des Werftarbeiterkampfes) bereits gewährt worden sind, auf die jetzt bewilligte Lohnerhöhung in Anrechnung gebracht werden. Außerdem will der Lloyd nicht dieselbe Extrabezahlung für Ueberstunden gewähren, wie es in den Abmachungen für die Werften festgelegt ist. In der Diskussion erklärte ein Arbeiter, es sei recht kleinlich vom Norddeutschen Lloyd, daß er rund 300 Arbeitern nicht die volle Lohnerhöhung, die in den Abmachungen vorgesehen sei, bewilligen wolle, weil sie bereits seit dem 4. August Lohnzulagen erhalten haben. Er halte aber die Herausholung von 2 ₰ für nur ein paar hundert Mann für kein genügendes Kampfobjekt, um deshalb den Kampf mit ein paar tausend Mann aufzunehmen. Kollege Ziegler erklärte: Dadurch, daß der Lloyd nicht in der einen oder andern Form die Lohnerhöhungen vornahm, halte er die Abmachungen mit den Werften nicht vollständig ein und schaffe außerdem gegen 300 Arbeiter ein Ausnahmerecht. Die Folge davon werde sein, daß alle Arbeiter des Lloyd durch diese kleinliche Maßnahme nicht befriedigt sein werden und daß dieser Unfriede bei der nächstbesten Gelegenheit zum Ausbruch kommen wird. Trotzdem aber halte auch er diese kleinliche Maßnahme des Lloyd für kein geeignetes Kampfobjekt, um das mit Begeisterung gestritten werden könne. Dazu sei uns unser Pulver zu schade. Nichtsdestoweniger müsse aber durch andere Mittel versucht werden, den Arbeitern, die zurückgesetzt werden sollen, zu ihrem Rechte zu verhelfen. Von großer Bedeutung sei für die Lloydarbeiter, daß der Lloyd nicht dieselbe Bezahlung für Ueberstunden gewähren wolle wie die Werften. Es sollen die zwei ersten Ueberstunden, bisher vier, mit 25 Prozent extra vergütet werden. Werden mehr als zwei Ueberstunden an einem Tage gemacht, so ist die ganze Ueberzeitarbeit mit 50 Prozent zu vergüten. Dies will der Lloyd nicht gewähren, weil es, wie er ausführt, nur für Hamburg Geltung hat. Wir sind anderer Meinung und werden selbstverständlich versuchen müssen, falls der Lloyd dies mit den Werften zusammen nicht freiwillig macht, diese Bestimmung durch andere Mittel zur Geltung zu bringen. Die Versammelten brachten ihre Meinung durch Annahme folgender Resolution zum Ausdruck: „Die versammelten Arbeiter des Norddeutschen Lloyd akzeptieren die Zugeständnisse, die ihnen durch die Oberinspektion bezüglich Lohnerhöhung, Einstellungslöhne, Arbeitszeitverkürzung 2c. in derselben Höhe und Form gewährt werden, wie sie die Werften bewilligt haben. Sie verlangen aber dringend, daß auch bezüglich der Ueberstundenbezahlung für die Arbeiter des Norddeutschen Lloyd dasselbe gilt, was in den Abmachungen für die Werften schriftlich festgelegt ist. Die Versammelten wünschen, daß die Festsetzung der Mindestlöhne und die Regelung einer Reihe anderer wichtiger Angelegenheiten auch für den Norddeutschen Lloyd durch eine paritätisch zusammengesetzte Kommission, wie sie in den Abmachungen mit den Werften zu diesem Zwecke vorgesehen ist, geregelt werden." —

Auf der Werft von Tecklenborg in Geestemünde sind neue Differenzen ausgebrochen. Am 20. Oktober legten die Nieter die Arbeit wieder nieder, weil 4 Nieter gemaßregelt wurden. Die Werft Tecklenborg erklärte, diese Nieter wegen Faulheit entlassen zu haben. Die „Faulheit" hatte ihre Ursache: die Nieter wollten eine allgemeine 5prozentige Akkordpreiserhöhung und die Beseitigung verschiedener anderer, beim Akkordwesen zutage getretener Mißstände. Da diesen Wünschen nicht Rechnung getragen wurde, arbeiteten die Nieter überhaupt nicht mehr in Akkord. Die Folge davon war die Entlassung von 4 Nietern. Am andern Morgen wurde eine Kommission der Nieter mit dem Geschäftsführer Ziegler bei der Betriebsleitung vorstellig. Das Entgegenkommen der Firma war ein geringes, es genügte den Nietern nicht. Eine abermalige Verhandlung zeitigte dann folgendes schriftliche Abkommen: „Die Firma Joh. C. Tecklenborg erklärt sich bereit, nachfolgende Änderungen zu treffen: 1. Die besonderen Bestimmungen unter den Akkordscheinen fallen in Zukunft weg, mit Änderungen in der Arbeitsordnung, über die in der Lokalkommission verhandelt werden soll. 2. In den Akkorden werden in Zukunft die Löhne der Nietenwärmer nur bis zur Höhe von 30 ₰ verrechnet. Diese Änderung darf kein Grund sein, die Nietenwärmer in ihren Verdiensten zu schmälern. 3. Die Akkorde werden so kurz als möglich gehalten. Eine Zusammenlegung guter und schlechter Akkorde zu dem Zweck, die Akkordüberschüsse zu schmälern, wird nicht erfolgen. 4. Die Nieter erhalten die Zeit, während der sie auf Materialien (Nieten 2c.), Werkzeuge und dergleichen warten, sobald die Wartezeit eine halbe Stunde überschreitet, oder wenn sie aus anderen Gründen, die zu beseitigen in der Macht der Firma liegt, in ihren Akkorden nicht weiterarbeiten können, Lohn vergütet. 5. Für Stellagenbau und Umziehen wird die dazu nötige Zeit voll in Lohn bezahlt. Über Stellagenbau, für den ein Lohn bisher nicht bezahlt wurde, soll in der örtlichen Kommission verhandelt werden. 6. Die Akkorde werden bei Aufnahme der Arbeit sämtlich neu angefangen. 7. Die Firma ist bereit, in Gemeinschaft mit einer Kommission der Nieter alle Akkorde, die von dieser Kommission zur Aufbesserung vorgeschlagen werden, zu prüfen und soweit die Prüfung ergibt, daß der Akkordpreis zu niedrig ist, dieselben aufzubessern." — Die Nieter nahmen darauf — auch die Gemaßregelten — am Montag den 24. Oktober die Arbeit wieder auf. Wir stehen nun mit der Werft in Unterhandlungen über Akkordaufbesserungen für Nietarbeiten. Die Werft zeigt aber ein so geringes Entgegenkommen, daß leider abermals ein ernster Konflikt zu befürchten ist. —

In dem Berichte in letzter Nummer steht der Satz, daß die Metallarbeiter keine Aussperrung mehr zu fürchten haben. Der Satz gibt den Sinn der Ausführungen Zieglers nicht richtig wieder. Ziegler hat damit nicht sagen wollen, daß die Werften oder die Metallindustriellen nicht mehr aussperren werden, sondern daß wir uns auch vor einer späteren Aussperrung nicht fürchten werden.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 6. November der **46.** Wochenbeitrag für die Zeit vom **6.** bis **12. November** 1910 fällig ist.

* * *

Die Mitglieder werden wiederholt darauf hingewiesen, sich vor Änderung ihres Arbeits- oder Wohnortes bei den Funktionären des Verbandes abzumelden und diese Abmeldung in das Mitgliedsbuch eintragen zu lassen. Wer das unterläßt, hat die durch die Versendung der Bücher entstehenden Kosten zu tragen.

* * *

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 8 des Verbandsstatuts gestattet:

Der Verwaltungstelle **Fechenheim** neben dem bestehenden Extrabeitrag 10 ₰ pro Woche auf die Dauer von 10 Wochen;

der Verwaltungstelle **Gera** neben dem bestehenden Extrabeitrag 20 ₰ pro Woche auf die Dauer von 5 Wochen;

der Verwaltungstelle **Heilbronn** statt seither 5 ₰ 10 ₰ pro Woche für erwachsene männliche Mitglieder und 5 ₰ pro Woche für jugendliche und weibliche Mitglieder;

der Verwaltungstelle **Jena** neben dem bestehenden Extrabeitrag 15 ₰ pro Woche auf die Dauer von 13 Wochen für ewachsene männliche Mitglieder;

der Verwaltungstelle **Rostock** statt seither 10 ₰ 20 ₰ pro Woche;

der Verwaltungstelle **Vegesack** bis auf weiteres statt 5 ₰ 20 ₰ pro Woche für erwachsene männliche Mitglieder;

der Verwaltungstelle **Velbert** statt seither 5 ₰ 10 ₰ pro Woche.

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

* * *

Die in Nr. 44 der Metallarbeiter-Zeitung für die Verwaltungstelle **Oschatz** erfolgte Ausschreibung eines Extrabeitrags von 20 ₰ pro Woche ist irrtümlich geschehen. In Oschatz soll kein besonderer Extrabeitrag erhoben werden.

* * *

Ausgeschlossen werden nach § 22 Abs. 1a des Statuts:

Auf Antrag der Verwaltungstelle in **Essen:**

Der Former Wilh. Zink, geb. am 23. Nov. 1884 zu Kower in Rußland, Lit. A. Buch-Nr. 339 856, wegen Diebstahl.

Auf Antrag der Verwaltungstelle in **Forst:**

Der Former Emil Köhler, geb. am 29. Dez. 1873 zu Vetschau, Lit. A. Buch-Nr. 272631, wegen Streikbruch;

der Former Max Thomas, geb. am 13. Dez. 1885 zu Gassen, Lit. A. Buch-Nr. 155407, wegen Streikbruch.

* * *

Aufforderung zur Rechtfertigung.

Die nachfolgend genannten Mitglieder werden aufgefordert, sich wegen der gegen sie beim Vorstand erhobenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Sofern einer dreimal hintereinander erscheinenden Aufforderung keine Folge gegeben wird, erfolgt Ausschließung aus dem Verband.

Auf Antrag der Verwaltungstelle in **Saarbrücken:**

Der Former Aug. Wächtler, geb. am 17. Dezember 1882 zu Rottluf, Buch-Nr. 945246, wegen Schädigung von Verbandsinteressen.

* * *

Der Monteur Ludwig Gambichler, geb. am 24. August 1883 zu Werneck, Schweizer Buch-Nr. 65484, wird aufgefordert, unter Einsendung der in seinem Besitz befindlichen Bescheinigung sein Mitgliedsbuch zu fordern.

* * *

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind an den **„Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rötestraße 16a“** zu adressieren. **Geldsendungen** adressiert man nur an **Theodor Werner, Stuttgart, Rötestraße 16a;** auf dem Postabschnitt ist genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.

Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

Zur Beachtung! Zuzug ist fernzuhalten:

von **Elektromonteuren** nach Düsseldorf St.; nach Zürich;
von **Feilenhauern und -Schleifern** nach Remscheid und Umgebung, St.;
von **Formern, Gießereiarbeitern** und **Kernmachern** nach Arnstadt i. Thür. (Heinz & Winter); nach Barmen (Wuppertaler Eisenhütte, Abteilung Leimbach) St.; nach Dornbirn (Firma Rüsch & Ganahl) St.; nach Elberfeld (Firma Jäger) St.; nach Frankfurt a. M. (Firma Schiele & Co.) St.; nach Gmünd (Ritz & Schweitzer) Mi.; nach Herzberg, D.; nach Osterode a. H., D.; nach Otisheim b. Mühlacker (Fa. Belser Söhne) St.;
von **Gold- und Silberarbeitern** nach Pforzheim L.; nach Stuttgart, L.;
von **Kettenschmieden und Zuschlägern** nach Iserlohn (Firma Raffloer & Crone) St.;
von **Klempnern, Installateuren** und **Rohrlegern** nach Barmen-Elberfeld, St.; nach Essen, St.; nach Zürich;
von **Mechanikern** nach Kiel (Fa. Anschütz & Co., Werkstätte für Präzisionsmechanik) St.;
von **Metallarbeitern** aller Branchen nach Aalen (Gebr. Simon, Drahtstiftenfabrik); nach Chemnitz (Gebr. Hübner, Schraubenfabrik) L.; nach Hagen i. W. (Firma Wippermann); nach Leipzig (Arbeitsnachweis);
von **Schlossern und Drehern** nach Jena (Fa. C. A. Schietrumpf & Co., Maßstab- und Wasserwaagenfabrik);
von **Schlossern und Schmieden** nach Delmenhorst, St.;
von **Schmieden** nach Iserlohn (Kettenfabrik Raffloer & Crone) St.

(Die mit A. und St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, **die überhaupt zu meiden sind;** v. St. heißt: Streik in Aussicht; L.: Lohn- oder Tarifbewegung; A.: Aussperrung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; Mi.: Mißstände; R.: Lohn- oder Akkordreduktion u. s. w.; F.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Alle Mitteilungen über Differenzen, die zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Die Anträge auf Verhängung von Sperren müssen hinreichend begründet und von der Verwaltungstelle beglaubigt sein.

Vor Arbeitsannahme in Orten, wo keine der obigen Anläße in Betracht kommen, sind die Mitglieder verpflichtet, sich stets zuvor bei der Ortsverwaltung, dem Geschäftsführer oder Bevollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Diese Anfragen sind von der Verwaltungstelle, der das Mitglied angehört, abstempeln zu lassen. Anfragen über Orte, wo keine Verwaltungstelle besteht, wolle man an den Vorstand richten. Das gleiche gilt für alle die, die an ihrem bisherigen Arbeitsort ihre Stelle wechseln.

Korrespondenzen.

Feilenhauer.

Großenhain. Wegen Ablehnung eines neuen Lohntarifs traten am 1. Oktober die Feilenhauer der Firma Georg Meißner in den Streik, der aber nach neuntägiger Dauer beendet wurde. Da die Versuche des Herrn Meißner, Arbeitswillige heranzulocken, fehlgeschlagen waren, erklärte er sich recht bald bereit, mit der Bezirksleitung und dem Arbeiterausschuß zu verhandeln. Wenn auch die Forderungen nicht in voller Höhe durchgesetzt wurden, so wurden doch wesentliche Fortschritte gemacht, die die Kollegen anerkannten. Es wurde eine Erhöhung der Mindestlöhne um 2 ₰ und eine Lohnzulage von 2 ₰ erreicht.

Former.

Oetisheim. Am 10. Oktober legten die Former und Kernmacher der Firma Belser (Maschinenfabrik und Eisengießerei) die Arbeit nieder. Die Ursache dazu geben die fortwährenden Abzüge und die sonstigen Mißstände. Die Former verlangen die Festsetzung eines festen Stundenlohnes (bisher wußte kein Former, wie hoch er im Stundenlohn steht) für Former nicht unter 45 ₰, für Kernmacher nicht unter 35 ₰; ausgeschlossen davon sollen nur Arbeiter sein, die erst kurze Zeit im Betrieb und noch nicht eingearbeitet sind. Der Fehlguß soll in Stundenlohn vergütet werden, wenn die Firma ein Verschulden trifft oder der Fehlguß durch schlechtes Material hervorgerufen ist. Bisher wurde Fehlguß überhaupt nicht bezahlt. Andere Arbeiten, die die Former verrichten, sollen ebenfalls in Stundenlohn vergütet werden. Die Berrechnung von Akkorden nach Gewicht hat im rohen Zustand, also vor der Bearbeitung zu geschehen. Endlich soll die Firma für bessere Ventilation der Arbeitsräume, bessere Lichtverhältnisse und im Winter für genügende Heizung Sorge tragen. Diese wirklich sehr minimalen Forderungen hat die Firma abgelehnt; mit der Leitung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes will sie überhaupt nicht verhandeln. — Am 23. Oktober fand hier eine allgemeine Metallarbeiterversammlung statt, in der Kollege Kluge aus Pforzheim über den Streik referierte. Wie der Redner ausführte, bestanden schon im vorigen Jahre Differenzen bei der Firma Belser, die in fortwährenden Akkordreduzierungen ihren Grund hatten. Damals wurde auch die Geschäftsleitung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes bei der Firma vorstellig, ohne von Herrn Belser angehört zu werden. Herr Belser sagte: „Verschossen Sie mir erst Leute aufs Land, dann können Sie wieder kommen! Wenn meine Former etwas wollen, dann sollen sie selbst bei mir vorstellig werden! Ich kann nicht mehr bezahlen und wenn Ihnen das nicht paßt, dann können Sie gleich alle Former mitnehmen nach Pforzheim an die Verbandskrippe!“ Daß es damals nicht schon zu ernsten Differenzen kam, war der Gutmütigkeit der Former zuzuschreiben und vielleicht auch dem Zureden der Frau Belser, die manchmal aushalf, wo der Zorn des Herrn Gemahls eine friedliche Regelung nicht zuließ. Die Former hatten auch gehofft, daß durch den Wechsel des Formermeisters bessere Zustände eintreten würden, aber es stellte sich sehr bald heraus, daß der frühere Verbandskollege, jetzige Formermeister Süß, früher bei der Firma Gebr. Benkiser beschäftigt, genau nach dem Beispiel des Firmeninhabers verfuhr. Als in diesem Jahre nun abermals ein Abzug von 6,50 auf 5 ₰ für Schadhaftes eintreten sollte, kam der Stein ins Rollen. Die Firma erklärte, unter keinen Umständen mehr bezahlen zu können und so blieb den Formern kein anderer Weg, als die Kündigung einzureichen. Die Firma Belser hat auch Bestellungen der Stadtgemeinde Pforzheim auszuführen, jedenfalls weil sie am billigsten ist. Die Former haben nochmals versucht, den Streikfall auf friedlichem Wege zu erledigen, aber verhandeln wollte Herr Belser mit der Verbandsleitung durchaus nicht. Einen Vertrag, der zukünftigen Streitigkeiten vorbeugen sollte, erkannte Herr Belser wohl an, aber unterschreiben würde er ihn nie, weil, wie er sagte, er nicht in den Blättern herumgetragen werden wolle. Man solle ihm auf sein Ehrenwort glauben. Dem Ehrenwort des Herrn Belser aber trauen die Former nicht. Trotzdem auch vom Meister und der Frau Belser versucht wurde, die Former umzustimmen, erfolgte die Arbeitsniederlegung. Frau Belser sagte zuletzt noch: „Ihr (die Former) müßt wohl einen Pfleger haben, weil ihr immer nach dem Verband lauft!“ Herr Belser hat verlangt, daß der Gemeindediener den Streikposten verhaften solle. Den größten Aerger hat er jedenfalls gehabt, daß von den zugereisten Formern kein einziger stehengeblieben ist. Selbst die Versprechungen des Meisters haben nicht verfangen, und davon kann die Firma Belser auch überzeugt sein, daß, weil die Firma bei jedem Former in Baden und Württemberg wohl bekannt ist, sich auch so leicht keiner finden wird, in das gelobte Land der berühmten Firma Belser überzusiedeln. Warum löst denn Herr Belser sein Ehrenwort nicht ein und macht seine „Bude“ zu? Er würde sich ein unbedingtes Verdienst um die Kultur erringen, wenn er sie zumachen würde. Jetzt versucht man auch, den Guß, der durch den Meister Süß in Gemeinschaft mit den Dreher- und Schlosserlehrlingen nicht fertig wird, durch andere Firmen herstellen zu lassen. Der Meister Süß, der jetzt Tag und Nacht arbeitet, kann einem ja leid tun, aber er wird den Dank der Firma noch bekommen. Oder nicht? In Michelstadt bei Erbach im Odenwald hat man auch schon angebändelt, aber der Deutsche Metallarbeiter-Verband war schneller als der Herr Belser. Einmal hat Herr Belser aber doch Glück gehabt. Vor 14 Tagen hat er nämlich einen Arbeitswilligen bekommen. Zu sehen war er allerdings noch nicht, jedenfalls muß Herr Belser bei ihm den Gefängnisdirektor machen. Wie lange dem Herrn Arbeitswilligen das unfreiwillige Gefängnis bei der Firma Belser wohl gefallen wird? Die Former können es abwarten. Die Versammlung sprach ihre Mißbilligung über das Verhalten der Firma aus und betonte, daß sie die Former moralisch und finanziell unterstützen werde. Besonders wurde hervorgehoben, daß Herr Belser gerade durch seine Unterbietungen bei Submissionen dazu beitrage, wenn sein Geschäft immer mehr zurückginge. Ein Betrieb, wie der der Firma Belser, der nur durch schlechtbezahlte Former gehalten werden könne, sei nicht existenzberechtigt und die Arbeiterschaft von Oetisheim habe aus diesem Grunde gar kein Interesse an dem Fortbestehen der Eisengießerei von Belser.

Hüttenarbeiter.

Essen. Seit der Zeit, wo der sozialdemokratische Abgeordnete Hue im deutschen Reichstag die traurige Lage der Feuerarbeiter beleuchtete und der Deutsche Metallarbeiter-Verband seine Denkschrift darüber herausgegeben hat, ist die Frage über Lohn, Arbeitszeit und Behandlung dieser Leute in Fluß gekommen. Als Hue damals für die Feuerarbeiter die achtstündige Arbeitszeit forderte, da war es der aus dem Arbeiterstand hervorgegangene Zentrumsabgeordnete Stötzel, der erklärte, daß die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit in den Feuerbetrieben nicht angängig sei. Wir wundern uns über die Stellung des verstorbenen „Arbeitervertreters“ von Zentrumsgnaden nicht, denn die heute lebenden Giesberts, Schiffer 2c. haben durch ihre Taten bei der Finanzreform und Wahlrechtsvorlage bewiesen, daß sie nicht die Interessen der Arbeiter, sondern nur die der bürgerlichen Zentrumspartei vertreten können. Glücklicherweise empfinden auch zahlreiche Arbeiter, die noch in ihrer anerzogenen Gewohnheit hinter dem Zentrum herlaufen, diesen Zwiespalt der Natur, und langsam, aber sicher bröckelt es am Zentrumsturm. — Es gibt wohl keinen Beruf, in dem der Arbeiter so viel zu leiden hat, wie in dem Feuerberuf. Halbnackt, bis zum höchsten Grade erhitzt, sind diese Arbeiter der Zugluft ausgesetzt. Dadurch entstehen Erkältungskrankheiten und zum Schlusse die Schwindsucht. Durch das furchtbare Schwitzen entsteht ein peinigender Durst, der durch Wasser zu stillen versucht wird. Dadurch entstehen die Magenkrankheiten. Bedenkt man dann noch, in welchen Massen die Leute Dunst, Qualm und Dreck schlucken müssen, dann hat man einen Begriff von der aufreibenden Tätigkeit eines Feuerarbeiters in der Großeisenindustrie. Die Unternehmer oder ihre Vertreter, die Direktoren 2c., wissen mit ihren sogenannten „Wohlfahrtseinrichtungen“ genau, was sie wollen. In den Pensionskassenstatuten werden die Feuerarbeiter anders behandelt als die, die in den mechanischen Betrieben arbeiten. Das Kruppsche Pensionskassenstatut zum Beispiel besagt, daß die in den mechanischen Betrieben beschäftigten Arbeiter mit einer zwanzigjährigen Dienstzeit pensioniert werden können, die Feuerarbeiter dagegen schon mit fünfzehn Jahren. Wie mancher Feuerarbeiter hat den schönen Traum, recht bald pensioniert zu werden, geträumt. Wenn der Feuerarbeiter in 15 Jahren wirklich soweit ist, daß ihn die zwei Vertrauensärzte des Werkes als pensionsfähig erklären, dann kann er auch zum Totengräber gehen und sich den Platz aussuchen, wo er für immer ruhen will. Das ist die wirkliche Pensionsruhe des Feuerarbeiters. — Damit die vielen Leser der Metallarbeiter-Zeitung sich von dem Lohnsystem der Feuerarbeiter einmal einen Begriff machen können, wollen wir ihnen die Lohnskala des Martinwerkes II der Firma Krupp in Essen, die seit 1906 gilt, vorführen: Die festen Löhne der Schmelzer sind: erster Mann a) 3,30, b) 3,50, c) 3,70 ℳ, zweiter Mann 3,25, dritter Mann 2,80, vierter Mann 2,70 ℳ, je nach Leistung. Außer dem Gesellschaftsakkord bei gewöhnlichem und M.-M.-Material pro Tonne 70 ₰, Spezialmaterial pro Tonne 85 ₰. Umschmelzmaterial, aus Roheisen hergestellt, pro Tonne 1,30 ℳ, Schrott pro Tonne 1 ℳ. Bei folgender Teilzahlung: erster Schmelzer 58 ₰, zweiter 47, dritter 45, vierter 43 ₰. Für Sonntagsarbeiten werden außerdem gezahlt an den ersten Schmelzer a) 6,60, b) 6,80, c) 7 ℳ, an den zweiten Schmelzer 6 ℳ, an den dritten 5,30, an den vierten 5,20 ℳ. Ferner ein Zuschlag für Sonntagsarbeiten 33⅓ Prozent und für Feiertagsarbeiten (zum Beispiel ersten Weihnachts-, Oster- und Pfingsttag) ein Zuschlag von 66⅔ Prozent. Der Schmelzer am Reserveofen erhält 5,20 ℳ pro Schicht. Für Hilfeleistungen beim Chargieren erhalten die Schmelzer pro Tonne und Mann 5 ₰. An jedem Ofen werden ein erster, zweiter, dritter und vierter Schmelzer pro Schicht geführt. Den Schmelzern sind folgende Löhne garantiert: erster Schmelzer 5,70 ℳ, zweiter 4,80, dritter 4,30, vierter 4,20 ℳ. Der feste Lohn der Generatorarbeiter ist: Vorarbeiter 3 ℳ, Stocher 2,60, Kohlenschieber 2,25 ℳ. Außerdem Gesellschaftsakkord bei gewöhnlichem M.-M.-Material pro Tonne 50 ₰, Spezialmaterial pro Tonne 60 ₰, Umschmelzmaterial, aus Roheisen hergestellt, 1,05 ℳ. Bei folgender Teilzahlung: Vorarbeiter 60 ₰, Stocher 52, Kohlenschieber 45 ₰. Für Sonntagsarbeit wird gezahlt: an den Vorarbeiter 6 ℳ, Stocher 5,20, Kohlenschieber 4,50 ℳ. Zuschläge an den Sonn- und Feiertagen, wie bei den Schmelzern angegeben ist. Die Reserveofenstocher erhalten pro Schicht 4,80 ℳ. — Bei den Generatorenarbeitern sind folgende Löhne garantiert: Vorarbeiter 5,50 ℳ, Stocher 4,50, Kohlenschieber 4 ℳ. Die Generatoren beschäftigt an drei Oefen: 1 Vorarbeiter, 4 Stocher und 5 Kohlenschieber. An vier Oefen sind beschäftigt: 1 Vorarbeiter, 5 Stocher, 6 Kohlenschieber. An 5 Oefen sind beschäftigt: 1 Vorarbeiter, 6 Stocher, 7 Kohlenschieber. An sechs Oefen sind beschäftigt: 1 Vorarbeiter, 7 Stocher, 8 Kohlenschieber. — Der feste Lohn der Luppenformer beträgt pro Schicht 3,20 ℳ. Außer dem Gesellschaftsakkord pro Tonne 90 ₰, garantierter Lohn 5,40 ℳ. Die Gußzeichner erhalten pro Schicht: erster 4,50, zweiter 4,10 ℳ. Fester Lohn der Gießer: Gießmeister 4,15, erster Pfannenmann 3,70, erster Gießer 3,25, zweiter Pfannenmann 3,25, zweiter Gießer 2,90 ℳ. Außer dem Gesellschaftsakkord, bei gewöhnlichem und M.-M.-Material pro Tonne 45 ₰, Spezialmaterial pro Tonne 65 ₰. Schmelzmaterial aus Roheisen hergestellt 95 ₰. Bei folgender Teilzahlung: Gießmeister 65 ₰, erster Pfannenmann 55, erster Gießer 48, zweiter Pfannenmann 48, zweiter Gießer 42 ₰. Für Sonntagsarbeiten werden gezahlt: an den Gießmeister 7,90 ℳ, ersten Pfannenmann 6,90, zweiten Pfannenmann 6, ersten Gießer 6, zweiten Gießer 5,50 ℳ. Der Zuschlag für Sonn- und Feiertagsarbeit wie bei den Schmelzern. Den Generatorenarbeitern sind folgende Löhne garantiert: Gießmeister 6,50 ℳ, erster Pfannenmann 5,20, zweiter Pfannenmann 4,80, erster Gießer 4,80, zweiter Gießer 4,20. Bis zum Jahre 1906 war der Lohn für Ofenarbeiter bei gewöhnlichem Material pro Tonne 1,05 ℳ und stieg von 50 Chargen um 5 ₰ die Tonne. Spezialmaterial pro Tonne 2 ℳ, später 1,80 ℳ und ist heruntergesetzt worden bis auf 1,30 ℳ pro Tonne. Dann hat man den neuen Akkord, eingeführt, der eben bereits wiedergegeben ist. Wenn der Laie sich diese ganzen Zahlen betrachtet, so wird er denken, daß die Firma Krupp den Feuerarbeitern durch diesen Anschlag genau bekanntgibt, was sie verdienen und was sie zu bekommen haben. Doch weit gefehlt. Die ganze Zusammenstellung hat ein großes Loch. Die Arbeiter wissen gar nichts, weil ihnen nicht mitgeteilt wird, wieviel Tonnen sie geliefert haben. Deshalb wird der ganze Anschlag mit seinen vielen Zahlen von den Arbeitern als eine Vorspiegelung falscher Tatsachen betrachtet. Sie sind vollständig mit ihrem Verdienst auf die Gnade und Barmherzigkeit der Vorgesetzten angewiesen. Glauben die Arbeiter, nach einer anstrengenden Tätigkeit etwas mehr als sonst verdient zu haben, dann tritt sehr oft das Gegenteil ein. Legen sie Beschwerde ein, dann erklären die Vorgesetzten lakonisch, sie wüßten auch nichts. Nun bekommen die Ofenarbeiter nicht das zu verarbeitende Material bezahlt, sondern was als Produkt herauskommt und für gut befunden wird. Werden zum Beispiel 15 000 Kilogramm verarbeitet und die Charge abgestochen, dann wiegt sie im Durchschnitt nur noch 12000 Kilogramm. Das Fehlende geht verloren. Es kommt oft vor, daß ganze Chargen wrack werden, dann bekommen die Arbeiter nicht den vollen Lohn, sondern nur den Schichtlohn ausbezahlt, der im Akkordanschlag vorgesehen ist; der Akkordverdienst geht ganz und gar verloren. Die Arbeiter haben sich dann einmal wieder umsonst gequält. Sie werden also bestraft und erhalten nur 3 bis 3,60 ℳ Schichtlohn. Eine Untersuchung, wodurch die Charge wrack geworden ist, findet nicht statt. Der Arbeiter wird bestraft und es hält schwer, die Strafe rückgängig zu machen. Verhüten läßt es sich nicht, daß nicht einmal etwas vorkommt. Die Arbeit ist mit viel zu vielen Schwierigkeiten verknüpft. Es ist doch nichts neues, daß die Vorgesetzten selbst wrack Chargen geliefert haben, doch da kräht kein Hahn danach, es tritt keine Bestrafung ein. Der ganze Akkordanschlag dient zu gleicher Zeit als Strafanschlag für die ersten Männer, die in drei Lohnklassen geteilt sind. Steht zum Beispiel der erste Mann bei seinem Vorgesetzten schlecht angeschrieben, dann versetzt man ihn von der Lohnklasse c) in die Lohnklasse a). Das bedeutet, daß er in 14 Tagen (Lohnperiode) 4 bis 5 ℳ weniger Verdienst hat, wie sein Ablöser. Hier sieht man die Willkür, unter der die Leute schwer zu leiden haben. So ist uns ein Fall bekannt, wo der erste Mann über acht Wochen diese Strafe getragen hat. Eine Aufklärung kann nur dann geschehen, wenn die ersten Männer am Lohntage ihren Lohn vergleichen. Dieses Versetzen in die andere Lohnklasse als Strafe geschieht heimlich, ohne daß der Arbeiter es weiß. Kommt es nun vor, daß beide ersten Männer bestraft sind, dann kommt die Aufklärung niemals. Sie werden so lange gepeinigt, bis es dem betreffenden Herrn genügend erscheint. Eine Beschwerde kann nicht erhoben werden, weil die Arbeiter gar nicht wissen, ob sie bestraft worden sind. — Einen Umkleideraum haben die Ofenarbeiter nicht. Sie sind angewiesen, sich einen Platz zu suchen. Ist im Bau kein Platz vorhanden, dann müssen sie sich draußen umziehen. Kleiderschränke sind nicht vorhanden. Die Kleider hängen überall herum, sogar draußen. Somit sind sie dem Staub und Regen ausgesetzt, oder sie werden gestohlen. Die Kleider verbrennen sehr oft, in solchen Fällen ist früher den Arbeitern ein Teil ersetzt worden, doch heute geschieht dies nicht mehr. Man „tröstet“ die Leute damit, daß man bis zu 100 ℳ nicht ersetzt. Mithin wird gar nichts ersetzt. Es sind Kasten vorhanden, aber nicht für die Kleider, sondern für das Geschirr. Diese Kasten haben eine Länge von 95 Zentimeter und eine Breite von 62 Zentimeter. Es wird wohl niemand annehmen, daß darin die Kleider aufbewahrt werden können. Ferner sind die ersten Männer angewiesen, ihre Taschenuhren mitzubringen, nicht in ihrem Interesse, sondern im Interesse des Werkes, denn eine Werksuhr ist nicht vorhanden. Die Oefen müssen nach der Uhr geregelt werden. Es kommt oft vor, daß die Uhr gestohlen oder von den Stahlfahrern kaputtgefahren wird. Sie wird von Staub und Schmutz versaut, so daß sie oft zum Uhrmacher gebracht werden muß, aber eine Vergütung gibt es nicht. Beschweren sich die Leute, dann heißt es: Warum bringen Sie denn die Uhr mit? Wenn im Keller die Ventile nicht dicht sind oder versagen, müssen sie die Ofenleute verschmieren. Bei dieser Tätigkeit müssen sie unter einer unbeschreiblichen Hitze arbeiten. Wir haben uns der Mühe unterzogen und genau festgestellt, welche Hitze vorhanden ist. Die Herren des Kruppschen Werkes haben bis jetzt sich dazu noch nicht verstiegen, aber nachdem wir jetzt mit den Zahlen herausrücken, werden sie gezwungen sein, mit dem Thermometer in der Hand es zu tun. Es ist zu gleicher Zeit für die Essener Gewerbeinspektion ein Wink. Am Ofen A. waren 70 Grad Celsius, bei B. 105, C. 75, D. 90, E. 68, F. 65, G. 60 Grad Celsius. Bei dieser Hitze müssen die Leute arbeiten. Dem Uneingeweihten erscheint das unmöglich, aber in den Feuerbetrieben ist alles möglich. Zu dieser Hitze kommt der Gasdunst. Hätten die Christen nicht bereits ihre Hölle beschrieben, sicher würden sie dann die Keller des Martinwerkes II der Firma Krupp als Hölle ausersehen haben. Der Abzug ist äußerst mangelhaft. Am Ofen A. und F. sind Luftschächte vorhanden, doch sind diese so schlecht eingerichtet, daß sie die schlechte Luft nicht herausbefördern können. Beweis: die obigen Zahlen. Jede siebente Woche wird eine Reinigung vorgenommen. Da müssen die Ofenarbeiter im Keller die Kanäle und an den Ventilen den Teer entfernen. Da ist es so heiß, daß den Leuten die Kleider auf dem Leibe zu brennen anfangen. Diese Arbeit dauert von morgens 6 bis mittags 12 oder 1 Uhr. Und dafür bekommen die Arbeiter einen Lohn von sage und schreibe 2,50 ℳ, ohne irgendwelche besondere Vergütung. Dann gehen sie nach Hause, doch müssen sie abends um 6 Uhr wieder zur Stelle sein. Eine Zeitlang haben diese Leute sogar 24 Stunden lang arbeiten müssen. Als die neue Bundesratsverordnung zur Regelung der Arbeitszeit in der Großeisenindustrie bekanntgegeben wurde, hat mancher gedacht, jetzt würde endlich einmal diesen geplagten Menschen geholfen werden. Doch nichts ist geschehen. Statt einer Verbesserung hat sie vielfach eine Verschlechterung gebracht. Wenn hier eingegriffen werden soll, dann muß schon statt solch einer nichtssagenden Verordnung ein eiserner Besen angeschafft werden. Vor der Herausgabe der Bundesratsverordnung wurde an Sonn- und Feiertagen vor 11 Uhr abends nicht mit der Arbeit begonnen, doch jetzt beginnt man bereits nach 6 Uhr abends mit dem Schmelzen. Die Firma hat durch dieses frühe Anfangen einen großen Profit, denn bei jedem Ofen wird eine Charge und darüber mehr herausgeschlagen als früher. Die Tatsachen beweisen, daß an jedem Ofen in einer Woche 15 Tonnen mehr als früher geliefert worden sind. Der Verdienst ist deshalb nicht höher geworden, den Profit steckt die Firma Krupp ein. Die Meister erhalten pro Charge ein Benefiz, vermutlich 75 ₰, genau kann es nicht festgestellt werden. Auf diese Art kann man die Treiberei in den Feuerbetrieben verstehen. Es will immer ein Meister noch mehr herausschlagen als der andere. Daß bei dieser Jagd die Unfallvorschriften nicht beachtet werden, versteht sich von selbst. Wer frägt nach solchen „Kleinigkeiten“. Sodann müssen die Ofenarbeiter auf dem Hofe die flüssige Schlacke kippen. Regnet es, dann entstehen böse Folgen. Die Leute verbrennen sich, weil dort, wo die Schlacke gekippt wird, keine Fallen vorhanden sind. Kasten zum Schlackenfahren sind ebenfalls nicht genügend vorhanden. Für sechs Oefen sind neun Wagen vorhanden, dazu kommen drei Reservewagen, die aber unbrauchbar sind. An den Ofentüren sind Gegengewichte angebracht, das heißt sie sind angebracht worden, als die Oefen gebaut wurden. Werden die Oefen repariert, denkt kein Mensch mehr an die Gewichte. Ist der Ofen zum Schmelzen fertig, dann gehen die Türen weder auf noch zu und die Arbeiter müssen dann zusehen, wie sie fertig werden. Gewöhnlich helfen die Arbeiter sich und hängen noch einige Gewichte an. Doch ist die Sache gefährlich. Entweder hängen die Gewichte zu niedrig, dann stoßen die Leute sich die Köpfe an beim hastigen Arbeiten, oder die Gewichte hängen so hoch, daß zu befürchten ist, es könnten jeden Augenblick einige herunterfallen. An den Dachbalken sind Schutzbleche angebracht, damit die Balken vor dem Verbrennen geschützt werden. Auch hier wird nach berühmten Mustern verfahren. Die Bleche werden nicht eher repariert, bis ein Stück herunterfällt und ein Arbeiter verletzt ist. Dann natürlich wird „der Brunnen zugedeckt“. Die in der Bundesratsverordnung vorgeschriebenen Pausen kommen im Martinwerk II gar nicht in Betracht. Es wird hier nach der alten Methode weitergearbeitet. Ist keine Zeit vorhanden, und die ist doch niemals vorhanden, dann werden eben keine Pausen gemacht. Es ist nichts seltenes, daß die Leute erst

um 2 Uhr und später ihr Mittagessen, oftmals nur zur Hälfte, einnehmen können. So wird auf die Bundesratsverordnung gepfiffen. Von geregelter Arbeitszeit und von Pausen dort zu reden, ist Unsinn. So lange die Feuerarbeiter nicht den Wert der Organisation begriffen haben und die Gesetzgebung nicht eingreift, bleibt es so wie es war und ist. — Ehe die Chargen flüssig sind, werden die Arbeiter noch zu allerhand Nebenarbeiten herangezogen, damit sie sich ja nicht verschnaufen können. Wir wollen diese Arbeiten anführen. Kommt die Charge aus dem Ofen, dann muß sofort der Ofen in Stand gesetzt werden, was ¾ Stunden in Anspruch nimmt. Dann geht das Chargieren los. Dieses dauert, wenn der Schrott nicht zu schlecht oder die Hitze nicht zu scharf ist, 3 Stunden. Trifft es mit dem Schrott und der Hitze nicht zu, so wird 4,5 und sogar 6 Stunden chargiert. Das kommt oft vor, denn die Leute müssen die Arbeit verlassen, weil sie es vor Hitze nicht aushalten können. Ist diese Arbeit glücklich beendet, dann folgt die andere. Der vierte Mann muß drei Karren Kalk herbeischaffen, was ¾ Stunden dauert. Dann hat er zwei Karren Kalksteine zu besorgen (25 Minuten), zwei Karren Erz (20 Minuten), eine Karre Flußbad (25 Minuten), den Schmutz vom Ofen fortschaffen (¼ Stunde). Ist dies geschehen, dann hilft er dem zweiten Mann das Geschirr richten, dies dauert 10 Minuten. Dann wird die Rinne gelegt (5 Minuten). Der dritte Mann besorgt den Zuschlag (15 Minuten), zwei Karren Erz zum Einsetzen (20 Minuten). Auch dieser hilft dem zweiten Mann die Rinne legen (5 Minuten). Dann ist der dritte Mann verantwortlich für das Schlackenloch, damit die Pfanne hineingeht. Geht der Brocken kaputt, dann müssen der dritte und vierte Mann gemeinschaftlich das Schlackenloch reinigen. Diese Arbeit zu beschreiben, ist schwer. Bei 65 Grad Celsius müssen die Leute schuften, ohne daß ein frischer Luftzug dorthin dringt, der Brocken ist glühend rot. Der zweite Mann legt die Rinnen, dieses dauert ½ Stunde. Er sorgt für das Geschirr (25 Minuten), zum Schlusse besorgt er den Balken für das Schlackenloch, ebenfalls ¼ Stunde. Der erste Mann hat jede halbe Stunde den Ofen umzustellen und das Gas zu kontrollieren. Ist die Schmelzhitze im Ofen, dann hat er jede Viertelstunde umzustellen und zu kontrollieren, sogar in noch kürzeren Zwischenräumen. Verschiedene kleinere Arbeiten, die zu verrichten sind, wollen wir unerwähnt lassen, es würde zu weit führen. Es kommt sehr oft vor, daß die Charge bereits wieder flüssig ist und die Nebenarbeiten noch nicht verrichtet sind. Da beginnt wieder das Schlacken, der dritte und vierte Mann müssen für diese Arbeit die Kasten besorgen, was ebenfalls ¼ Stunde in Anspruch nimmt. Kurz gesagt, die Schicht ist viel zu kurz für den Feuerarbeiter. Und wo bleiben da die Pausen? — Wir kommen zu den **Gießgrubenarbeitern**. Diese verdienen wohl etwas mehr als früher, doch arbeiten sie dafür mit weniger Mannschaften. Der frühere Lohn betrug im Durchschnitt 5,50 M., jetzt 6 M. Die Bundesratsverordnung wird hier ebenfalls nicht beachtet, die Leute müssen ihr Essen hastig verschlingen, wenn Zeit dafür vorhanden ist. Mit der Zeit sieht es bei diesen Arbeitern ganz schlecht aus. Nicht allein in der Gießgrube, sondern an den Oefen müssen sie chargieren. Es ist nichts seltenes, daß sie 15 000 Kilogramm verarbeiten müssen. Im erwähnten Anschlag steht bemerkt, daß der Mann pro Tonne 5 ₰ bekommt, doch bekommen hat dieses Geld bis jetzt niemand, denn das Gewicht des Materials ist noch nie angeschrieben worden. Hier kommen viele Unfälle vor, weil die schweren Brocken ohne Hebevorrichtungen verarbeitet werden müssen. Bricht einmal eine Stange und der 800 Kilogramm schwere Brocken kippt, dann gibt es Quetschungen und Knochenbrüche. Doch für Abhilfe wird nicht gesorgt, da ja Feuerarbeiterknochen sehr niedrig im Preise eingeschätzt sind. Die Gießgrubenarbeiter haben eine Bude mit Kleiderschränken, an den Kleiderschränken fehlen die Türen. Die Unfallvorschriften in der Gießgrube werden nicht befolgt, denn es werden oftmals mit Ketten, die viel zu schwach oder bereits auseinandergezogen sind, schwere Brocken angeschlagen, daß es an ein Wunder grenzt, wenn die Arbeit gelingt. Willkürliche Strafen bis zu einem halben Schichtlohn sind nichts seltenes. Es wird eben bestraft, damit die Gießgrubenarbeiter auch ihren besonderen Obolus an die Pensionskasse liefern können. — Wir verlassen die Gießgrubenarbeiter und kommen zu den **Pfannenmannschaften**. Diese verrichten eine sehr gefährliche Arbeit, hier heißt es genau aufpassen. Wird ein Stopfen in der Pfanne verpaßt und wird der Guß undicht, dann wird ein Mann bestraft, ganz gleich, wer es ist, ob der Bestrafte Schuld oder nicht Schuld hat, das spielt keine Rolle. „Der Jude wird verbrannt." Gefährlich ist diese Arbeit ganz besonders. Läuft eine Charge, dann müssen die Leute sie zu dichten versuchen. In den Funkenregen, der nach allen Himmelsrichtungen geht, müssen die Leute hinein und den Stopfen abdichten. Brandwunden sind hier etwas selbstverständliches. — Wir kommen jetzt zu den **Generatorenarbeitern**. Der frühere Lohn bei gewöhnlichem Material pro Tonne betrug 90 ₰, Spezialmaterial pro Tonne 2 M. Hierbei ist zu bemerken, daß früher an sechs Oefen 22 Mann arbeiteten und jetzt nur 16 Mann. Trotzdem steht der Lohn heute nicht höher als früher. Denn es erhalten die Stocher pro Schicht 5,80 bis 6,20 M., die Kohlenschieber 5,20 bis 5,50 M. Die Generatorenarbeiter müssen jeden Tag einmal rösten, diese Arbeit dauert im Durchschnitt 1¼ Stunden. Während dieser Zeit herrscht dort eine Hitze von 52 Grad Celsius. Der Kohlenschieber fährt die Schlacken fort, dazu gebraucht er 1½ Stunden, mithin arbeitet der Mann ununterbrochen unter den schwierigsten Verhältnissen drei Stunden. Aus dieser furchtbaren Hitze fährt der Mann die Schlacken in den Schacht. Hier weht ein scharfer Luftzug und da kann sich jeder denkende Mensch einen Begriff machen, wie es dem von Schweiß durchnäßten Arbeiter zu Mute ist und was daraus entsteht. Im Schacht ist kein Aufzug, um die Schlacken nach oben zu befördern, die Arbeiter müssen alles mit der Schippe verarbeiten. Drei Etagen hoch werfen sie die Schlacken. Die ersten beiden Etagen sind je 1,70 Meter hoch und die dritte Etage über zwei Meter. Oben verladen sie die Schlacken in den Wagen, hierbei sind sie jeder Witterung ausgesetzt, weil die Ueberdachung fehlt. Es wird, was wir jederzeit unterstützen, allerlei in Tierschutz getan, doch hier in Menschenschutz gar nichts. In einer Nacht fährt der Kohlenschieber rund 40 Karren Kohlen heran und dazu hilft er dem Stocher die Kohlen nachfüllen (in jeder Stunde dreimal). Der Stocher röstet den Ofen und sticht ihn in der Stunde einmal, dazu füllt er ihn in der Stunde dreimal. Hier ist eine Pause eingesetzt, aber wer die Arbeit kennt, der muß zugeben, daß die Arbeitszeit bei dieser furchtbar anstrengenden Tätigkeit viel zu lang ist, ehe die Pause eintritt. Man muß bedenken, daß zwischen den Kaminen eine Hitze von 48 bis 52 Grad Celsius zu verzeichnen ist. Dazu kommt, daß dort ein Gasdunst herrscht, daß sich die Leute einander nicht erkennen können. Ihr Essen nehmen sie ziemlich regelmäßig ein. — Die **Luppenformer** verdienen pro Schicht 5,10 bis 5,60 M. und haben gewöhnlich in einer Schicht eine Pause von drei Stunden. Doch fallen die Pausen oftmals aus und sie müssen den ganzen Tag vollarbeiten. Es richtet sich hier nach der Verarbeitung der Chargen. Sind viel Zweispänner, dann kommt es vor, daß sie überhaupt nicht fertig werden, und bei den Mannschaften, die das Spritzen zu besorgen haben, fallen die Pausen überhaupt fort. Deshalb sind die Arbeiter dazu übergegangen, wochenweise mit der Arbeit zu wechseln, da, nebenbei gesagt, die Arbeit nicht zu den leichtesten, sondern zu den schwersten zählt. Ein Luppenfuß wiegt 80 Kilogramm, ein mittlerer 60 Kilogramm und eine Stahlformluppe 38 Kilogramm. Warum diese letztgenannte Form nicht eingeführt wird oder die vorhandenen abgeschafft werden, begreifen die Arbeiter nicht. Die gegossene Luppe wiegt im Durchschnitt 42 Kilogramm und mit diesen schweren Formen müssen die Arbeiter den ganzen Tag hantieren. Die Luppenform hat eine Höhe von 28 Zentimeter, sieben von diesen Formen werden aufeinandergestellt, das macht eine Höhe von 1,96 Metern aus. 16 Mann müssen in einer Schicht drei Chargen verarbeiten, jede Charge hat wiederum ungefähr 400 Luppen. Hierbei muß bemerkt werden, daß die Luppen ziemlich heiß verarbeitet werden. Haben die Leute sich bis zum äußersten abgemüht und haben nicht das nötige Pensum fertiggebracht, dann werden sie mit dem Titel **Faulenzer** belegt und ihnen der Brotkorb höhergehängt, indem man ihnen keinen Akkord, sondern Schichtlohn anschreibt. — Wir verlassen die Luppenformer und wenden uns den **Hilfsarbeitern** zu. Diese erhalten einen Lohn von 4 M. bis 4,50 M. Die ersteren mit einem Verdienst von 4 M. haben ihre Pausen, aber die, die 4,50 M. verdienen, haben keine Pausen. Sie müssen eben essen, wenn Zeit dazu vorhanden ist. Ist keine Zeit vorhanden, dann wird, wie es in den Feuerbetrieben üblich, „im Vorbeigehen" etwas zu sich genommen. Auch hier bleibt die Bundesratsverordnung auf dem Papier stehen. — Wir kommen zu den **Stahlfahrern**. Diese bekommen für die Tonne gewöhnlichen Materials an den vorderen Oefen 26 ₰, am Ofen G. 36 ₰, für Spezialmaterial 44 ₰ laut Akkordanschlag für gut herausgebrachtes Material bezahlt. Sie schaffen das Rohmaterial zum Ofen, aber nicht das fertige vom Ofen. Sie werden zu Unrecht wie die im Werke arbeitenden Leute behandelt, obwohl ihre Tätigkeit sich auf dem Hofe abwickelt. Gehen zum Beispiel in 14 Tagen mehrere Chargen verloren, so bekommen sie nichts, obwohl sie mit den Schmelzern nichts zu tun haben. Auch hier tritt dasselbe ein, was wir bereits oben geschrieben haben. Die Leute bekommen nicht dafür bezahlt, was sie anfahren, sondern nur für das, was aus dem Ofen kommt. Sie fahren zu jedem Ofen 15 000 Kilogramm und bekommen nur für ungefähr 12 000 Kilogramm bezahlt. Der Verdienst der Leute ist im Verhältnis zu ihrer Tätigkeit viel zu gering. Sie verdienen pro Schicht 5,20 M. bis 5,40 M. Zur Ueberarbeit werden sie oft herangezogen, doch bezahlt man ihnen nicht das, was sie wirklich verdienen, sondern man gibt ihnen pro Stunde 40 ₰ oder auch gar nichts, mit der wundervollen Begründung, die Arbeit gehöre zum Akkord. Hierbei tritt der Mangel der Organisation grell zutage. — Wir kommen zu den **Platzarbeitern**. Diese verdienen pro Schicht 4,20 M. bis 4,40 M. Genau festzustellen, wie sich ihr Verdienst zusammensetzt, ist unmöglich, weil sie Akkordarbeit dazu verrichten. Wie der Akkord berechnet wird, weiß der Arbeiter nicht. Es ist so eine Art Generalakkord und der Ueberschuß wird nach Gunst und Gaben verteilt. Sie bekommen für 12 Stunden bezahlt, obwohl sie 10 Stunden unter Anrechnung der Pausen arbeiten. Die Firma scheint die Pausen als eine Vergünstigung anzusehen, weil man für 10 Arbeitsstunden 12 bezahlt. Doch so ist es nicht gemeint. Diese sonderbare Güte hat ihre Gründe. Arbeiten die Leute nach Feierabend, so bekommen sie nicht, was ihnen in einer Stunde zusteht, sondern nur 33 ₰ die Stunde. Die Firma teilt hierbei die 4 M. Lohn nicht in 10, sondern in 12 Stunden, dadurch erhalten die geplagten Menschen für die Ueberarbeit eine schlechtere Bezahlung als für die Arbeit am Tage. Und das Gegenteil müßte doch der Fall sein. Auch hier erkennt man den Mangel der Organisation und das Raffinement der Ausbeutung. Wir sehen hier, daß der Unternehmer nie etwas schenkt, aber der Uneingeweihte, der nicht weiß, wie oft die Leute überarbeiten müssen, glaubt wirklich, daß sie beschenkt werden. Die Bude der Platzarbeiter hat eine Länge von 7,85 Meter und eine Breite von 3,75 Meter. Sie faßt 32 Mann, 40 Kasten, drei lange Tische und Bänke. Der Raum ist daher so eng, daß die Leute sich kaum wenden können. Als Waschgelegenheit dienen Eimer. Ist schlechtes Wetter, dann waschen sich die Leute nicht draußen, sondern in der Bude. Wie dann die Luft darin beschaffen ist, läßt sich schlecht beschreiben. Daß in einem solchen Bau die Mäuse 2c. in trauter Gemeinschaft mit den Arbeitern hausen, versteht sich von selbst. Die Schränke haben eine Höhe von 62 Zentimeter und eine Breite von 50 Zentimeter. Darin sollen die Arbeiter ihre Kleider unterbringen. — Bei der Firma Krupp weiß man von dem Wohlfahrtsrummel Nutzen zu ziehen; man peinigt die armen gequälten Menschen mit Strafgeldern, und wenn 15 Jahre herum sind, dann gehen viele zur „großen Armee" über, aber als Andenken lassen sie ihre Strafgelder in der Pensionskasse. Und die Firma Krupp schlägt sich vor die Brust und sagt: nur rote Hetzer wollen unsere „Wohlfahrten" nicht anerkennen. — Verläßt man das Martinwerk II, dann muß man über das Bahngeleise, dieses steht sehr oft so voller Wagen, daß man entweder unten oder über die Wagen hinwegkriechen und klettern muß. Dazu wird sehr oft beim Schichtwechsel rangiert. Es ist tatsächlich ein Wunder, daß bis jetzt noch kein Arbeiter totgefahren worden ist. Das tollste bei der Geschichte ist, daß, wer das Geleise betritt, bestraft wird, trotzdem kein anderer Weg vorhanden ist. Hier einmal nach dem rechten zu sehen, fällt den Herren Vorgesetzten gar nicht ein. Die Krankenzahl steht bei den Feuerarbeitern sehr hoch. Bekanntlich weist die Krankenzahl der Gußstahlfabrik aus, daß auf 100 Versicherte 60 bis 70 Kranke kommen. Wer die Verhältnisse dort kennt, wundert sich nicht darüber. — Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß das Pensionskassenstatut dem Feuerarbeiter nach 15jähriger Tätigkeit gestattet, in den Ruhestand zu treten, das heißt wenn die beiden Vertrauensärzte des Werkes ihn für invalid erklären. Bei den mechanischen Betrieben sind 20 Jahre vorgesehen. Daß der Feuerarbeiter statt 10 Stunden 12 Stunden den Tag und ein um die andere Woche 7 Tage in der Woche arbeitet, wird gar nicht beachtet. — Wir haben hier ein wahrheitsgetreues Bild eines Feuerbetriebes und der Feuerarbeiter gegeben. Hoffen wir, daß dieses veröffentlichte Material aus einer Folterkammer des 20. Jahrhunderts in weite Kreise der Bevölkerung hineinkommt und unsere Abgeordneten es zum Segen der Feuerarbeiter benützen. Seit Jahrzehnten hat man es verstanden, diese Arbeiter auf das Jenseits hinzuweisen, das Diesseits war Nebensache. Hoffen wir, daß auch diesen Leuten einmal die Augen aufgehen. Für die aufgeklärten Arbeiter der Feuerbetriebe erwächst die Pflicht, ruhig und sicher weiter an der Aufklärung ihrer Kollegen zu arbeiten, es wird dann auch dort einmal Licht werden. Tut eure Pflicht, Kollegen, dann werden wir auch die Feuerarbeiter in unsere Reihen eingliedern und damit ein Stück Kulturwerk verrichtet haben. **Vorwärts!** heißt die Losung.

Klempner.

Hannover-Linden. Am 21. August 1903 wurde für das hiesige Klempner- und Installateurgewerbe zum erstenmal ein Tarifvertrag abgeschlossen. Die Mindestlöhne wurden festgesetzt für Gesellen im ersten Jahre nach der Lehre auf 33 ₰, bis zum vollendeten 21. Lebensjahr auf 40 ₰ und für Gesellen über 21 Jahre auf 45 ₰. Am 1. April 1904 wurde die Arbeitszeit von 10 auf 9½ Stunden reduziert. Der Lohn für die älteren Gesellen stieg dabei auf 50 ₰. Am 1. Oktober 1905 wurde der Tarif erneuert. Die Mindestlöhne wurden erhöht auf 35, 42 und 52 ₰ und stiegen am 1. April 1907 auf 37, 44 und 54 ₰. Die Löhne der Helfer waren festgesetzt auf 38 und 40 ₰ und stiegen am 1. April 1907 auf 40 und 42 ₰. Dieser letzte Tarif erreichte am 1. Oktober 1908 sein Ende. Ein neuer Vertrag kam infolge ungenügender Zugeständnisse der Unternehmer nicht zustande. Es begann eine tariflose Zeit. Im Februar 1909 versuchte der Arbeitgeberverband, einen Vertrag durchzuführen, doch wurde dieses von den Klempnern und Installateuren abgelehnt, da in dem angebotenen Vertrag für die unterste Lohnklasse jede Erhöhung abgelehnt wurde; für die beiden höheren Klassen sollte nur eine Zulage von 2 ₰ für die Vertragsdauer erfolgen. Am 19. April 1909 traten die Klempner und Installateure zur Erringung eines besseren Vertrags in den Streik. Der Kampf ging infolge starken Zuzugs von außerhalb verloren. Auch von den ansässigen Kollegen war ein Teil fahnenflüchtig geworden. Trotzdem verloren die in der Organisation tätigen Kollegen nicht den Mut. Nach Beendigung des Streiks im Jahre 1909 empfahl die Leitung der Unternehmerorganisation zwar, keine Lohnkürzungen vorzunehmen und den älteren Gesellen die zugesagte Lohnerhöhung von 2 ₰ trotzdem zu zahlen, doch kehrten sich nicht alle Unternehmer daran. Eine im März dieses Jahres aufgenommene Statistik ergab zwar für die über 21 Jahre alten Gesellen einen Durchschnittsverdienst von 56 ₰. Doch hatten von 231 zu dieser Gruppe gehörenden Kollegen 54 einen Lohn unter 56 ₰. Aehnlich sah es in den anderen Lohnstufen aus. Eine Versammlung der Klempner und Installateure beauftragte im August die Organisationsleitung, sich mit den Unternehmern zum Abschluß eines neuen Vertrags wieder in Verbindung zu setzen. Dies geschah. Anfänglich waren befriedigende Zugeständnisse nicht zu erreichen, sondern es wurde versucht, in einzelnen Punkten noch eine Verschlechterung durchzuführen. Doch gelang es durch Verhandlungen, zu einem zufriedenstellenden Resultat zu kommen. Es wurde ein neuer Vertrag auf die Dauer von 2½ Jahren vereinbart. Die Mindestlöhne steigen gegen den früheren Tarif während der Vertragsdauer um 6 und 7 ₰ für die Gesellen, um 4 ₰ für die Helfer. Die Montagezulage steigt für die Verheirateten von 2 M. auf 2,50 M. Die hauptsächlichsten Bestimmungen des Tarifes lauten: Die **tägliche Arbeitszeit** beträgt nicht über 9½ Stunden. An den Tagen vor Ostern, Pfingsten und Weihnachten wird die Arbeitszeit 2 Stunden früher beendet. Der **Lohn** wird für wirklich geleistete Arbeitsstunden berechnet und muß Freitags am Schlusse der Arbeitszeit ausbezahlt werden. Verzögert sich die Auszahlung um ½ Stunde, so muß die verzögerte Zeit in Lohn nachbezahlt werden. Gesellen im ersten Jahre nach vollendeter Lehrzeit erhalten nicht unter 40 ₰ pro Stunde. Von diesem Zeitpunkt an bis zum vollendeten 21. Lebensjahr nicht unter 48 ₰ pro Stunde. Gesellen über 21 Jahre erhalten nicht unter 58 ₰ pro Stunde. Vom 1. Oktober 1911 an erhalten sie nicht unter 42, beziehungsweise 50, beziehungsweise 60 ₰ pro Stunde, vom 1. Oktober 1912 an nicht unter 43, beziehungsweise 51, beziehungsweise 61 ₰ pro Stunde. Reduktionen der gegenwärtig gezahlten Löhne finden keinenfalls statt. Helfer, die mindestens ein Jahr im Installationsberuf tätig sind und ständig mit einem Monteur zusammenarbeiten, erhalten nicht unter 44 ₰ pro Stunde. Helfer, die drei Jahre im Beruf tätig sind, erhalten nicht unter 46 ₰ pro Stunde. Für das Reinigen von Fettöpfen und Tiefklosetts wird ein **Lohnaufschlag** von 50 ₰ für das Stück bezahlt. Bei umfangreichen Schmutzarbeiten sowie Arbeiten im Grundwasser soll ein Zuschlag zwischen Meister und Gesellen vereinbart werden. Bei Arbeiten auf schwebendem Hängegerüst wird ein Lohnzuschlag von 30 Prozent bezahlt. Bei Arbeiten in den Städten Hannover und Linden und in dem Dorfe Ricklingen wird, sofern die Arbeitsstelle in der Nähe der Straßenbahn liegt, über 3 Kilometer von der Werkstatt entfernt ist, **freie Hin- und Rückfahrt** gewährt. Bei Arbeiten außerhalb der genannten Orte außerdem 50 ₰ Vergütung für den Tag, wenn tägliche Rückfahrt möglich ist. Bei Arbeiten, wo auswärts übernachtet werden muß, wird ein Zuschlag an Verheiratete von 2,50 M., an Unverheiratete von 2 M. für den Tag bezahlt. Kann Sonntags nicht nach Hause gefahren werden, muß die Zulage bezahlt werden, andernfalls das Fahrgeld hin und zurück, welches jedoch die Höhe der Zulage nicht übersteigen darf. Für diese Entschädigungen sind auch die festgesetzten Arbeitszeiten einzuhalten. Bei Arbeiten an außerordentlich teuren Orten wird zwischen Meister und Gesellen eine besondere Vereinbarung getroffen. **Ueberstunden** und **Sonntagsarbeiten** werden nach Möglichkeit vermieden; müssen solche in Notfällen geleistet werden, so wird ein Zuschlag von 25 Prozent zum Lohne für Ueberstunden und 50 Prozent für Nacht- und Sonntagsarbeit bezahlt. Die Nachtarbeit rechnet von 9 Uhr abends an. **Streitigkeiten über Vertragsbestimmungen** sind einer **Schlichtungskommission** zu unterbreiten, die aus je vier Mitgliedern der vertragschließenden Parteien unter einem unparteiischen Vorsitzenden zu bestehen hat. Die Schlichtungskommission hat spätestens innerhalb 24 Stunden, nachdem sie von einem Teile angerufen ist, zusammenzutreten und den Streitfall mit möglichster Beschleunigung zu erledigen. Sofern die Parteien sich nicht über eine andere Persönlichkeit als Unparteiischen einigen, ist der jeweilige Vorsitzende des Gewerbegerichts als Unparteiischer zu berufen. — Der Vertrag endet am 31. März 1913. Für die hiesigen Klempner und Installateure bedeutet dieser Vertrag wieder einen guten Erfolg. Es ist jetzt Aufgabe der Kollegen, den Tarif in allen Werkstätten strikte zur Durchführung zu bringen. Der jetzige Tarifabschluß beweist aber auch wieder, daß die Arbeiter selbst nach einem verlorenen Kampfe keine Ursache haben, den Kopf hängen zu lassen, im Gegenteil, nun erst recht verpflichtet sind, der Organisation treuzubleiben und in der Organisation durch tätige Mitarbeit dafür zu sorgen, daß das für den Augenblick Verlorene recht bald wieder erkämpft wird.

Herford. Nach langjähriger Arbeit ist es auch hier gelungen, einen Tarifvertrag für die Klempner, Installateure und Kupferschmiede nach siebentägigem Streik zu erreichen. Die Arbeitszeit beträgt nun 9½ Stunden (vorher 10 Stunden). Am Sonnabend wird 9 Stunden gearbeitet, der Lohn wird voll ausbezahlt. Die Einstellungslöhne im ersten Jahre nach beendeter Lehrzeit betragen nicht unter 35 ₰, im zweiten Jahre 40 ₰, im dritten Jahre 45 ₰. Ältere, selbständig arbeitende Gehilfen erhalten 50 ₰ pro Stunde. Die Lohnzahlung findet wöchentlich Freitags statt. Überstunden werden bis 10 Uhr abends mit 25 Prozent, Nacht- und Sonntagsarbeit mit 50 Prozent Zuschlag bezahlt. Bei Reinigung von Klosetts und Pissoirs werden 50 ₰ extra vergütet. Bei Turm- und Fabrikschornsteinarbeit werden 50 Prozent Zuschlag gewährt. Um bei eintretender schlechter Geschäftskonjunktur Arbeiterentlassungen vorzubeugen, muß sich eine Arbeitszeitverkürzung auf alle Gehilfen und Hilfsarbeiter gleichmäßig erstrecken, jedoch soll die Arbeitszeit nicht unter 6 Stunden betragen. Der Tarifvertrag ist am 1. Oktober in Kraft getreten und hat Gültigkeit bis zum 30. Juni 1911. Wird der Vertrag nicht spätestens 6 Wochen vor Ablauf der Vertragszeit gekündigt, so läuft er ein Jahr weiter. Nun, Kollegen, tue jeder von euch seine Pflicht, das Errungene hochzuhalten und sorgt dafür, daß die fernstehenden Kollegen für unsern Verband gewonnen werden. Besucht auch aller 14 Tage die Branchenversammlung.

Rundschau.

Straßenpolizeivorschriften gegen Streikposten.

Als Ende Dezember v. J. in einer Fabrik in Solingen gestreikt wurde, wollte die Polizei Streikposten nicht mehr auf der Straße in der Nähe der Fabrik dulden, weil angeblich „Arbeitswillige" und der Fabrikbesitzer belästigt worden seien und der Verkehr gestört worden sei. Eine entsprechende Mitteilung ging dem Streikkomitee zu. Der Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Kollege Rapp, begab sich an Ort und Stelle, um zu sehen, wie die Polizei vorgehe. Der Polizeibeamte Urban wies ihn weg. Rapp folgte aber der Anordnung nicht und wurde demnächst wegen Übertretung der Oberpräsidialpolizeiverordnung vom 23. März 1907 vom Landgericht Elberfeld zu einer Geldstrafe verurteilt, weil er sich gegen die Vorschrift vergangen habe, wonach den Anordnungen von Polizeibeamten, die zur Erhaltung der Sicherheit, Ordnung und Leichtigkeit des Verkehrs auf der öffentlichen Straße ergehen, unbedingt Folge zu leisten ist. Begründend wurde ausgeführt: In der Nähe der Fabrik habe sich das Streikbureau befunden, wo sich eine Anzahl Streikender und ihnen nahestehender Personen aufhielten. Wenn sich nun ein Arbeitswilliger genähert habe, so seien die Leute aus dem Lokal gestürzt und hätten die Arbeitswilligen belästigt und Verkehrsstörungen hervorgerufen. In der Nähe standen die Streikposten. Der Beamte Urban habe, als er Rapp wegwies, aus eigener Initiative heraus gehandelt, indem er befürchtet habe, durch sein Verweilen an der Stelle könne es wieder zu Ansammlungen und Störungen kommen. Dem habe er vorbeugen wollen.

Rapp legte Revision ein und machte geltend, daß eine solche Polizeivorschrift doch nur angewendet werden könne, wenn eine Gefährdung des Verkehrs im konkreten Falle in greifbare Nähe gerückt sei. Das sei in seinem Falle keineswegs so gewesen. Im Gegenteil sei der Verkehr nicht im geringsten gestört worden. Das Kammergericht wies aber die Revision zurück und führte aus, die Verordnung sei ohne Rechtsirrtum angewendet worden. Entscheidend sei, daß der Beamte die Anordnung zum Verlassen der Gegend im verkehrspolizeilichen Interesse glaubte erlassen zu müssen. Es sei aber festgestellt, daß er Störungen des Verkehrs befürchtete und ihnen aus eigenem Ermessen entgegentreten wollte. Das genüge, um die Verurteilung zu rechtfertigen. Die Notwendigkeit einer verkehrspolizeilichen Anordnung sei vom Richter nicht zu prüfen.

Der Bund der technisch-industriellen Beamten

trat am 23. Oktober in Berlin zu seinem **fünften ordentlichen Bundestag** zusammen. Über die Stellung dieser Organisation zu den Unternehmern und zu den übrigen Technikerorganisationen haben wir schon wiederholt berichtet, so daß wir jetzt nicht darauf einzu-

gehen brauchen (siehe auch Nr. 40 der Metallarbeiter-Zeitung, Seite 314). Der Bund hat etwa 17000 Mitglieder: er ist auf rein gewerkschaftlicher Grundlage erbaut und unter anderm auch Gegner einer Sonderversicherung der Privatangestellten. Es haben wiederholt Einigungsverhandlungen mit dem Deutschen Techniker-Verbande stattgefunden, einer Organisation, die etwa 28000 Mitglieder hat. Die Verhandlungen blieben aber erfolglos, weil der Technikerverband in seinen Reihen auch selbständige Unternehmer und festangestellte Staats- und Gemeindebeamte hat und diese nicht missen will. Bei der Eröffnung des Bundestages sagte der Vorsitzende Kortenbach unter anderm, er wünsche, daß im Bunde mehr als je die Betätigung der gewerkschaftlichen Gesinnung Platz greife. Über die Durchführung der Mindestgehalte referierte Tiessen (Berlin). Der Redner verwies auf die vom vierten Bundestag angenommenen Leitsätze, wonach von allen Bundesmitgliedern ein Mindestgehalt von monatlich 150 M gefordert werden soll, und er wandte sich gegen einen Antrag des Gaues Mitteldeutschland, der das Mindestgehalt auf nur 120 M festgesetzt wissen will. Im Gegenteil müsse das Mindestgehalt von 150 M noch durch örtliche Zuschläge erhöht werden. Der Redner trat ferner für eine Statistik über die Gehalte ein. Der vom Bund unterhaltene Stellennachweis und die Auskunftei müßten benutzt werden, um der Forderung Anerkennung zu verschaffen. Bei dem schroffen Widerstande der Unternehmer sei darauf zu rechnen, daß viele Mitglieder stellenlos werden. Es wäre daher die Stellenlosenunterstützung auszubauen und eine Solidaritätsunterstützung einzuführen, die um zirka 50 Prozent höher einzusetzen ist als die Stellenlosenunterstützung. Mindestens 90 M müßte der Monatssatz für diese neue Unterstützungsart betragen. Es entspann sich eine lebhafte Debatte, wobei auch die Frage erörtert wurde, ob die Techniker wagen könnten, in den Streik zu treten. Der Referent betonte in seinem Schlußwort, daß nach seiner Auffassung ein Streik nicht zu den Kampfmitteln des Bundes gehören könne. Das Augenmerk sei lediglich auf die Solidaritätsunterstützung zu richten. Er glaube, daß der Bund stark genug sei, wenn die Frage an ihn herantrete, diese Unterstützungseinrichtung durchzuhalten. Folgende Leitsätze wurden angenommen:

„1. Der Bund macht es allen seinen Mitgliedern zur Pflicht, das vom vierten ordentlichen Bundestag aufgestellte Mindestgehalt für ihre Person mit den jedem einzelnen zu Gebote stehenden Mitteln zur Durchführung zu bringen. Der Bundestag erwartet, daß die Mitglieder auch die noch nicht im Bunde organisierten Kollegen unter Berufung auf ihre Berufsehre zu einem gleichen Vorgehen veranlassen.

2. Den Verwaltungstellen obliegt die Pflicht, die etwaigen Ortszuschläge nach bestimmten Grundsätzen festzustellen. Statistische Erhebungen über die in ihrem Wirkungskreis bestehenden Gehaltsverhältnisse anzuregen, Aktionen zur Durchführung des Mindestgehalts einzuleiten und zu überwachen, sowie überhaupt eine ständige Kontrolle auszuüben.

3. Der Bund als solcher hat die Tätigkeit der einzelnen Mitglieder und der Verwaltungstellen zu unterstützen durch Verbesserung des Stellennachweises und der Auskunftei, Unterstützungswesens, insbesondere die Schaffung einer besonderen Solidaritätsunterstützung."

Ein weiterer Punkt der Tagesordnung lautete: Die Aufgaben der technischen Hochschulen. Die zu diesem Punkte vorgelegten Leitsätze wurden jedoch noch nicht angenommen, sondern es wurde beschlossen, darüber in den Mitgliederversammlungen und in der Presse noch weiter zu diskutieren und die endgültige Stellungnahme bis zum nächsten Bundestag aufzuschieben.

Über die Festsetzung der Gehalte für die Bundesangestellten wurde drei Stunden lang debattiert. Schließlich kam man dazu, die Angestellten in vier Klassen zu teilen. Klasse a erhält jährlich 3000 bis 4500 M, Klasse b 3600 bis 5400 M, Klasse c 4500 bis 6300 M und Klasse d 5400 bis 7200 M.

Über die Werbearbeit referierte Sandrock (früher Gauleiter für Rheinland-Westfalen, jetzt Bundesvorstandsmitglied). Der Redner bedauerte unter anderm den Mangel an Solidaritätsgefühl bei den anderen Verbänden. Dieser rühre jedoch von der ungeeigneten Zusammensetzung der Mitgliedschaft dieser Organisationen her. Es müsse aber auch in sie der gewerkschaftliche Gedanke getragen werden. Von diesen Erwägungen sei man auch bei den Verhandlungen mit dem Deutschen Techniker-Verband geleitet gewesen. Zu einer vom Referenten vorgelegten Resolution wurde noch ein Zusatz beantragt, wonach in Zukunft dem Deutschen Techniker-Verband keine Einigungsvorschläge mehr gemacht werden sollen, solange dieser nicht bereit ist, sich auf den Boden rein gewerkschaftlicher Organisation zu stellen. Gegen diesen Zusatz sprachen verschiedene Vertreter; er wurde aber doch samt der Resolution angenommen. Ferner wurden noch Resolutionen angenommen über die Reform des Technikerrechts mit besonderer Berücksichtigung der bedingungslosen Sicherstellung des Koalitionsrechts, mit sozialem Ausbau und Vereinheitlichung des Angestelltenrechts und des Rechtswegs. Der Bundestag wendete sich auch gegen die Vorschläge des Bundesrats betreffend die Konkurrenzklausel und forderte ein Verbot der Verträge mit offenen oder geheimen Konkurrenzklauseln und der Abnahme des Ehrenworts im Dienstvertrag. Eine weitere Resolution richtet sich gegen die Kommission zur Vorberatung der Reichsversicherungsordnung, weil diese nicht die Pensionsversicherung der Privatbeamten in den Entwurf zur Reichsversicherungsordnung aufgenommen hat. Auch wurde noch eine Resolution angenommen, die sich gegen den rückschrittlichen Geist in der ganzen Gesetzgebung wendet und die technischen Privatangestellten verpflichtet, über den Rahmen der gewerkschaftlichen Arbeit hinaus sich für ihre Interessen einzusetzen, sich politisch zu organisieren und innerhalb ihrer Partei für einen grundsätzlichen Umschwung einzutreten.

Gewerbegerichtliches.

Ein angefangener Akkord muß stets fertiggestellt werden, auch wenn man mit dem Akkordlohn nicht einverstanden ist. So entschied das Dresdener Gewerbegericht in einer Klage des Klempnergehilfen H. gegen eine Firma wegen 6,75 M Lohnforderung. Der Kläger übernahm am 7. Oktober einen Akkord, erhielt den Akkordzettel aber erst einige Stunden nach Beginn der Arbeit. Am andern Tage erklärte er, er könne mit dem Akkordpreis nicht auskommen und wolle deshalb die Arbeit in Stundenlohn machen. Der Werkführer bestand darauf, daß die Arbeit in Akkord fertiggestellt werde. Der Kläger hörte deshalb auf und verlangte die 15 Stunden bezahlt. Die Arbeit ist inzwischen in Stundenlohn fertiggestellt worden. Es blieben nur 60 ₰ übrig. Der Kläger bekam nur die 60 ₰ heraus.

Versprochene Gratifikation muß bezahlt werden. Der Schlossermeister St. (in Dresden) hatte für das neue Rathaus die Anfertigung der Kleiderständer übernommen und übergab sie zwei Schlossergehilfen in Akkord. Sie sollten pro Ständer 25 M erhalten. Dann überlegte er sich aber, daß die Ständer auf diese Weise in der vorgeschriebenen Zeit nicht fertig werden könnten, und er ließ sie deshalb von sämtlichen Gehilfen in Stundenlohn machen. Die beiden Gehilfen wurden mit einem Lohnzuschlag von 10 ₰ pro Stunde abgefunden, wofür sie gewissermaßen die Funktionen von Vorarbeitern übernehmen sollten. Außerdem sicherte ihnen St. aber noch ihrer Behauptung für jeden der 120 Ständer je 1 M Gratifikation zu. Der Beklagte will die 240 M Gratifikation nur unter der Bedingung versprochen haben, wenn die Ständer nicht mehr als 25 M Arbeitslohn erfordern. Da sie teurer wurden, fiele demnach die Gratifikation weg. Die Kläger bestreiten, daß diese Bedingung gestellt wurde. Der Beklagte zahlt vergleichsweise jedem Kläger 40 M, sonst müßte er seine Darstellung beeiden.

(Nach der Dresdener Volkszeitung, Nr. 250.)

Paul Krug,

der nach seinem religiösen Bekenntnis zu der evangelisch-pietistischen Coalem zählt, ist vom Zentralvorstand „christlicher" Arbeitersekretär in Stuttgart. Als solcher befleißigt er sich selbstverständlich auch der Bedächtigung der freien Gewerkschaften und ihrer Führer. Bis zu welchem Grade er dieses edle Handwerk treibt, hat er kürzlich bewiesen durch ein Eingesandt in der bauernbündlerischen Reichspost, in dem er eine Auseinandersetzung, die unser Kollege Vorhölzer in einem Eisenbahnwagen mit einem Mitreisenden hatte, in lügnerischer Weise ausschlachtete. Das gemeine Machwerk wurde auch von der ultramontanen Remszeitung in Gmünd abgedruckt. Dieser hat Vorhölzer folgende Berichtigung zugesandt, die sie zum Abdruck gebracht hat:

„Zu den in Nr. 241 und Nr. 246 der Remszeitung auf mich enthaltenen Angriffen erkläre ich: Es ist unwahr, daß ich betrunken oder auch nur angetrunken war. Wahr ist, daß ich den ganzen Tag ein Glas Bier, ein Viertel Liter Wein und eine Tasse Kaffee getrunken habe. Unwahr ist ferner, daß ich ohne weiteres mit einem Mitreisenden zu schimpfen anfing und denselben wie ein Wahnsinniger schüttelte. Wahr ist, daß ein Reisender in ganz unqualifizierbarer Art und Weise einen unbelegten Platz für sich mir gegenüber in Anspruch nahm und, als ich ihm ruhig erklärte, er solle mir dies anständig sagen, wenn der Platz belegt sei, noch ausfälliger wurde und mir Ohrfeigen anbot; erst darauf nahm ich den Mann beim Kragen und demonstrierte ihm, daß es beim Ohrfeigengeben zwei sein müssen, daß auch derjenige dabei sein müsse, der sich ohne weiteres welche geben läßt. Unwahr ist auch, daß der Schaffner mich energisch zur Ruhe wies. Wahr ist, daß der Schaffner fragte, was denn los sei, und daß, als ich ihm sagte, ich ließe mir von einem unverschämten Menschen nicht zunahetreten, die ganze Sache erledigt war."

Vom Ausland.

Schweiz.

Die Geschäftslage der Uhrenindustrie in der Schweiz ist seit einiger Zeit wieder eine bessere, die sich weiter noch von Monat zu Monat günstiger gestaltet. Nachdem die Arbeiter während der langen Wirtschaftskrise mit ihrer ausgedehnten und langwierigen Arbeitslosigkeit ungemein schwer zu leiden hatten, bestreben sie sich nun, ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern und den neuen wirtschaftlichen Aufschwung auch für sich nutzbar zu machen. Ende August traten zirka 600 Schalenmacher an sechs Orten in Streik, weil über die von ihnen geforderte Lohnerhöhung die Uhrenfabrikanten erst in drei Monaten überhaupt unterhandeln wollten, ohne daß sie gleichzeitig auch erklärt hätten, in welchem Sinne, ob sie dann Zugeständnisse machen oder die Forderungen der Arbeiter rundweg ablehnen werden. In St. Immer und Bévilard wurden die Arbeiterforderungen bewilligt.

Gegenwärtig besteht nun wieder ein großer Konflikt. In der Uhrenindustrie besteht die Praxis, den Meistern („Visiteuren") durch eine Klausel im Anstellungsvertrag die Zugehörigkeit zur Gewerkschaft zu verbieten. Die große Uhrenfabrik von Longines in St. Immer ist dazu übergegangen, auch mit einzelnen einfachen Arbeitern solche Verträge abzuschließen, durch die auf die schönste Weise von der Welt die Gewerkschaft abgeschafft werden könnte. Als die Gewerkschaft davon erfuhr, veranlaßte sie sofort die Arbeiter, diese Schandverträge zu lösen, was auch geschah bis auf 7 Mann. Die Gewerkschaft forderte von der Fabrik die Auflösung dieser schimpflichen Verträge. Die Firma antwortete damit, daß sie die 7 Verräter als „Visiteure" etikettierte. Darauf legten zirka 350 Arbeiter der Fabrik die Arbeit nieder. Nun nahm sich der Verband der Uhrenfabrikanten des Falles an und in einer Versammlung faßte er folgende Beschlüsse: „1. dahin zu wirken, daß das individuelle Recht der Arbeiter, in ein Syndikat einzutreten oder nicht, respektiert werde; 2. diejenigen Arbeiter zu entlassen, die durch Drohungen oder Tätlichkeiten versuchen, nichtsyndizierte Mitarbeiter oder Angestellte zum Eintritt ins Syndikat zu zwingen; 3. sich den Beschlüssen des Fabrikantensyndikats vom 11. Oktober anzuschließen und die Aussperrung aller syndizierten Arbeiter auszusprechen bei 14tägiger Kündigung und mit Eintritt der Aussperrung auf den 5. November; 4. allfällige Verträge, die die Anstellung von nur syndizierten Arbeitern postulieren, auf den 22. Oktober als verfallen zu erklären."

Die Solidaritätserklärung der Fabrikanten hat die der Arbeiter zur Folge gehabt, die sich in Riesenversammlungen in La Chaux-de-Fonds und St. Immer mit den um ihr Koalitionsrecht kämpfenden Streikenden solidarisch erklärten. Am 22. Oktober haben die Fabrikanten ihren Arbeitern auf 14 Tage gekündigt, so daß, wenn nicht noch eine Verständigung erzielt wird, am 5. November zirka 30000 Uhrenarbeiter ausgesperrt werden. Nur einige Fabrikanten in La Chaux-de-Fonds und Locle haben nicht gekündigt.

Ungarn.

Wohin die bedauernswerte nationalistische Eigenbrödelei eines Teils der tschechischen Arbeiterschaft in Böhmen führen kann, zeigt folgende Notiz, die wir der Nr. 40 unseres ungarischen Bruderblattes entnehmen:

„Was der Separatismus nützt. Wir haben schon im Frühjahr dieses Jahres auf die Zustände in dem Eisenwerk der österreichischen Staatseisenbahngesellschaft in Anina verwiesen. Wir haben uns direkt an die Genossen in Böhmen gewandt und sie ersucht, keine Gießer dorthin locken zu lassen. Aber die tschechischen Separatisten sind nicht umsonst internationale Tschechen. Sie gehen überall hin, wo sie tschechisch gerufen werden. Da wir unser Blatt und auch unsere Zuschriften in deutscher Sprache an die tschechischen Genossen schicken, so scheinen dieselben uns nicht zu verstehen, trotzdem sie international gesinnt sind. Dies nützt die österreichische Staatseisenbahngesellschaft aus und schickt ihren Tschechen, den Eisengießer Kossig, von Zeit zu Zeit nach Böhmen, um dort recht viele Lohndrücker anzuwerben. Derselbe fand auch in Stracitz und Umgebung solche Lumpen genug, die sich dazu hergeben, die schon bis zur Unhaltbarkeit verschlechterten Arbeitsverhältnisse noch tiefer zu drücken und die einheimischen Arbeiter an jeder Gegenwehr zu hindern. Bis jetzt sind 26 Tschechen angekommen. Auf die Frage, ob sie organisiert seien, antworten sie: „Ano, ale unas", was so viel heißt wie: Ja, aber bei uns. Aus dieser Antwort ist leicht zu erkennen, wes Geistes Kinder sie sind.

Durch die Bereitwilligkeit dieser unorganisierten Arbeiter sind die Verhältnisse derart schlecht geworden, daß die einheimischen Arbeiter aus Anina samt Familien auswandern müssen. Der die Gießerei leitende Ingenieur leugnet gar nicht seine Absicht. Sobald ihm ein einheimischer Arbeiter bei ihm meldet und um seine Entlassung ersucht, sagt er demselben gleich: „Ja, ihr könnt alle gehen, ich bekomme Leute genug, die Tschechen machen keine so großen Ansprüche und arbeiten auch. Ich werde mir lauter Tschechen bringen lassen, denn diese sind aus dem sozialistischen Lager ausgetreten.

So weit führt der Separatismus. Er nützt nur den Kapitalisten. Wir haben zu dieser Frage noch keine Stellung genommen. Wie wir aber hören, versuchen die Tschechen mit ihrem Separatismus auch in Oberungern einzudringen und unsere slowakisch sprechenden Mitglieder anzulocken. Wir wollen niemanden in seiner persönlichen Freiheit behindern, aber die Sache kann für die Tschechen nur von schlechten Folgen sein. Besonders wenn die Lieferung von Lohndrückern so weitergeht. Für die Tschechen steht hier die internationale Solidarität auf dem Spiele.

Zuzug von Eisengießern aus allen Gegenden nach Anina in Ungarn ist streng fernzuhalten!"

Literarisches.

In Freien Stunden. Wochenschrift für Arbeiterfamilien. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Jede Woche ein Heft zum Preise von 10 ₰. Die jetzt wieder beginnenden langen Winterabende lassen in vielen Familien den Wunsch nach guter Unterhaltungslektüre rege werden. Da möchten wir nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß die Freien Stunden geschaffen wurden, um das Unterhaltungsbedürfnis in den Arbeiterfamilien zu befriedigen. Das angekündigte Kunstblatt gelangt im Dezember zur Ausgabe und wird allen Lesern des letzten Halbjahrbandes unentgeltlich geliefert. Bestellungen auf In Freien Stunden nehmen alle Buchhandlungen, Kolporteure und Postanstalten an.

Verbands-Anzeigen

Mitglieder-Versammlungen.

Samstag, 5. November:
Lindau i. B. Engelbräu, 8 Uhr.

Sonntag, 6. November:
Hannov.-Ld. Heizgsm. Langestr. 2, 10.
Mülheim-Ruhr-Broich-Speldorf-Saarn. Kube, Duisburgerstr. 55, 7.
Mülheim-Ruhr (Former u. Gießereiarbeiter). Müller, halb 4 Uhr.

Montag, 7. November:
Landsberg a. W. Rothenburg, halb 9.
M.-Gladbach-Viersen. Hoppe.

Dienstag, 8. November:
Memel. Gewerkschaftshaus, 8 Uhr.
Stend.-Tangermünde. Kaiserhof, 8.

Mittwoch, 9. November:
Nürnberg. (Graveure u. Ziseleure.) Verbandshaus der Metallarb., ½9.
Wismar. Arbeiterheim, 8 Uhr.

Donnerstag, 10. November:
Barmen-Elberf. (Modellschreiner). Gewerkschaftshaus, Barmen, ½8.
Potsdam. Kaiser Wilhelmstr. 38, ½9.
Rombach. Wagner, Sackstr., 8 Uhr.

Samstag, 12. November:
Arnstadt. Schwarzburger Hof, halb 9.
Artern. Weißer Schwan, halb 9 Uhr.
Barmen-Elberf. (Former, Gießereiarbeiter). Herhaus, Barmen, ½9.
Barmen-Sonnborn-Vohwinkel. Faust, Sonnborn, Hauptstr., ½9.
Bautzen. Büttner, a. d. Petrikirche, 8.
Bitterfeld. Hohenzollern, halb 9 Uhr.
Bonn a. Rh. Volkshaus, 9 Uhr.
Coburg. Neue Welt, halb 9 Uhr.
Colmar i. E. Volkshaus, halb 9 Uhr.
Crefeld u. Umg. Neuen, 9 Uhr.
Dortmund (Kesselschmiede, Schmiede u. verw. Berufe). Rieve, Auf dem Berge, halb 9 Uhr.
Dortmund-Barop. Rudolph in Hombruch, Bahnhofstr., ½9 Uhr.
Dortm.-Schwerte. Reichskrone, ½9.
Dresden (Elektromont.) Volkshaus.
Düdelingen. Eiffes-Flamang, 8 Uhr.
Duisburg (Klempner). Gambrinus, 9.
Durlach. Lamm, 6 Uhr.
Erfurt. (Bauklempner.) Tivoli, ½9.
Erlangen. Deutscher Hof, halb 9 Uhr.
Graudenz. Goldener Anker, ½9 Uhr.
Grünberg. Deutscher Kaiser, ½9 Uhr.
Hall, Schwäb. Bierkeller, 8 Uhr.
Ilmenau. Deutsches Haus, halb 9.
Karlsruhe-Oststadt. Insel Helgoland, halb 9 Uhr.
Karlsruhe (Bauschloss.). Fortuna, ½8.
Lüneburg. Lamperthalle, halb 9.
Mülheim a. Ruhr. Hollenberg, ½9.
M.-Gladbach (Klempner). Evertz, ½9.
Norden. Walter in Ekel, 8 Uhr.
Oldenburg. Schumacher, halb 9 Uhr.
Rudolstadt. Gambrinus, 9 Uhr.
Sangerhausen. Herrenkrug, halb 9.
Spremberg. Knorr, halb 9 Uhr.
Stendal-Tangerh. Fr. Belling, ½9.
Stolp (Pommern). Klink, 8 Uhr.
Stuttgart. (Elektromont.) Schaich, 8.
Swinemünde. Dörge, halb 9 Uhr.
Weinheim. Zähringer Hof, 8 Uhr.
Weißenfels. Volkshaus, halb 9 Uhr.
Wernigerode. Volksgarten, 8 Uhr.
Zerbst. Schwarzer Bär, halb 9 Uhr.

Sonntag, 13. November:
Breslau (Heizungsmon.). Goldener Schwan, Kupferschmiedestr., ½11.
Dortmund (Dreher u. Maschinenarb.) Gewerkschaftshaus, halb 11 Uhr.
Dortmund (Former u. Gießereiarb.) Gewerkschaftshaus, halb 11 Uhr.
Dortmund. (Heizungmont. u. Helf.) Laufersick, Auf dem Berge, halb 11.
Dortmund-Aplerbeck. Becker in Aplerbeck, Chausseestraße, 4 Uhr.
Essen (Klempner). Dernehl, 11 Uhr.
Essen-Altenessen. Streter, Fülsebruchstraße, 5 Uhr.
Essen-Kettwig. Gewerkschaftsh., 11.
Essen-Rellinghausen. Haase, 11 Uhr.
Essen-Rüttenscheid. Becker, halb 7.
Essen-Werden. Seidensticker, 11 Uhr.
Köln a. Rh. (Heizungsm. u. Helfer). Volkshaus, Severinstr. 197/199, ½11.
Lahr (Baden). Schanze, 2 Uhr.
Mülheim a. Rhein. Pütz, Schnellweide, halb 11 Uhr.
M.-Gladbach-Erkelenz. Jinkamp, 9.
Sprottau-Rallm. Graf Waldersee, 4.
Betschau. Lehmann, Stradow, ½3.
Montag, 14. November:
Barmen-Elberf. (Laternenklempn.) Schoneweiß, Barmen, halb 8 Uhr.

Donnerstag, 17. November:
Hamburg-Altona-Harburg Feilenarbeiter. Gräter, Sternstr. 75, 8 Uhr.

Freitag, 18. November:
Leipzig i. S. Neue Sorge, 9 Uhr.

Samstag, 19. November:
Aschaffenburg. Bayr. Hof, halb 9.
Biberach a. R. Zum Schatten, halb 9.
Ichtershausen. Weiß, halb 9 Uhr.
Münster i. W. A. Brinkmann, Kr. Timpen, 9 Uhr.

Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen etc.

Eßlingen. Die hiesige Verwaltungsstelle sucht zum baldmöglichsten Antritt einen **dritten Geschäftsführer.** Derselbe muß mit allen in der Agitation und Verwaltung einschlägigen Arbeiten durchaus vertraut sein. Anstellung nach den Beschlüssen der Münchener Generalversammlung. Aus den Bewerbungsschreiben muß Alter, Beruf, Familienstand, Dauer der Organisationszugehörigkeit hervorgehen. Die selbstgeschriebenen Bewerbung. sind bis zum 12. November mit dem Vermerk „Bewerbung" an Albert Stuber, Eßlingen, Schelztorstr. 6a, einzusenden.

Koburg. Reisegeld wird ausbezahlt: Neue Welt, Leopoldstr. 27, von 7 bis 8 Uhr abends.

Osnabrück. Die hiesige Verwaltung sucht zum baldigen Antritt einen **weiteren Geschäftsführer.** Dieser muß in Kassengeschäften bewandert sein und auch sonst allen Anforderungen genügen können. Reflektiert wird auf eine tüchtige Kraft. Die Anstellung erfolgt nach den Beschlüssen der Münchener Generalversammlung. Bewerber müssen mindestens fünf Jahre Mitglied des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes sein. Aus der Bewerbung müssen Beruf, Alter und bisherige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung ersichtlich sein. Bewerber, die einen solchen Posten noch nicht inne hatten, haben eine kurze selbstgeschriebene Arbeit über die Aufgaben eines Geschäftsführers im Deutschen Metallarbeit.-Verband beizufügen. Die Bewerbungen sind bis zum 18. November mit der Aufschrift „Bewerbung" an K. Thielemann, Osnabrück, Breitergang 6, einzusend.

Osterode a. Harz. Die Herberge befindet sich bei Karl Hagedorn, Hollhof.

Solingen. Durch die Wahl des Kollegen E. Herder ist die Neubesetzung des Postens eines weiteren Geschäftsführers erledigt. Den übrigen Bewerbern sagen wir besten Dank.

Stuttgart-Cannstatt. Sonntag, 13. November, vormittags präzis ½10 Uhr, im Festsaal des Gewerkschaftshauses, außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: Endgültige Beschlußfassung über das Ortsstatut und die von den Bezirken eingegangenen Anträge. — Mitgliedsbuch vorzeigen, ohne Buch hat niemand Eintritt.

Stuttgart. (Feilenhauer.) Umschauen verboten. Arbeitsvermittlung durch das Städtische Arbeitsamt, Schmalestr. 11. Vor Arbeitsannahme nach tariflicher Bezahlung sehen.

Gestorben.

Bautzen. Martin Fröhnel, Messerschmied, 22 Jahre, Lungenkatarrh.
Groitzsch. Max Schollmeyer, 17 Jahre, Lungenschwindsucht.
Osnabrück. Wilhelm Stille, Dreher, 22 Jahre, Lungenleiden.

Zentralarbeitsnachweis für Graveure und Ziseleure
Berlin NW. 6, Charitéestraße 3.

Privat-Anzeigen.

Mehrere tüchtige selbständige Metalldrücker finden per sofort dauernde gutbezahlte Beschäftigung. [1516
Offerten unter M. D. 1516 an den Verlag dieses Blattes erbeten.

Für eine zu errichtende [1517
Verzinkerei
wird ein tüchtiger, erfahrener
fachmännischer Leiter
unter günstigen Bedingungen zu engagieren gesucht. Ausführliche Offerten unter L. F. 482 an **Rudolf Mosse, Leipzig.**

Tüchtige Löter,
mit Benzinkolben vertraut, zu hohem Akkordverdienst sofort gesucht. [1518
Wolf Netter & Jacobi, Adlershof bei Berlin.

[1519] **Feilenschleifer,** solider und tüchtiger Arbeiter, für sofort gesucht. Hoher Akkord und dauernde Stellung. Feilenfabrik **C. Fuchs, Geestemünde.**

Durch alle Verwaltungstellen, Bevollmächtigten u. Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes sowie durch unterzeichneten Verlag ist zu beziehen:

Metallarbeiter-Notizkalender 1911

Derselbe stellt durch seinen reichhaltigen Inhalt, die gute Auswahl und übersichtliche Anordnung des Stoffes ein unentbehrliches Notiz- und Nachschlagebuch für alle Verbandsmitglieder dar, und ist dessen Anschaffung des billigen Preises wegen nur zu empfehlen.

Preis für Verbandsmitglieder bei Bezug durch die Verwaltungstellen 60 Pf.

Durch den Buchhandel bezogen 95 Pfennig pro Stück, inkl. Porto.

Versand bis zu 10 Exempl. nur gegen Voreinsendung des Betrags.

Alexander Schlicke & Cie., Buchdruckerei und Verlag
Stuttgart, Rötestrasse 16 B.

Druck und Verlag von Alexander Schlicke & Cie., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Rötestraße 16 B.